



Nr. 6 / Dezember 2012
32. Jahrgang

Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

GI aktuell

Inhalt

Editorial	161	Steuerberaterhaftung	179
GI News	162	Insolvenz / Hinweispflicht des Steuerberaters (OLG Celle, Urt. v. 10.10.2012 – 4 U 36/12)	
GI Entscheidungen	163	Honorarforderung der Partnerschaftsgesellschaft	181
GI Literatur-Ecke	190	Partei des Anwaltsvertrages / Hemmung der Verjährung / Klageeinreichung / Prozessstandschaft / Abtretung der Honorarforderung (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 15.12.2011 – I-24 U 99/11)	
Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis	190		
Anwaltshaftung	163	Anwaltshaftung	182
Gemischte Sozietät / Belehrung des rechtskundigen Mandanten (BGH, Urt. v. 10.5.2012 – IX ZR 192/10)		Unzureichende Beratung / Darlegungslast des Anwalts (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 3.3.2011 – I-24 U 173/10)	
Anwaltshaftung	173	Steuerberaterhaftung	183
„Sicherster Weg“ / Umfassende Interessenwahrnehmung / Rat zur Selbstpfändung / Durchbrechung des Zurechnungs- zusammenhangs / Fehler des Gerichts (BGH, Urt. v. 10.3.2011 – IX ZR 82/10)		Beschränktes Mandat / Beratungsumfang / Antrag auf Entlastung von der Energiesteuer (LG Frankfurt, Urt. v. 29.5.2012 – 2-26 O 258/11)	
Steuerberaterhaftung	177	Grenzüberschreitende Hilfeleistungen in Steuersachen	186
Unerlaubte Rechtsberatung / Nebengeschäftsprivileg, § 5 Nr. 2 RBERG a.F. / Auskunftshaftung (BGH, Urt. v. 10.12.2009 – IX ZR 238/07)		Sitz in der Europäischen Union (EU) / Hilfeleistung in Steuer- sachen / Beistandstätigkeit / Erstellung von Steuererklärungen (Niedersächs. Finanzgericht, Urt. v. 19.7.2012 – 6 K 152/12)	

Vorbereitung auf die mündliche Steuerberaterprüfung – Gehen Sie auf Nummer sicher!

Prüfungen dienen als Kompetenznachweis und sind das Ergebnis eines langen Lernprozesses. Die Steuerberaterprüfung ist dabei ganz besonders vorbereitungsintensiv.

In unserem zweiteiligen Seminar erhalten Sie sowohl fachliches Wissen zur Berufshaftpflichtversicherung als auch ein Mentaltraining zur optimalen Prüfungsvorbereitung.

Teil 1:

Fragen zur Berufshaftpflichtversicherung und häufigste Fehler in der mündlichen Prüfung

Gerade beim Thema „Haftung des Steuerberaters“ lernen die Prüflinge häufig „auf Lücke“.

Herr Dr. Volker Römermann, Rechtsanwalt, vermittelt daher in diesem Seminar das notwendige Wissen in kompakter Form.

Dabei geht er auf folgende Fragen ein:

- Welche Haftungsrisiken drohen?
- Wie betreibt ein Steuerberater professionell Haftungsprävention?
- Welche vertraglichen Haftungsbeschränkungsmöglichkeiten gibt es?
- Welche institutionellen Haftungsbeschränkungsmöglichkeiten gibt es (Rechtsformen, insbesondere die zukünftige PartG mbB)?
- Wie ist die gesetzliche Versicherungspflicht ausgestaltet?



Teil 2:

Mit mentaler Stärke erfolgreicher in der mündlichen Steuerberaterprüfung

Nach bestandener schriftlicher Prüfung geht es darum, die Motivation aufrecht zu erhalten und mit Konzentration sowie Selbstbewusstsein der mündlichen Prüfung zu begegnen. Neben der fachlichen hilft hierbei die mentale Prüfungsvorbereitung, um gestärkter – sowohl in der Vorbereitungszeit als auch mit der Prüfungssituation – umzugehen und dadurch erfolgreicher die Prüfung zu meistern.

In diesem Seminar zeigt Ihnen **Frau Marzena Sierant**, Steuerberaterin und Dipl. Mental-Coach, wie Sie durch Mentaltraining

- Anspannungen in der Prüfungssituation leichter meistern,
- Ihre innere Einstellung zur Prüfung positiver gestalten,
- Ihre Stärken besser nutzen und Ihrer Prüfung gelassener entgegen sehen und
- sicher und souverän auftreten und Ihre Prüfung selbstbewusst „auf den Punkt“ bestehen!



Was ist ein Dialogseminar online?

Nutzen Sie die modernste Form des Lernens. Beim Dialogseminar online treffen sich der/die Referent/in und die Teilnehmer zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem Seminarraum im Internet. Egal ob vom Büro oder von zu Hause aus, Sie sind live dabei, ganz bequem von Ihrem PC.

Wie im Präsenzseminar haben Sie auch hier die Möglichkeit Ihre Fragen an den/die Referent/in zu stellen, öffentlich per Wortmeldung oder auch anonym im Textchat.

Seminardauer:

ca. 2 Stunden

Seminarpreis:

Für alle Teilnehmer der mündlichen Steuerberaterprüfung ist das Seminar kostenfrei.

Ansonsten Preis auf Anfrage.

Termine

11.01.2013

18.01.2013

Uhrzeit

14:00 - 16:00 Uhr

14:00 - 16:00 Uhr

Weitere Informationen zum Thema „Was ist ein Dialogseminar online?“ finden Sie unter: www.datev.de/dialogseminar-online



Bestellmöglichkeit:

Dieses Dialogseminar online können Sie direkt unter www.stb-pruefungsvorbereitung.de buchen.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Rafael Meixner
Rechtsanwalt

Die Dezember-Ausgabe der GI enthält einige haftungsrechtlich interessante Entscheidungen, von denen die folgenden besonders hervorzuheben sind:

Lange Zeit war es nicht geklärt, ob **nicht-anwaltliche Sozien einer gemischten Sozietät** auch für die Schlechterfüllung eines Anwaltsvertrages haften. Diese in der Literatur unterschiedlich beantwortete Frage hatte ihren Ursprung darin, dass der BGH im Jahr 2001 die eigene Rechtspersönlichkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts anerkannte und damit die akzessorische, persönliche Haftung der Gesellschafter begründete. Im Jahr 2007 entschied der BGH dann, dass sich diese persönliche Haftung auch auf die **berufshaftungsrechtlichen Verbindlichkeiten** bezieht. Ob dies aber auch bei einer gemischten Sozietät zu gelten hat, blieb offen. Diese Frage hat der BGH in einer aktuellen Entscheidung (BGH IX ZR 192/10) nunmehr ebenfalls bejaht: Darauf, dass der Steuerberater selbst zu der allgemeinen Rechtsberatung, wegen derer Schadenersatz gefordert wird, gar nicht befugt gewesen wäre, kommt es nicht an.

Das OLG Celle (4 U 36/12) hatte sich mit einer möglichen **Hinweispflicht** des Steuerberaters über die den Geschäftsführer aus **§ 64 Abs. 2 GmbHG a.F.** treffende Haftung zu befassen. Der komplizierte Leitsatz der Entscheidung verstellt leicht den Blick, worum es im Kern der Entscheidung geht: Den Steuerberater trifft jedenfalls dann keine Aufklärungs- oder Hinweispflicht auf die den Geschäftsführer aus § 64 GmbHG erwachsenen Pflichten, wenn der **Geschäftsführer der GmbH deren Überschuldung kennt**.

Der Mandatsumfang und damit der Pflichtenkreis des Steuerberaters waren Gegenstand einer Entscheidung des LG Frankfurt (2-26 O 258/11). Der Hinweis auf die Notwendigkeit, einen Antrag auf Entlastung der Energiesteuer zu stellen, wäre im konkreten Fall nur geschuldet gewesen, wenn ein **unbeschränktes Mandat** bestanden hätte. Dies war aber zwischen den Parteien gerade streitig. Ausgehend von der höchstrichterlich bereits bestätigten Prämisse, dass ein **beschränktes Mandat** keine Ausnahme zu einem Regelfall des unbeschränkten Auftrags sei, stellt das LG Frankfurt klar, dass der bloße **Mangel an qualifiziertem Personal** aufseiten des Mandanten nicht zu einer Erhöhung der Beratungspflichten des Steuerberaters führt.

Mit den besten Wünschen für eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gutes Neues Jahr

Rafael Meixner

GI News

Bundesfinanzhof legt das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz in der ab 1.1.2009 geltenden Fassung dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit vor

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Beschluss vom 27.9.2012 – II R 9/11 dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorgelegt, ob § 19 Abs. 1 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes in der im Jahr 2009 geltenden Fassung (ErbStG) i.V.m. §§ 13a und 13b ErbStG wegen Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes – GG) verfassungswidrig ist.

Dem Verfahren liegt die Besteuerung eines Erbanfalls im Jahr 2009 zugrunde. Der Kläger war zu 1/4 Miterbe seines Onkels. Im Nachlass befanden sich Guthaben bei Kreditinstituten und ein Steuererstattungsanspruch. Der Wert des auf den Kläger entfallenden Anteils am Nachlass belief sich auf 51.266 EUR. Unter Berücksichtigung eines Freibetrags von 20.000 EUR und eines Steuersatzes von 30% setzte das Finanzamt Erbschaftsteuer in Höhe von 9.360 EUR fest.

Der BFH teilt nicht die Ansicht des Klägers, die auf Steuerentstehungszeitpunkte im Jahr 2009 beschränkte Gleichstellung von Personen der Steuerklasse II (u.a. Geschwister, Neffen und Nichten) mit Personen der Steuerklasse III (fremde Dritte) sei verfassungswidrig (Rz. 69 bis 77). Nach Auffassung des BFH ist der Gesetzgeber von Verfassungs wegen nicht verpflichtet, Erwerber der Steuerklasse II besser zu stellen als Erwerber der Steuerklasse III. Art. 6 Abs. 1 GG beziehe sich nur auf die Familie als Gemeinschaft von Eltern und Kindern, nicht aber auf Familienmitglieder im weiteren Sinn wie etwa Geschwister oder Abkömmlinge von Geschwistern (Rz. 72).

Der BFH ist jedoch der Auffassung, dass § 19 Abs. 1 i.V.m. §§ 13a und 13b ErbStG in der auf den 1.1.2009 zurückwirkenden Fassung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes vom 22.12.2009 deshalb gegen den allgemeinen Gleichheitssatz verstoße, weil die in §§ 13a und 13b ErbStG vorgesehenen Steuervergünstigungen in wesentlichen Teilbereichen von großer finanzieller Tragweite über das verfassungsrechtlich gerechtfertigte Maß hinausgingen.

Im Einzelnen stützt der BFH seine Vorlage auf folgende Gesichtspunkte:

1. Die weitgehende oder vollständige steuerliche Verschonung des Erwerbs von Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftlichem Vermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften oder Anteilen daran stelle eine nicht durch ausreichende Gemeinwohlgründe gerechtfertigte und damit verfassungswidrige Überprivilegierung dar (Rz. 82 bis 94). Es könne nicht unterstellt werden, dass die Erbschaftsteuer typischerweise die Betriebsfortführung gefährde (*siehe Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim BMF 01/2012*;

Rz. 89 ff); es gehe weit über das verfassungsrechtlich Gebotene und Zulässige hinaus, Betriebsvermögen ohne Rücksicht auf den Wert des Erwerbs und die Leistungsfähigkeit des Erwerbers freizustellen, und zwar auch dann, wenn die für eine Erbschaftsteuerzahlung erforderlichen liquiden Mittel vorhanden seien oder – ggf. im Rahmen einer Stundung der Steuer – ohne Weiteres beschafft werden könnten (Rz. 87).

Der Begünstigungsgrund „Arbeitsplatzerhalt“ erweise sich als nicht tragfähig, weil weit mehr als 90% aller Betriebe nicht mehr als 20 Beschäftigte hätten (Rz. 48) und schon deshalb nicht unter die „Arbeitsplatzklausel“ fielen und ferner das Gesetz Gestaltungen zulasse, die es in vielen Fällen auf einfache Art und Weise ermöglichten, dass es für die Gewährung des Verschonungsabschlags auch bei Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten im Ergebnis nicht auf die Entwicklung der Lohnsummen und somit auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen in dem Zeitraum nach dem Erwerb ankomme (Rz. 143 bis 148 mit Beispielen).

2. §§ 13a und 13b ErbStG wiesen ferner einen verfassungswidrigen Begünstigungsüberhang auf (Rz. 95 bis 142). Sie ermöglichten es Steuerpflichtigen, durch rechtliche Gestaltungen nicht betriebsnotwendiges Vermögen, das den Begünstigungszweck nicht erfülle, in unbegrenzter Höhe ohne oder mit nur geringer Steuerbelastung zu erwerben. Es unterliege weitgehend der Dispositionsfreiheit des Erblassers oder Schenkers, Vermögensgegenstände, die ihrer Natur nach im Rahmen der privaten Vermögensverwaltung gehalten würden, zu steuerbegünstigtem Betriebsvermögen zu machen (Rz. 97, 98).

Die Bestimmungen hinsichtlich des sog. Verwaltungsvermögens (§ 13b Abs. 2 ErbStG) seien nicht geeignet, risikobehaftetes und deshalb zu begünstigendes Betriebsvermögen von weitgehend risikolosem und daher nicht begünstigungswürdigem Betriebsvermögen abzugrenzen, und widersprächen auch dem Folgerichtigkeitsgebot. So könne bei entsprechender Gestaltung der unschädliche Anteil des nicht begünstigungswürdigen Verwaltungsvermögens sowohl bei der Regelverschonung (85% Befreiung) als auch bei der Optionsverschonung (100% Befreiung) deutlich über 90% des gesamten Betriebsvermögens betragen (Rz. 104 bis 116 mit Beispielen in Rz. 105 ff und Rz. 113 ff).

Ferner gehörten Geldforderungen wie etwa Sichteinlagen, Sparanlagen und Festgeldkonten bei Kreditinstituten nicht zum Verwaltungsvermögen, sodass ein Anteil an einer GmbH oder GmbH und Co. KG, deren Vermögen ausschließlich aus solchen Forderungen bestehe (z.B. sog. „Cash-GmbH“), durch freigebige Zuwendung oder von Todes wegen erworben werden könne, ohne dass Erbschaftsteuer anfalle (Rz. 117 bis 130).

3. Die zusätzlich zu den Freibeträgen des § 16 ErbStG anwendbaren Steuervergünstigungen nach §§ 13a und 13b ErbStG zusammen mit zahlreichen anderen Verschonungen führten dazu, dass die Steuerbefreiung die Regel und die tatsächliche Besteuerung die Ausnahme sei (Rz. 149 bis 156).

Die Verfassungsverstöße führten – so der BFH – teils für sich allein, teils in ihrer Kumulation zu einer durchgehenden, das gesamte Gesetz erfassenden verfassungswidrigen Fehlbesteuerung, durch die diejenigen Steuerpflichtigen, die die Vergünstigungen nicht beanspruchen könnten, in ihrem Recht auf eine gleichmäßige, der Leistungsfähigkeit entsprechende und folgerichtige Besteuerung verletzt würden. (BFH, Beschl. v. 27.9.2012 – II R 9/11)

Pressemitteilung d. BFH v. 10.10.2012 ■

BFH: Steuerbegünstigte Teilbetriebsveräußerung bei einem Steuerberater

Veräußert ein Steuerberater ein Beratungsbüro (bestehend aus dem zu diesem Büro gehörenden Mandantenstamm, der sachlichen und personellen Ausstattung), kann eine steuerbegünstigte Teilbetriebsveräußerung vorliegen, auch wenn der Steuerberater seine Tätigkeit in einem anderen Büro fortsetzt. Das hat der Bundesfinanzhof (BFH) mit Urteil vom 26.6.2012 – VIII R 22/09 entschieden.

Geklagt hatte ein Steuerberater, der zeitweilig an drei verschiedenen Orten Beratungsbüros betrieb. Zwei Büros lagen nur 22 km voneinander entfernt. Diese beiden Büros hatte der Steuerberater von verschiedenen Steuerberatern erworben und nach seinem Vortrag im Wesentlichen unverändert fortgeführt. Das dritte und weiter entfernt liegende Büro hatte er selbst gegründet. Von den beiden näher beieinander liegenden Büros hatte der Steuerberater eines veräußert und daraus einen Gewinn erzielt, für dessen Besteuerung er die Tarifiermäßigung beanspruchte. Finanzamt und Finanzgericht hatten die Voraussetzungen hierfür unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des BFH verneint.

Der BFH hatte in der Vergangenheit geurteilt, bei einem Freiberufler komme eine steuerbegünstigte Teilbetriebsveräußerung nur in zwei Fallgruppen in Betracht. Entweder müsse eine von zwei verschiedenartigen Tätigkeiten vollständig aufgegeben werden oder es müsse – bei gleichartigen Tätigkeiten – die Tätigkeit in einem von mehreren räumlich abgegrenzten Wirkungskreisen zumindest vorübergehend vollständig eingestellt werden. Im Streitfall überschritten sich die räumlichen Wirkungskreise der beiden nah beieinander liegenden Steuerberatungsbüros. Hiervon ausgehend, hat der BFH nun die erforderliche Selbstständigkeit des veräußerten Vermögensteils (Teilbetriebs) über die bisherige Rechtsprechung hinaus auch dann für möglich gehalten, wenn der veräußerte Teilbetrieb in seinem ursprünglich beim Erwerb vorhandenen Zuschnitt bis zu seiner Veräußerung im Wesentlichen unverändert fortgeführt worden ist. Die fehlende vollständige räumliche Trennung zwischen den beiden Teilbetrieben ist dann unbeachtlich. Das Finanzgericht muss nun noch prüfen, ob diese Voraussetzungen im Streitfall vorliegen.

(BFH, Urte. v. 26.6.2012 – VIII R 22/09)

Pressemitteilung d. BFH v. 12.9.2012 ■

Anwaltschaftung

- Gemischte Sozietät
- Belehrung des rechtskundigen Mandanten (BGH, Urte. v. 10.5.2012 – IX ZR 192/10)

Leitsätze:

1. Eine Rechtsanwaltssozietät ist auch dann verpflichtet, über die Erfolgsaussichten eines von der Mandantin beabsichtigten Rechtsstreits zu belehren, wenn das Mandat von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung erteilt worden ist, deren Geschäftsführer und Gesellschafter selbst Rechtsanwälte und Mitglieder der beauftragten Sozietät sind. Auch in diesem Fall kann vermutet werden, die Mandantin hätte sich bei pflichtgemäßer Belehrung beratungsgerecht verhalten und wäre dem anwaltlichen Rat gefolgt.

2. Wird ein Anwaltsvertrag mit einer Sozietät geschlossen, der neben Rechtsanwälten auch Steuerberater angehört, so haften für einen Regressanspruch wegen Verletzung anwaltlicher Beratungspflichten auch diejenigen Sozien persönlich, die selbst nicht Rechtsanwälte sind. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger macht als Verwalter in dem am 20.6.2005 eröffneten Insolvenzverfahren über das Vermögen der W. GmbH (nachfolgend: Schuldnerin) Schadenersatzansprüche wegen Schlechterfüllung eines Anwaltsvertrages geltend.

Die Beklagte zu 1) ist eine Rechtsanwalts- und Steuerberaterkanzlei in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, deren Gesellschafter in der Vergangenheit die Beklagten zu 2) bis 8) waren. Die Beklagten zu 2) bis 7) sind Rechtsanwälte, der Beklagte zu 8) ist Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Die Beklagte zu 1) beriet mehrere Aktionäre der S. AG zu der Frage, ob wegen eines behaupteten Verstoßes gegen kapitalmarktrechtliche Anlegerschutzbestimmungen von zwei kreditgebenden Banken Schadenersatz für den Wertverlust der Aktien verlangt werden könne. Die Beklagte zu 1) schlug den Aktionären vor, deren Schadenersatzansprüche an eine neu zu gründende Gesellschaft mit beschränkter Haftung abzutreten mit dem Ziel, die Ansprüche durch diese Gesellschaft gerichtlich geltend zu machen.

Um dieses Modell umzusetzen, wurde die Schuldnerin gegründet. Gründungsgesellschafterin der Schuldnerin war die R., deren Alleingesellschafter der Beklagte zu 3) war, Geschäftsführer der Schuldnerin waren die Beklagten zu 2) und 3). Nach einer zwischen der R. und vier Aktionären geschlossenen Vereinbarung hielt jene die Geschäftsanteile an der Schuldnerin treuhänderisch für die Aktionäre.

Am 2.12.2002 traf die Schuldnerin, vertreten durch den Beklagten zu 2), mit den Aktionären folgende, im Wesentlichen gleichlautende Vereinbarungen:

„[Aktionär] verkauft hiermit seine Schadenersatzansprüche (...) und tritt diese unwiderruflich an die diese Abtretung annehmende [Schuldnerin] ab mit der Maßgabe, dass diese die Schadenersatzansprüche entweder gerichtlich oder außergerichtlich in eigenem Namen nur für [Aktionär] oder im Verbund mit Schadenersatzforderungen anderer Aktionäre geltend macht.

Es besteht Einigkeit zwischen den Vertragsparteien, dass die [Schuldnerin] bis auf die Gerichtskosten, die bezogen auf seine Forderung anteilig von [Aktionär] zu tragen sind, im eigenen Namen und auf eigenes Risiko geltend macht.

Über den Kaufpreis in Gestalt einer Beteiligung an eventuellen Erlösen aus den hiermit abgetretenen Schadenersatzforderungen erfolgt eine gesonderte Vereinbarung.“

Am 3.12.2002 erhob die von der Beklagten zu 1) anwaltlich vertretene Schuldnerin aus abgetretenem Recht eine Schadenersatzklage in Höhe von zunächst 6.109.040 EUR. Mit Schreiben vom 10.12.2002 teilte die Beklagte zu 1) der Schuldnerin unter anderem mit:

„Da die Rechtsverfolgung der Forderungen durch die Bündelung in der Gesellschaft und die letztendliche treuhänderische Beteiligung der Zedenten an Ihrer Gesellschaft eine Rechtsverfolgung eigener Interessen der Zedenten darstellt, und eine weitergehende gewerbliche Tätigkeit nicht beabsichtigt ist – soweit weitere Kläger gefunden werden, sollten diese im gleichen Umfange des Verhältnisses der zedierten Forderungen indirekt gesellschaftsrechtlich beteiligt werden – dürften etwaige Argumente zu Vorbehalten bei der Prozessfinanzierung und/oder Rechtsberatung oder der formalen Gesellschaftsbeteiligung von Anwälten in der forderungshaltenden Gesellschaft in vertretbarer Weise auszuräumen sein.“

Durch notarielle Urkunde vom 1.6.2004 teilte die R. ihren Geschäftsanteil an der Schuldnerin in vier Geschäftsanteile auf und übertrug diese Anteile unter Auflösung des bisher bestandenen Treuhandverhältnisses an die Aktionäre. Mit Schreiben vom 29.6.2004 legten die Beklagten zu 2) und 3) ihr Amt als Geschäftsführer der Schuldnerin nieder.

Mit Urteil vom 13.7.2004 wies das Landgericht die im Vorprozess erhobene Klage mit der Begründung ab, die Schuldnerin sei nicht Inhaberin der geltend gemachten Ansprüche, weil die Abtretungen durch die Aktionäre wegen Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz unwirksam seien. Mit dieser Begründung wurde auch die von der Beklagten zu 1) in Vertretung der Schuldnerin eingelegte Berufung durch Urteil vom 15.3.2005 zurückgewiesen.

Der Kläger verlangt von den Beklagten Schadenersatz für die Gerichtskosten des Vorprozesses und die gegen die Schuldnerin festgesetzten außergerichtlichen Kosten der Beklagten des Vorprozesses in Höhe von insgesamt 142.952,97 EUR sowie Ersatz außergerichtlicher Rechtsanwaltskosten. Das Landgericht hat die Klage stattgegeben. Das Berufungsgericht hat die Berufung der Beklagten zurückgewiesen und

die Revision zugelassen. Mit der Revision verfolgen die Beklagten ihren Antrag auf Abweisung der Klage weiter.

Die in vollem Umfang zulässige Revision ist begründet. Sie führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht. ■

Aus den Gründen:

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, durch die Vereinbarung mit den Aktionären habe die Schuldnerin die geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten übernommen, ohne die gemäß Art. 1 § 1 RBerG erforderliche Erlaubnis zu besitzen. Die Forderungsabtretungen an die Schuldnerin seien daher gemäß § 134 BGB unwirksam gewesen. Auf diese klare Rechtslage hätte die Beklagte zu 1) hinweisen und von einer Erhebung der Klage sowie der Einlegung der Berufung gegen das klageabweisende Urteil erster Instanz abraten müssen. Die Beklagte zu 1) könne sich nicht darauf berufen, die Schuldnerin habe keine Beratung bedurft, weil deren frühere Geschäftsführer – die Beklagten zu 2) und 3) – ihrerseits Rechtsanwälte gewesen seien. Es sei zu vermuten, dass sich die Schuldnerin im Fall pflichtgemäßer Beratung über die Aussichtslosigkeit des Rechtsstreits beratungsgerecht verhalten und weder die Klage erhoben noch die Berufung eingelegt hätte.

Der Schadenersatzanspruch sei auch hinsichtlich der in erster Instanz angefallenen Kosten des Vorprozesses nicht verjährt, weil die Beklagten die Schuldnerin nicht auf den Ablauf der Primärverjährungsfrist hingewiesen hätten und daher jedenfalls ein Sekundäranspruch bestehe. Nach der Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts sei die Sozietät auch dann als Vertragspartnerin des Anwaltsvertrages anzusehen, wenn dieser neben Rechtsanwälten Angehörige weiterer Berufsgruppen angehörten. Für den Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte zu 1) als Vertragspartnerin hafteten daher alle Gesellschafter in entsprechender Anwendung des § 128 HGB, auch soweit diese nicht Rechtsanwälte seien. Die Revision sei zuzulassen, weil die Frage der Haftung nichtanwaltlicher Sozietätsmitglieder grundsätzliche Bedeutung habe.

II. Die Revision ist aufgrund der Zulassung durch das Berufungsgericht im Hinblick auf sämtliche Beklagte statthaft (§ 543 Abs. 1 Nr. 1 ZPO).

Zwar kann die Zulassung der Revision im Fall einer nicht notwendigen Streitgenossenschaft auf einen der Streitgenossen beschränkt werden (BGH, Urt. v. 17.4.1952 – III ZR 182/51, LM § 546 ZPO Nr. 9; v. 7.7.1983 – III ZR 119/82, NJW 1984, 615 [insoweit nicht in BGHZ 88, 85 abgedr.]; MünchKomm-ZPO/Wenzel 3. Aufl., § 543 Rdnr. 38; Hk-ZPO/Kayser 4. Aufl., § 543 Rdnr. 60; Zöller/Heßler, ZPO 29. Aufl., § 543 Rdnr. 21; vgl. auch BGH, Urt. v. 5.11.2003 – VIII ZR 320/02, WM 2004, 853), so dass die Beschränkung der Revisionszulassung auf den Beklagten zu 8) rechtlich möglich wäre, weil bei gleichzeitiger Inanspruchnahme einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts sowie von deren Gesellschaftern keine notwendige Streitgenossenschaft vorliegt (BGH, Urt. v. 29.1.2001 – II ZR 331/00, BGHZ 146, 341, 348 ff). Dem

Berufungsurteil kann jedoch nicht entnommen werden, die Zulassung der Revision beschränke sich auf den Beklagten zu 8). Lässt das Berufungsgericht die Revision im Urteilsausspruch unbeschränkt zu, so kann sich aus der Begründung, die das Berufungsurteil für die Zulassungsentscheidung gibt, eine beschränkte Zulassung nur dann ergeben, wenn sich die Beschränkung den Entscheidungsgründen klar und eindeutig entnehmen lässt (BGH, Urt. v. 3.12.1987 – VII ZR 374/86, BGHZ 102, 293, 295; v. 29.1.2003 – XII ZR 92/01, BGHZ 153, 358, 361; v. 3.3.2005 – IX ZR 45/04, NJW-RR 2005, 715, 716; HK-ZPO/Kayser, a.a.O., § 543 Rdnr. 62).

Hieran fehlt es, weil der Regressanspruch gegen den Beklagten zu 8) von sämtlichen Haftungsvoraussetzungen abhängt, die auch für den Anspruch gegen die Beklagten zu 1) bis 7) maßgeblich sind, und lediglich die weitere Frage zu prüfen ist, ob auch Steuerberater als nichtanwaltliche Sozietätsmitglieder entsprechend § 128 HGB haften. Da eine auf den Beklagten zu 8) beschränkte Zulassung folglich nicht dazu führte, die im Revisionsverfahren zu klärenden Rechtsfragen einzugrenzen, kann der vom Berufungsgericht gegebenen Begründung eine Beschränkung der Zulassung nicht mit hinreichender Deutlichkeit entnommen werden. Die vorsorglich eingelegte Beschwerde der Beklagten gegen die Nichtzulassung der Revision ist damit gegenstandslos (vgl. BGH, Urt. v. 10.5.2005 – XI ZR 128/04, VersR 2006, 427, 428).

III. Die Entscheidung des Berufungsgerichts hält rechtlicher Nachprüfung nicht stand.

1. Das Berufungsgericht hat die Erklärungen der Parteien ohne Rechtsfehler dahingehend ausgelegt (§§ 133, 157 BGB), dass die Beklagte zu 1) Partei des streitgegenständlichen Anwaltsvertrags geworden ist.

a) Eine **Anwaltssozietät** ist eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts, sofern nicht ausdrücklich eine andere Rechtsform gewählt worden ist (BGH, Urt. v. 3.5.2007 – IX ZR 218/05, BGHZ 172, 169 Rdnr. 11), wofür im Streitfall keine Anhaltspunkte bestehen. **Vor der Anerkennung der eigenständigen Rechtspersönlichkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts hat der Senat angenommen, dass ein Sozietätsanwalt ein ihm angetragenes Mandat im Zweifel zugleich im Namen der übrigen Sozietätsmitglieder annimmt, im Fall von Sozietäten unterschiedlicher Berufsangehöriger jedoch nach dem Parteiwillen regelmäßig nur diejenigen Sozien in den Vertrag einbezogen werden sollen, die auf dem zu bearbeitenden Rechtsgebiet tätig werden dürfen** (BGH, Urt. v. 16.12.1999 – IX ZR 117/99, WM 2000, 963, 964; v. 17.2.2000 – IX ZR 50/98, WM 2000, 1342, 1344 f).

b) **Diese Grundsätze sind hier nicht mehr anzuwenden**, weil der von der Schuldnerin geschlossene Anwaltsvertrag nach dem Erlass der Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofs v. 29.1.2001 (II ZR 331/00, BGHZ 146, 341) geschlossen worden ist (vgl. BGH, Urt. v. 26.6.2008 – IX ZR 145/05, WM 2008, 1563 Rdnr. 10; v. 5.2.2009 – IX ZR 18/07, WM 2009, 669 Rdnr. 10). **Die eigenständige Rechtspersönlichkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts hat zur Folge, dass eine**

Sozietät selbst Partnerin eines Beratungsvertrages sein kann (BGH, Urt. v. 26.1.2006 – IX ZR 225/04, WM 2006, 830 Rdnr. 9; v. 5.2.2009, a.a.O.; vgl. auch § 51a Abs. 2 Satz 1 BRAO). Dabei kann sich auch eine so genannte **gemischte Sozietät**, der neben Rechtsanwälten auch Mitglieder anderer Berufsgruppen angehören, zur Erbringung anwaltlicher Beratungsleistungen verpflichten (BGH, Urt. v. 9.12.2010 – IX ZR 44/10, WM 2011, 1770 Rdnr. 7 ff).

Wie sich aus der Auslegungsregel des § 164 Abs. 2 BGB ergibt, wird eine Erklärung in eigenem Namen abgegeben, wenn die Umstände nicht hinreichend deutlich ergeben, dass sie in fremdem Namen abgegeben werden soll (BGH, Urt. v. 13.10.1994 – IX ZR 25/94, WM 1994, 2233, 2334 v. 27.10.2005 – III ZR 71/05, NJW-RR 2006, 109 Rdnr. 6 f). Die vom Senat bislang offengelassene Frage (Urt. v. 9.12.2010, a.a.O., Rdnr. 15), ob der Vertragsschluss durch einen Sozietätsanwalt nach dem Parteiwillen typischerweise die Sozietät verpflichten soll, bedarf auch hier keiner Entscheidung. Die von der Revision nicht angegriffene Würdigung des Berufungsgerichts, die Beklagte zu 1) sei Vertragspartnerin geworden, liegt schon deshalb nahe, weil das Mandat von mehreren Sozien bearbeitet und auch ein bei der Beklagten zu 1) angestellter Rechtsanwalt hiermit befasst worden ist. Eine Auslegung, wonach anstelle eines Sozietätsmandats ein Einzelmandat eines Sozietätsmitglieds begründet werden sollte, kommt unter diesem Gesichtspunkt nicht in Betracht.

2. Das Berufungsgericht hat zutreffend angenommen, dass die Beklagte zu 1) aus dem mit der Schuldnerin geschlossenen Anwaltsvertrag verpflichtet war, die Schuldnerin über die Erfolgsaussichten des Vorprozesses zu belehren.

Die hiergegen von der Revision vorgebrachten Gesichtspunkte greifen nicht durch.

a) Der Umstand, dass die Aktionäre bereits vor der Gründung der Schuldnerin beschlossen hatten, das von der Beklagten zu 1) entwickelte Konzept zur Durchsetzung der Ansprüche im Vorprozess umzusetzen, steht einer eigenständigen Beratungspflicht der Beklagten zu 1) im Verhältnis zur Schuldnerin nicht entgegen. Die Entscheidung der Aktionäre, ihre Ansprüche durch die Schuldnerin einziehen zu lassen, machte wegen deren eigener Rechtspersönlichkeit eine gesonderte Entscheidung der Schuldnerin nicht entbehrlich, die beabsichtigte Klage tatsächlich zu erheben. Die Beratung der Schuldnerin bei dieser Entscheidung war Gegenstand des zwischen der Schuldnerin und der Beklagten zu 1) geschlossenen Anwaltsvertrages.

Auch wenn die Schuldnerin gegenüber der Beklagten zu 1) schon bei Abschluss des Anwaltsvertrages die Weisung erteilt haben sollte, die im Vorprozess erhobene Klage anhängig zu machen, hätte die Beklagte zu 1) prüfen müssen, ob der Schuldnerin durch das Befolgen dieser Weisung Nachteile drohten (vgl. BGH, Urt. v. 13.3.1997 – IX ZR 81/96, WM 1997, 1392, 1393 f; Vill in: Zuehör/G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Rechtsanwaltschaft 3. Aufl., Rdnr. 845).

b) Auch der Umstand, dass in dem Mandatsverhältnis der Aktionäre mit der Beklagten zu 1) bereits eine rechtliche Prüfung der Erfolgsaussichten der Klage stattgefunden hatte, ließ die Prüfungspflicht aus dem mit der Schuldnerin bestandenen Anwaltsvertrag nicht entfallen. **Die anwaltsvertraglichen Pflichten eines Rechtsanwalts werden nicht dadurch geschmälert, dass mit derselben Angelegenheit noch ein weiterer Rechtsanwalt betraut worden ist** (BGH, Urt. v. 24.3.1988 – IX ZR 114/87, NJW 1988, 3013, 3014; v. 8.7.1993 – IX ZR 242/92, NJW 1993, 2676, 2677). Ebenso wenig wird die Prüfungspflicht eines Rechtsanwalts dadurch eingeschränkt, dass er die zu klärenden Rechtsfragen bereits in einem anderen Mandatsverhältnis untersucht hat.

c) **Die Beklagte zu 1) war der Pflicht zur Prüfung der Erfolgsaussichten der Klage auch nicht deshalb enthoben, weil die Geschäftsführer der Schuldnerin Rechtsanwälte waren.** Die rechtliche Bearbeitung des ihm anvertrauten Falles obliegt dem Rechtsanwalt auch im Verhältnis zu einem rechtskundigen Mandanten (BGH, Urt. v. 19.12.1991 – IX ZR 41/91, WM 1992, 739, 740; v. 29.4.1993 – IX ZR 101/92, WM 1993, 1508, 1511; v. 26.10.2000 – IX ZR 289/99, WM 2001, 98, 99 f). Der anwaltsvertragliche Anspruch des Mandanten auf umfassende Beratung wird nicht dadurch eingeschränkt, dass der Mandant die gerade einem Dritten in Auftrag gegebene rechtliche Prüfung auch selbst hätte vornehmen können.

3. Die Beklagte zu 1) hat ihre gegenüber der Schuldnerin bestehenden Pflichten verletzt, indem sie nicht davon abgeraten hat, den Vorprozess zu führen, ohne zuvor den satzungsmäßigen Gesellschaftszweck der Schuldnerin neu gefasst zu haben.

a) Der Rechtsanwalt muss die Erfolgsaussichten des Begehrens seines Mandanten umfassend prüfen und den Mandanten hierüber belehren. Dazu hat er dem Auftraggeber den sichersten und gefahrlosesten Weg vorzuschlagen und ihn über mögliche Risiken aufzuklären, damit der Mandant zu einer sachgerechten Entscheidung in der Lage ist (BGH, Urt. v. 1.3.2007 – IX ZR 261/03, BGHZ 171, 261 Rdnr. 9; v. 7.2.2008 – IX ZR 149/04, WM 2008, 946 Rdnr. 12). **Die mit der Erhebung einer Klage verbundenen Risiken muss der Rechtsanwalt nicht nur benennen, sondern auch deren ungefähres Ausmaß abschätzen** (BGH, Urt. v. 8.12.1983 – I ZR 183/81, BGHZ 89, 178, 182; vgl. auch BGH, Urt. v. 6.2.1992 – IX ZR 95/91, WM 1992, 742, 743). Ist eine **Klage praktisch aussichtslos**, muss der Rechtsanwalt dies klar herausstellen und darf sich nicht mit dem Hinweis begnügen, die Erfolgsaussichten seien offen (BGH, Urt. v. 8.12.1983, a.a.O.; v. 17.4.1986 – IX ZR 200/85, BGHZ 97, 372, 376; v. 13.3.1997 – IX ZR 81/96, WM 1997, 1392, 1393; v. 29.4.2003 – IX ZR 54/02, WM 2003, 1628, 1629; vgl. auch zur steuerlichen Beratung BGH, Urt. v. 23.2.2012 – IX ZR 92/08, WM 2012, 758 Rdnr. 11).

b) Die Beklagten, die hinsichtlich des Inhalts ihrer Belehrung eine sekundäre Darlegungslast trifft (vgl. BGH, Urt. v. 9.6.1994 – IX ZR 125/93, BGHZ 126, 217, 225), haben in den Tatsacheninstanzen vorgetragen, die Schuldnerin sei

„mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen worden, die rechtlichen Risiken, dass ein Gericht die Verfolgung der Schadenersatzansprüche auf dem erörterten Zessionsweg für nicht zulässig erachte, könne nicht ausgeschlossen werden“, allerdings „bestünden durchaus rechtliche Möglichkeiten, die Zulässigkeit eines solchen Vorgehens zu bejahen, wenn gleich natürlich auch eine andere Möglichkeit der rechtlichen Beurteilung bestehe.“ Diese Belehrung finde auch ihren Niederschlag in dem – nach Einreichung der Klage gefertigten – Schreiben der Beklagten an die Schuldnerin vom 10.12.2002.

c) Auf der Grundlage ihres als zutreffend zu unterstellenden Vorbringens hat die Beklagte zu 1) zwar richtig erkannt, dass ein Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz die Unwirksamkeit der Abtretungen an die Schuldnerin gemäß § 134 BGB nach sich zöge (vgl. BGH, Urt. v. 18.4.1967 – VI ZR 188/65, BGHZ 47, 364, 369; Beschl. v. 8.11.1993 – II ZR 249/92, ZIP 1993, 1708, 1709; Urt. v. 25.11.2008 – XI ZR 413/07, WM 2009, 259 Rdnr. 14); über die Vereinbarkeit des von der Schuldnerin beabsichtigten Modells der Forderungseinziehung mit dem Rechtsberatungsgesetz hat die Beklagte zu 1) die Schuldnerin aber fehlerhaft belehrt. Das Berufungsgericht hat mit Recht angenommen, dass die Beklagte zu 1) ihren Pflichten nicht genügt hat, indem sie auf Risiken des Vorprozesses hingewiesen hat.

aa) Die Beklagte zu 1) hat verkannt, dass die Schuldnerin fremde Rechtsangelegenheiten i.S.d. Art. 1 § 1 Abs. 1 Satz 1 RBERG a.F. (aufgehoben durch Art. 20 Nr. 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts vom 12.12.2007, BGBl I, 2840) wahrnahm. Die von der Beklagten zu 1) im Schreiben v. 10.12.2002 vertretene Auffassung, im Sinne des Rechtsberatungsgesetzes nehme die Schuldnerin eigene Rechtsangelegenheiten der Aktionäre wahr, weil diese an der Schuldnerin treuhänderisch beteiligt seien, war verfehlt. Die Wahrnehmung von Angelegenheiten der Aktionäre konnte für die Schuldnerin wegen deren gesonderter Rechtspersönlichkeit gerade keine eigene Angelegenheit sein. Der Umstand, dass die Geschäftsanteile an der Schuldnerin von deren Alleingesellschafterin treuhänderisch für die Aktionäre gehalten wurden, änderte hieran nichts.

Auch die von den Beklagten im Regressprozess vertretene Auffassung, die Geltendmachung der Forderungen sei eine eigene Angelegenheit der Schuldnerin gewesen, ist unzutreffend. Die Regelung des Art. 1 § 1 Abs. 1 Satz 1 RBERG a.F. erfasst als Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten ausdrücklich auch die Einziehung fremder oder zu Einziehungszwecken abgetretener Forderungen. Wie das Berufungsgericht zutreffend erkannt hat, erfolgte die Abtretung an die Schuldnerin trotz deren Bezeichnung als „Kauf“ zu Einziehungszwecken, weil ein Kaufpreis nur für den Fall des Erfolgs der Klage bezahlt und die Zedenten an den eingezogenen Beträgen beteiligt werden sollten (vgl. BGH, Urt. v. 28.2.1985 – I ZR 191/82, WM 1985, 1214, 1215; v. 27.11.2000 – II ZR 190/99, WM 2001, 310 f; Beschl. v. 5.11.2004 – BLw 11/04, WM 2005, 102; Urt. v. 25.11.2008 – XI ZR 413/07, WM 2009, 259 Rdnr. 16 f; v. 12.4.2011 – II ZR 197/09, WM 2011, 1076 Rdnr. 15).

bb) Die Belehrung der Schuldnerin durch die Beklagte zu 1) im Hinblick auf einen möglichen Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz war auch nicht im Ergebnis zutreffend, weil das Merkmal der Geschäftsmäßigkeit i.S.d. Art. 1 § 1 Abs. 1 Satz 1 RBerG aF sicher zu verneinen gewesen wäre.

(1) Die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten erfolgt nach ständiger Rechtsprechung geschäftsmäßig, wenn der Handelnde beabsichtigt, sie – sei es auch nur bei sich bietender Gelegenheit – in gleicher Art zu wiederholen und dadurch zu einem dauernden und wiederkehrenden Teil seiner Beschäftigung zu machen (BGH, Urt. v. 28.2.1985, a.a.O.; v. 17.2.2000 – IX ZR 50/98, WM 2000, 1343, 1345; v. 27.11.2000, a.a.O., 311; v. 14.11.2006 – XI ZR 294/05, BGHZ 170, 18 Rdnr. 8; v. 12.4.2011, a.a.O., Rdnr. 17). Die tatrichterliche Würdigung, wonach keine Wiederholungsabsicht besteht, ist vom Bundesgerichtshof gebilligt worden, wenn auf einem einheitlichen Lebenssachverhalt beruhende Forderungen eines größeren Personenkreises nach Abtretung durch den Zessionar geltend gemacht werden (BGH, Urt. v. 1.12.1994 – III ZR 93/93, WM 1995, 344, 347; v. 27.11.2000, a.a.O., 311; Beschl. v. 5.11.2004, a.a.O., 103). Die Abtretung von Forderungen zur Einziehung erfolgt hingegen geschäftsmäßig, wenn der Zessionar diese Tätigkeit für eine nicht zu überblickende Vielzahl von Personen anbietet (BGH, Urt. v. 25.11.2008, a.a.O., Rdnr. 24; v. 12.4.2011, a.a.O., Rdnr. 18 f).

Die Einziehung von Forderungen erfolgt stets geschäftsmäßig, wenn der Inkassozessionar sich nicht auf die einmalige Bündelung der Forderungen mehrerer Gläubiger aus einem einheitlichen Lebenssachverhalt beschränken will, sondern beabsichtigt, dieses Inkassomodell auch bei anderen geeigneten Anlässen einzusetzen. Die Geltendmachung von Schadenersatzforderungen von Aktionären durch eine Anlegervereinigung ist daher von einem anderen Senat des Berufungsgerichts als geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten angesehen worden, weil der klagende Verein von der inneren Einstellung getragen war, in künftigen Fällen ähnlicher Art auf dieselbe Weise vorzugehen (OLG Düsseldorf, ZIP 1993, 347, 350).

Die hiergegen eingelegte Revision der Anlegervereinigung hat der Bundesgerichtshof mit der Begründung nicht zur Entscheidung angenommen, die geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten sei zutreffend bejaht worden (Beschl. v. 8.11.1993 – II ZR 249/92, ZIP 1993, 1708, 1709). Die Verfassungsbeschwerde der Aktionärsvereinigung ist nicht zur Entscheidung angenommen worden (BVerfG, ZIP 2000, 183).

(2) Es kann offenbleiben, ob die Beklagte zu 1) auf der Grundlage der bis zur Klageerhebung im Vorprozess ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung, welche die Beklagte ihrer Beratung zugrunde zu legen hatte (vgl. BGH, Urt. v. 28.9.2000 – IX ZR 6/99, BGHZ 145, 256, 263), allein deshalb das Merkmal der Geschäftsmäßigkeit bejahen musste, weil die Beteiligung weiterer Aktionäre an dem von der Schuldnerin betriebenen Modell der Forderungseinziehung beabsichtigt war. Die Beklagte zu 1) musste die Schuldnerin

jedenfalls darauf hinweisen, dass deren weit gefasster Satzungszweck ein erhebliches Prozessrisiko begründete, welches sich leicht hätte ausräumen lassen.

Der Gesellschaftsvertrag zur Gründung der Schuldnerin vom 29.11.2002 bezeichnet als deren Unternehmensgegenstand „die Wahrnehmung von Treuhand- und Geschäftsbesorgungsaufgaben, die Unternehmens- und Wirtschaftsberatung, die Vermittlung oder das Halten von Unternehmensbeteiligungen, Immobilien oder sonstigen Vermögenswerten sowie deren Betreuung und Verwaltung“. Der satzungsmäßige Zweck der Schuldnerin beschränkte sich damit nicht auf die Geltendmachung der Ansprüche von Aktionären der S. AG gegen die im Vorprozess beklagten Banken aufgrund des dort behaupteten Verstoßes gegen kapitalmarktrechtliche Bestimmungen. Das Berufungsgericht hat – ebenso wie das Berufungsgericht im Vorprozess – hieraus die Zielrichtung der Schuldnerin geschlossen, die Geschäftsbesorgung für andere regelmäßig wiederholen zu wollen.

Es kann dahinstehen, ob diese revisionsrechtlich nur beschränkt überprüfbare tatrichterliche Würdigung (vgl. BGH, Urt. v. 26.7.2001 – III ZR 172/00, BGHZ 148, 313, 317 f; Beschl. v. 5.11.2004 – BLw 11/04, WM 2005, 102, 103) rechtlich fehlerfrei ist. Auch wenn tatsächlich keine Absicht der Schuldnerin bestanden haben sollte, über die Geltendmachung der Ansprüche von Aktionären der S. AG gegen die im Vorprozess beklagten Banken hinaus in weiteren Fällen fremde Forderungen im Wege der Inkassozession einzuziehen, wäre die Beratung der Beklagten zu 1) gegenüber der Schuldnerin pflichtwidrig gewesen.

Die Beklagte hätte erkennen und die Schuldnerin darüber aufklären müssen, dass deren weit gefasster Gesellschaftszweck einen Anhaltspunkt für die Absicht der Wiederholung und damit die Geschäftsmäßigkeit ihres Vorgehens darstellte. Wenn neben der Klageerhebung im Vorprozess keine weitere Inkassotätigkeit der Schuldnerin beabsichtigt gewesen sein sollte, hätte einem möglichen Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz auf leichte Weise begegnet werden können, indem der Satzungszweck der Schuldnerin auf die Geltendmachung der Forderungen der vier am Vorprozess wirtschaftlich beteiligten Aktionäre beschränkt worden wäre. Für die Schuldnerin stand damit ein sichererer Weg zur Verfügung, auf den die Beklagte zu 1) hätte hinweisen müssen.

cc) Entgegen der von der Revision vertretenen Auffassung durfte die Beklagte zu 1) auch nicht deshalb von der Zulässigkeit des Einziehungsmodells der Schuldnerin ausgehen, weil es aus Gründen der Postulationsfähigkeit (§ 78 Abs. 1 Satz 1 ZPO) erforderlich war, Rechtsanwälte einzuschalten. Ein Verstoß gegen Art. 1 § 1 Abs. 1 Satz 1 RBerG a.F. liegt auch dann vor, wenn derjenige, welcher ohne eigene Befugnis fremde Rechtsangelegenheiten besorgt, sich dabei der Hilfe eines Rechtsanwalts bedient (BGH, Urt. v. 24.6.1987 – I ZR 74/85, ZIP 1987, 1144, 1146; v. 8.10.2004 – V ZR 18/04, WM 2004, 2349, 2352; v. 3.7.2008 – III ZR 260/07, WM 2008, 1609 Rdnr. 19; v. 29.7.2009 – I ZR 166/06, WM 2009, 1953 Rdnr. 23; vgl. auch zum Steuerberater BGH, Urt.

v. 21.3.1996 – IX ZR 240/95, BGHZ 132, 229, 232). Auch der Umstand, dass der Geschäftsführer einer Gesellschaft, die fremde Rechtsangelegenheit besorgt, als Rechtsanwalt zugelassen ist, begründet die Zulässigkeit der Geschäftsbesorgung nicht (BGH, Urt. v. 22.2.2005 – XI ZR 41/04, WM 2005, 786, 787; v. 25.4.2006 – XI ZR 29/05, BGHZ 167, 223 Rdnr. 12).

4. Das Berufungsgericht hat ohne Rechtsfehler angenommen, dass die Belastung der Schuldnerin mit den Kosten des Vorprozesses bei pflichtgemäßer Beratung nicht eingetreten wäre.

a) **Die Frage, wie sich der Mandant bei vertragsgerechter Belehrung durch den rechtlichen Berater verhalten hätte, zählt zur haftungsausfüllenden Kausalität, die der Mandant nach dem Maßstab des § 287 ZPO zu beweisen hat** (BGH, Urt. v. 11.5.1995 – IX ZR 140/94, BGHZ 129, 386, 399; v. 13.1.2005 – IX ZR 455/00, WM 2005, 1615, 1616). Zugunsten des Mandanten ist jedoch zu vermuten, dieser wäre bei pflichtgemäßer Beratung den Hinweisen des Rechtsanwalts gefolgt, sofern im Fall sachgerechter Aufklärung aus der Sicht eines vernünftig urteilenden Mandanten eindeutig eine bestimmte tatsächliche Reaktion nahegelegen hätte. Eine solche Vermutung kommt hingegen nicht in Betracht, wenn nicht nur eine einzige verständige Entscheidungsmöglichkeit bestanden hätte, sondern nach pflichtgemäßer Beratung verschiedene Handlungsweisen ernsthaft in Betracht gekommen wären, die unterschiedliche Vorteile und Risiken in sich geborgen hätten (BGH, Urt. v. 30.9.1993 – IX ZR 73/93, BGHZ 123, 311, 314 f, 319; v. 19.1.2006 – IX ZR 232/01, WM 2006, 927 Rdnr. 26; v. 23.11.2006 – IX ZR 21/03, WM 2007, 419 Rdnr. 23). Greift die Vermutung beratungsgerechten Verhaltens ein, so liegt hierin **keine Beweislastumkehr**, sondern ein Anscheinsbeweis, der durch den Nachweis von Tatsachen entkräftet werden kann, die für ein atypisches Verhalten des Mandanten im Fall pflichtgemäßer Beratung sprechen (BGH, Urt. v. 30.9.1993, a.a.O., 315; v. 13.3.2008 – IX ZR 136/07, WM 2008, 1560 Rdnr. 19).

b) Das Berufungsgericht hat zutreffend angenommen, dass die Vermutung beratungsgerechten Verhaltens zugunsten des Klägers eingreift.

aa) Für eine wirtschaftlich denkende Partei hätte es im Fall pflichtgemäßer Aufklärung durch die Beklagte zu 1) allein nahegelegen, den satzungsmäßigen Gesellschaftszweck der Schuldnerin auf die Einziehung der im Vorprozess geltend gemachten Forderungen zu beschränken. Wie vom Regressgericht selbstständig zu beurteilen ist (vgl. BGH, Urt. v. 15.11.2007 – IX ZR 44/04, BGHZ 174, 205 Rdnr. 9 m.w.N.), hätte nach einer solchen Satzungsänderung die Klage im Vorprozess nicht wegen der Unwirksamkeit der Forderungsabtretungen gemäß § 134 BGB i.V.m. Art. 1 § 1 Abs. 1 Satz 1 RBerG a.F. abgewiesen werden dürfen.

bb) **Der Vermutung beratungsgerechten Verhaltens steht nicht der Umstand entgegen, dass die Geschäftsführer der Schuldnerin zum Zeitpunkt der Klageerhebung im Vorprozess selbst Rechtsanwälte waren.**

Die Revision meint, die Vermutung beratungsgerechten Verhaltens sei darauf zugeschnitten, dass der Mandant als juristischer Laie dem Rat seines Rechtsanwalts regelmäßig folgen werde. Für eine solche Annahme sei hingegen kein Raum, wenn sich der Prozessanwalt sowie zwei Rechtsanwälte als Geschäftsführer der beratenen Gesellschaft „auf Augenhöhe“ gegenüberstünden. Diese Auffassung trifft nicht zu. **Ein Mandant, der selbst Jurist ist, wird einem rechtlich zutreffenden Hinweis seines Rechtsanwalts auf einen Gesichtspunkt, den er selbst übersehen hat, im eigenen Interesse regelmäßig ebenso folgen wie ein juristischer Laie, der wegen fehlender Rechtskenntnis keine eigenständige Prüfung der Rechtslage vorgenommen hat.**

cc) Entgegen der Auffassung der Revision ist für die Anwendbarkeit dieser Beweisgrundsätze unerheblich, dass die Geschäftsführer der Schuldnerin zum Zeitpunkt der Klageerhebung im Vorprozess Sozisten der Beklagten zu 1) waren.

Soweit das von der Schuldnerin erteilte Mandat durch einen anderen Sozisten oder einen bei der Beklagten zu 1) angestellten Rechtsanwalt bearbeitet worden ist, kann bei den Beklagten zu 2) und 3) in deren Eigenschaft als Geschäftsführer der Schuldnerin ebenso wie bei einem außenstehenden Geschäftsführer angenommen werden, diese hätten sich typischerweise der Überzeugungskraft zutreffender rechtlicher Beratung nicht verschlossen. Soweit die Beklagten zu 2) und 3) das Mandat selbst bearbeitet haben, hätten sie als beauftragte Rechtsanwälte ihren Irrtum erkennen müssen, wodurch zugleich ihre unzutreffende Auffassung in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführer der Schuldnerin berichtigt worden wäre.

Der von den Beklagten vorgebrachte Einwand, die Beklagten zu 2) und 3) hätten in ihrer Eigenschaft als Sozisten der Beklagten zu 1) keine andere Rechtsauffassung vertreten können als in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführer der Schuldnerin, liefe demgegenüber darauf hinaus, die Haftung einer beauftragten Rechtsanwaltssozietät allein deshalb zu verkürzen, weil das Mandat durch einen Sozisten in fremdem Namen erteilt worden ist. Es gibt jedoch keinen Sachgrund für die Einschränkung der anwaltlichen Berufshaftung, wenn das Mandat einer Sozietät durch einen ihrer Sozisten erteilt worden ist, der dabei für einen Dritten gehandelt hat.

c) Die von den Beklagten dargelegten Umstände entkräften den Anscheinsbeweis nicht, die Schuldnerin hätte bei pflichtgemäßer Beratung durch die Beklagte zu 1) den Vorprozess ohne vorherige Änderung der Satzung nicht geführt.

Zwar hatten die wirtschaftlich an der Schuldnerin beteiligten Aktionäre die Beklagte zu 1) schon vor der Gründung der Schuldnerin beauftragt, das Konzept zur Einziehung mutmaßlicher Schadenersatzforderungen umzusetzen. Allein der Umstand, dass die Aktionäre beschlossen hatten, ihre mutmaßlichen Forderungen über die Schuldnerin einzuziehen zu lassen, erschüttert aber nicht die Vermutung, die Schuldnerin wäre pflichtgemäßer Beratung gefolgt. Vielmehr hätte die Schuldnerin eine pflichtgemäße Aufklärung über die Erfolgsaussichten der beabsichtigten Klage an die Aktionäre weiter-

leiten und die Richtigkeit des entwickelten Konzepts überdenken müssen. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass durch eine satzungsmäßige Beschränkung des Geschäftszwecks der Schuldnerin ein Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz hätte vermieden werden können.

5. Aufgrund der pflichtwidrigen Beratung der Schuldnerin haftet die Beklagte zu 1) dem Kläger in voller Höhe auf Ersatz der Kosten des Vorprozesses, soweit diese von der Schuldnerin zu tragen sind.

a) Der Schaden der Schuldnerin besteht in dem Gerichtskostenvorschuss für die erste Instanz des Vorprozesses, soweit er von der Schuldnerin aufgebracht worden ist, sowie in den weiteren Prozesskosten, die gegen die Schuldnerin festgesetzt worden sind. Als adäquat-kausal verursachter und zurechenbarer Nachteil erfasst der Schadenersatzanspruch auch die Kosten des Berufungsverfahrens (vgl. BGH, Urt. v. 3.2.2011 – IX ZR 105/10, WM 2011, 796 Rdnr. 10 f). Der Kläger kann dabei Schadenersatz in Geld unabhängig davon verlangen, ob die Schuldnerin ihrerseits bereits eine Zahlung auf die im Vorprozess gegen sie ergangenen Kostenfestsetzungsbeschlüsse geleistet hat. Auch wenn der Schuldnerin vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über ihr Vermögen nur ein Anspruch auf Befreiung von den Kostenforderungen zugestanden haben sollte, hätte sich der Befreiungsanspruch mit der Insolvenzeröffnung in einen Zahlungsanspruch in Höhe der zu tilgenden Schuld umgewandelt, der in die Masse fällt (vgl. BGH, Urt. v. 7.6.2001 – IX ZR 195/00, WM 2001, 1476, 1477; v. 17.3.2011 – IX ZR 166/08, WM 2011, 803 Rdnr. 15).

b) Der Anspruch auf Ersatz der gegen die Schuldnerin festgesetzten Prozesskosten ist nicht wegen des von den Beklagten vorgebrachten Einwands des **Mitverschuldens** (§ 254 BGB) zu kürzen.

aa) Der Einwand der Revision geht fehl, der in der mündlichen Verhandlung vor dem Berufungsgericht im Vorprozess anwesende Geschäftsführer der Schuldnerin K. hätte den Auftrag zur Rücknahme der Berufung erteilen müssen, nachdem dies vom Senatsvorsitzenden empfohlen worden war, um hierdurch die Gerichtskosten für das Berufungsverfahren zu verringern. Dass der für die Beklagte zu 1) in der mündlichen Berufungsverhandlung anwesende Beklagte zu 4) die Rücknahme der Berufung empfohlen hätte, behaupten auch die Beklagten nicht. **Ein Mitverschulden der Schuldnerin kommt daher nicht in Betracht, weil es gerade die Aufgabe der Beklagten zu 1) war, die Schuldnerin rechtlich zu beraten** (vgl. BGH, Urt. v. 24.5.2005 – IX ZR 276/03, WM 2005, 1902, 1903; v. 18.12.2008 – IX ZR 12/05, WM 2009, 369 Rdnr. 21).

bb) Der Ersatzanspruch des Klägers ist auch nicht deshalb zu kürzen, weil er seine Beschwerde gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss des Landgerichts im Vorprozess zurückgenommen hat.

Das Berufungsgericht hat angenommen, dieser von den Beklagten erst im Berufungsverfahren erhobene Einwand

sei nicht hinreichend substantiiert. Die Beklagten hätten nicht dargelegt, weshalb die Prozessgebühr für die Prozessbevollmächtigten der Beklagten des Vorprozesses richtigerweise nur aus dem verminderten Streitwert nach teilweiser Klagerücknahme festzusetzen war, so dass die vom Kläger eingelegte Beschwerde hätte Erfolg haben müssen. Diese Ausführungen enthalten keinen Rechtsfehler.

Die Revision zeigt keinen weiteren Sachvortrag der Beklagten in den Tatsacheninstanzen auf zur Frage, dass die Beschwerde gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss hätte Erfolg haben müssen. Die Darlegung der Revision, wonach die Klageforderung im Vorprozess zwar nach deren Einreichung beim Landgericht, jedoch noch vor der Zustellung vermindert worden sei, kann gemäß § 559 Abs. 1 Satz 1 ZPO im Revisionsverfahren nicht mehr berücksichtigt werden. Entgegen der von der Revision vertretenen Auffassung oblag es dem Berufungsgericht auch nicht, aus der Akte des Vorprozesses von Amts wegen die Erfolgsaussichten der sofortigen Beschwerde gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss zu ermitteln. Die Frage, ob die Verringerung der Klageforderung vor der Zustellung der Klageschrift einer Festsetzung der Prozessgebühr aus dem ursprünglichen Streitwert nach der im Vorprozess noch anzuwendenden Vorschrift des § 31 Abs. 1 Nr. 1 BRAGO entgegenstand, bedarf daher keiner Entscheidung.

6. Das Berufungsurteil kann jedoch insoweit keinen Bestand haben, als das Berufungsgericht den Schadenersatzanspruch gegen die Beklagten als nicht verjährt angesehen hat.

a) Die von den Beklagten erst **in der Berufungsinstanz erhobene Einrede der Verjährung** ist zu beachten. **Die Einrede der Verjährung kann im Berufungsrechtszug unabhängig davon erhoben werden, ob die Voraussetzungen zur Zulassung neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel gemäß § 531 Abs. 2 ZPO vorliegen. Dies gilt auch dann, wenn hierdurch eine Beweisaufnahme erforderlich wird** (BGH, Urt. v. 18.11.2004 – IX ZR 229/03, BGHZ 161, 138, 144 f; v. 16.10.2008 – IX ZR 135/07, WM 2008, 2307 Rdnr. 22; Hk-ZPO/Wöstmann 4. Aufl., § 531 Rdnr. 5; offengelassen bei BGH, Beschl. v. 23.6.2008 – GSZ 1/08, BGHZ 177, 212 Rdnr. 10).

b) Die vom Berufungsgericht getroffenen Feststellungen tragen dessen Auffassung nicht, der Regressanspruch des Klägers sei nicht verjährt.

aa) Die **Verjährung** des primären Schadenersatzanspruchs des Klägers bestimmt sich gemäß Art. 229 § 12 Abs. 1 Nr. 3, § 6 Abs. 1 EGBGB nach der mit Wirkung zum 15.12.2004 aufgehobenen Vorschrift des § 51b BRAO. Die dreijährige Verjährungsfrist ab Anspruchsentstehung gemäß § 51b Fall 1 BRAO beginnt bei einem Regressanspruch auf Ersatz des **Kostenschadens**, der dem Mandanten aus einer Klage erwachsen ist, die er bei pflichtgemäßer Beratung nicht erhoben hätte, **bereits mit der Erhebung der Klage, weil hiermit ein erster Teil des Schadens in Form der Gerichtskosten entsteht** (vgl. BGH, Urt. v. 21.6.2001 – IX ZR 73/00, WM 2001, 1677, 1680 [insoweit nicht in BGHZ 148, 156 abgedr.]; v. 13.11.2008 – IX ZR 69/07, WM 2009, 283

Rdnr. 9; v. 3.2.2011 – IX ZR 105/10, WM 2011, 796 Rdnr. 10). Hat die Pflichtverletzung des Rechtsanwalts zu einem ersten Teilschaden geführt, so beginnt damit die Verjährung des Regressanspruchs auch im Hinblick auf voraussehbare künftige Nachteile des Mandanten (BGH, Urt. v. 21.2.2002 – IX ZR 127/00, WM 2002, 1078, 1080; v. 3.2.2011, a.a.O.; v. 24.3.2011 – IX ZR 197/09, NJW-RR 2011, 858 Rdnr. 19).

Der Primäranspruch auf Ersatz der Kosten eines verlorenen Rechtsstreits, den der Mandant bei pflichtgemäßer Beratung nicht geführt hätte, unterliegt daher auch im Hinblick auf die Kosten der Rechtsmittelinstanz einer einheitlichen Verjährungsfrist. **Die Einlegung eines Rechtsmittels gegen das in erster Instanz ergangene Urteil begründet keinen gesonderten, einer eigenständigen Verjährung unterliegenden Primäranspruch** (BGH, Urt. v. 13.11.2008, a.a.O.; v. 3.2.2011, a.a.O., Rdnr. 11).

bb) Da die Klage im Vorprozess am 3.12.2002 erhoben worden ist, war die dreijährige Primärverjährungsfrist gemäß § 51b Fall 1 BRAO bei Eingang des gegen die Beklagten zu 1) bis 8) gerichteten Prozesskostenhilfesuchs des Klägers am 8.12.2005 (§ 204 Abs. 1 Nr. 14 BGB) bereits verstrichen, sofern nicht in der Zwischenzeit die Verjährung gehemmt gewesen ist. Das Berufungsgericht hat offengelassen, ob die zwischen den Parteien im August/Oktobre 2005 geführte Korrespondenz als Verhandlungen i.S.d. § 203 BGB zu werten ist, weil jedenfalls ein Sekundäranspruch bestehe. Diese Auffassung hält den Angriffen der Revision nicht stand.

(1) Im Ausgangspunkt zutreffend ist das Berufungsgericht davon ausgegangen, dass die von der Rechtsprechung entwickelten **Grundsätze zur Sekundärverjährung** weiterhin anwendbar sind, **wenn sich die Verjährung des primären Regressanspruchs nach dem vor dem 15.12.2004 geltenden Recht bestimmt** (BGH, Urt. v. 13.11.2008, a.a.O., Rdnr. 8; v. 3.2.2011, a.a.O., Rdnr. 9; v. 24.3.2011, a.a.O., Rdnr. 11). Hat der Rechtsanwalt vor der Verjährung des Primäranspruchs Anlass zu prüfen, ob er durch einen Fehler dem Mandanten Schaden zugefügt hat, kommt ein Sekundäranspruch in Betracht, wenn der Rechtsanwalt die gebotene Überprüfung seiner Tätigkeit unterlässt, trotz der Überprüfung seinen Fehler nicht erkennt oder trotz Erkenntnis des Fehlers die gebotene Aufklärung des Mandanten unterlässt (BGH, Urt. v. 23.5.1985 – IX ZR 102/84, BGHZ 94, 380, 386; v. 13.11.2008, a.a.O., Rdnr. 11; v. 24.3.2011, a.a.O., Rdnr. 14).

(2) Das Berufungsgericht hat jedoch verkannt, dass die Pflicht des Rechtsanwalts oder Steuerberaters, den Mandanten bei begründetem Anlass über den gegen sich bestehenden Schadenersatzanspruch sowie dessen kurze Verjährung zu belehren, entfällt, wenn der Mandant rechtzeitig vor Ablauf der Primärverjährung einen Rechtsanwalt damit beauftragt hat, einen möglichen Regressanspruch zu prüfen (BGH, Urt. v. 14.11.1991 – IX ZR 31/91, WM 1992, 579, 581 f; v. 11.5.1995 – IX ZR 140/94, BGHZ 129, 386, 392; v. 14.12.2000 – IX ZR 332/99, WM 2001, 736, 739; v. 21.6.2001 – IX ZR 73/00, WM 2001, 1677, 1678 [insoweit nicht in BGHZ 148, 156 abgedr.]; v. 13.4.2006 – IX ZR

208/02, WM 2006, 1450 Rdnr. 9). Ausweislich der vom Berufungsgericht in Bezug genommenen Korrespondenz haben die Prozessbevollmächtigten des Klägers mit Schreiben vom 13.10.2005 dessen Vertretung angezeigt und die Beklagten zur Zahlung aufgefordert. Jedenfalls nach dem Zugang dieses Schreibens bestand keine Verpflichtung der Beklagten mehr, den Kläger auf die Möglichkeit eines Regressanspruchs sowie dessen Verjährung hinzuweisen.

Soweit der Kläger hiergegen im Revisionsverfahren vorgebracht hat, die Belehrungspflicht eines vom Mandanten beauftragten weiteren Rechtsanwalts trete erst dann an die Stelle der Hinweispflicht des früheren Rechtsanwalts, wenn der neue Rechtsanwalt den Fristablauf erkenne oder dieser für ihn offenkundig sei, geht dies fehl. Die von der Revisionserweiterung herangezogenen Grundsätze zur Belehrungspflicht eines in anderer Sache beauftragten Rechtsanwalts (BGH, Urt. v. 13.4.2006, a.a.O., Rdnr. 11) sind hier nicht anwendbar, weil die vorinstanzlichen Prozessbevollmächtigten des Klägers von diesem gerade mit dem Ziel der Geltendmachung des Regressanspruchs beauftragt worden sind. Im Übrigen waren der Zeitpunkt der Erhebung der Klage im Vorprozess und damit der Beginn der dreijährigen Verjährungsfrist offenkundig.

IV. Wegen des Rechtsfehlers ist das Berufungsurteil aufzuheben und die Sache an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 562 Abs. 1, § 563 Abs. 1 Satz 1 ZPO). Die Sache ist insgesamt nicht zur Endentscheidung (§§ 561, 563 Abs. 3 ZPO) reif.

1. Die gegen die erstbeklagte Sozietät erhobene Klage ist nicht wegen Verjährung abzuweisen, weil die Verjährung möglicherweise durch außergerichtliche Verhandlungen der Parteien gehemmt worden ist (§ 203 BGB).

a) Für ein **Verhandeln i.S.d. § 203 BGB** genügt **jeder Meinungsaustausch über den Schadenfall** zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten, sofern nicht sofort und eindeutig jeder Ersatz abgelehnt wird. Verhandlungen schweben schon dann, wenn der in Anspruch Genommene Erklärungen abgibt, die dem Geschädigten die Annahme gestatten, der Verpflichtete lasse sich auf Erörterungen über die Berechtigung von Schadenersatzansprüchen ein. **Dafür kann genügen, dass der Anspruchsgegner mitteilt, er habe die Angelegenheit seinem Haftpflichtversicherer zur Prüfung übersandt** (BGH, Urt. v. 1.2.2007 – IX ZR 180/04, WM 2007, 801 Rdnr. 32; v. 3.2.2011 – IX ZR 105/10, WM 2011, 796 Rdnr. 14). **Der Begriff der Verhandlungen setzt hingegen nicht voraus, dass die Bereitschaft zum Abschluss eines Vergleichs oder zum Entgegenkommen signalisiert wird** (BGH, Urt. v. 14.7.2009 – XI ZR 18/08, BGHZ 182, 76 Rdnr. 16).

Der Erklärung, den Vorgang an den eigenen Haftpflichtversicherer weiter geleitet zu haben, ist nicht notwendig zu entnehmen, der in Anspruch Genommene lasse sich auf die Erörterung des geltend gemachten Anspruchs ein. Die Einschaltung des Haftpflichtversicherers kann allein durch die **versicherungsvertraglichen Obliegenheiten** des Haftpflichtschuldners bedingt sein, weshalb eine solche Mitteilung

nicht als Beginn von Verhandlungen zu werten sein kann, wenn die erhobenen Ansprüche zugleich zurückgewiesen werden (BGH, Urt. v. 3.2.2011, a.a.O., Rdnr. 16 f).

b) Das Berufungsgericht hat auf der Grundlage seiner Rechtsauffassung offenlassen können, ob zwischen den Parteien Verhandlungen i.S.d. § 203 BGB stattgefunden haben. Der Senat kann diese Beurteilung wegen fehlender tatrichterlicher Feststellungen nicht nachholen. Die vom Berufungsgericht in Bezug genommenen Schreiben vom 12.8.2005 und vom 13.10.2005 sind beide von der Klägerseite verfasst und lassen nicht erkennen, wie sich die Beklagten zu den Zahlungsaufforderungen verhalten haben. Das von der Revisionserwidlung vorgelegte Schreiben vom 7.10.2005, in welchem die Beklagten eine Stellungnahme nach einem abschließenden Gespräch mit dem Haftpflichtversicherer ankündigen, ist als neuer Sachvortrag im Revisionsverfahren gemäß § 559 Abs. 1 Satz 1 ZPO nicht berücksichtigungsfähig.

c) Aufgrund der vom Berufungsgericht geäußerten Rechtsauffassung, die von den Beklagten erhobenen Einwendungen hätten keine Aussicht auf Erfolg, musste der Kläger nicht mit der Abweisung der Klage wegen Verjährung rechnen. Dem Kläger ist daher gemäß § 139 Abs. 2 ZPO Gelegenheit zu ergänzendem Sachvortrag zu geben, weshalb eine Abweisung der Klage durch das Revisionsgericht nicht in Betracht kommt (vgl. BGH, Urt. v. 20.2.1997 – I ZR 13/95, BGHZ 135, 1, 8; Hk-ZPO/Kayser, a.a.O., § 563 Rdnr. 3). Das Berufungsgericht wird im zweiten Berufungsdurchgang zu prüfen haben, ob der Kläger den Erklärungen der Beklagten zu 1) die Bereitschaft entnehmen durfte, die Berechtigung des geltend gemachten Anspruchs zu erörtern (§§ 133, 157 BGB).

2. Da ein unverjährter Regressanspruch gegen die Beklagte zu 1) in Betracht kommt, ist auch die gegen die Beklagten zu 2) bis 8) erhobene Klage nicht entscheidungsreif.

a) Die Beklagten zu 2) bis 8) haften für den Regressanspruch gegen die Beklagte zu 1) entsprechend § 128 Satz 1 HGB.

Im Fall eines mit einer Sozietät geschlossenen Beratungsvertrages haften die Sozien für den gegen die Gesellschaft gerichteten Anspruch wegen Schlechterfüllung in entsprechender Anwendung des **§ 128 Satz 1, § 129 HGB** persönlich (BGH, Urt. v. 29.1.2001 – II ZR 331/00, BGHZ 146, 341, 358; v. 7.4.2003 – II ZR 56/02, BGHZ 154, 370, 372 ff, 376 f; v. 22.1.2004 – IX ZR 65/01, BGHZ 157, 361, 364). **Die persönliche Haftung erstreckt sich dabei auch auf die berufs haftungsrechtlichen Verbindlichkeiten** (BGH, Urt. v. 3.5.2007 – IX ZR 218/05, BGHZ 172, 169 Rdnr. 29). Ob diese Haftung im Fall einer Sozietät, der Mitglieder unterschiedlicher Berufsgruppen angehören (gemischte Sozietät, vgl. § 59a Abs. 1 Satz 1 BRAO) auch diejenigen Sozien trifft, die in eigener Person die vertraglich geschuldete Beratung nicht vornehmen dürfen, hat der Senat bislang offengelassen (BGH, Urt. v. 9.12.2010 – IX ZR 44/10, WM 2011, 1770 Rdnr. 10). Die Frage ist zu bejahen, so dass auch der Beklagte zu 8) persönlich haftet.

aa) Auf der Grundlage der **früheren Rechtsprechung**, wonach ein Anwaltsvertrag regelmäßig nur mit denjenigen Sozien zustande kommt, die selbst auf dem zu bearbeitenden Rechtsgebiet tätig werden dürfen (BGH, Urt. v. 16.12.1999 – IX ZR 117/99, WM 2000, 963, 964; v. 17.2.2000 – IX ZR 50/98, WM 2000, 1342, 1344 f), erfasste die Haftung wegen Schlechterfüllung eines Anwaltsvertrages nicht die berufs fremden Sozien, weil diese nicht Vertragspartner wurden. Diese Auffassung beruhte auf der früher zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts in ständiger Rechtsprechung angenommenen **Doppelverpflichtungslehre**, wonach durch den Abschluss eines Rechtsgeschäfts im Namen einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zugleich eine Haftung der Gesamthand und eine persönliche Haftung der Gesellschafter begründet werden (BGH, Urt. v. 15.7.1997 – XI ZR 154/96, BGHZ 136, 254, 258 f).

Nachdem durch das Grundsatzurteil vom 29.1.2001 (II ZR 331/00, BGHZ 146, 341) **die eigene Rechtspersönlichkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts anerkannt und die Doppelverpflichtungslehre aufgegeben** worden ist, kann – wie ausgeführt – die Sozietät selbst Partei eines Anwaltsvertrages sein (BGH, Urt. v. 26.1.2006 – IX ZR 225/04, WM 2006, 830 Rdnr. 9; v. 5.2.2009 – IX ZR 18/07, WM 2009, 669 Rdnr. 10), und zwar auch dann, wenn dieser neben Rechtsanwälten auch Sozien anderer Berufsgruppen angehören (BGH, Urt. v. 9.12.2010 – IX ZR 44/10, WM 2011, 1770 Rdnr. 7 ff). **Damit ist auch die auf der früheren Doppelverpflichtungslehre beruhende Beschränkung der Haftung auf diejenigen Sozien, die in eigener Person berufsrechtlich zur Bearbeitung des Mandats befugt sind, überholt** (Vollkommer/Greger/Heinemann, Anwaltschaftsrecht 3. Aufl., § 4 Rdnr. 20; Menne-meyer in: Fahrendorf/Mennemeyer/Terbille, Die Haftung des Rechtsanwalts 8. Aufl., Rdnr. 123; Jungk in: Borgmann/Jungk/Grams, Anwaltschaftung 4. Aufl., § 36 Rdnr. 23; Brandi in: Kilian/Offermann-Burckart/vom Stein, Praxishandbuch Anwaltsrecht 2. Aufl., § 9 Rdnr. 40; Lux, DStR 2008, 1981, 1982 f; Schodder, EWIR 2008, 523, 524).

Das Vertrauen der nicht-anwaltlichen Sozien, für die Schlechterfüllung eines Anwaltsvertrages nicht zu haften, wird dadurch geschützt, dass die auf der Doppelverpflichtungslehre beruhenden Grundsätze auf solche Anwaltsverträge weiterhin anwendbar sind, die vor dem Erlass der Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofs v. 29.1.2001 (a.a.O.) geschlossen worden sind (BGH, Urt. v. 26.6.2008 – IX ZR 145/05, WM 2008, 1563 Rdnr. 10; v. 5.2.2009, a.a.O.).

bb) Entgegen einer im Schrifttum vertretenen Auffassung (Rinkler in: Zuehör/G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltschaftung 3. Aufl., Rdnr. 397) kann der nach früherer Rechtsprechung bestandene Ausschluss der Haftung berufs fremder Sozien nicht dadurch aufrecht erhalten werden, dass dem Anwaltsvertrag die konkludente Vereinbarung entnommen wird, die Haftung berufs fremder Sozien werde ausgeschlossen.

Auch wenn die Beschränkung der Haftung auf diejenigen Mitglieder einer Sozietät, die das Mandat selbst bearbeiten, unter gesetzlich näher bezeichneten Voraussetzungen selbst

durch vorformulierte Vertragsbedingungen zulässig ist (§ 51a Abs. 2 Satz 2 und 3 BRAO, § 67a Abs. 2 StBerG, § 54b Abs. 2 WPO), kann ohne konkrete Anhaltspunkte den Erklärungen der Parteien ein solcher Wille zur Haftungsbeschränkung nicht entnommen werden. Die Haftung derjenigen Sozien, die mit dem Mandat nicht selbst befasst gewesen sind, stellt sich nur dann, wenn die Auslegung der Parteierklärungen (§§ 133, 157 BGB) ergibt, dass der Anwaltsvertrag mit der Sozietät selbst geschlossen worden ist und kein Einzelmandat des sachbearbeitenden Sozietätsmitglieds vorliegt. Ist nach dem Parteiwillen gerade ein Sozietätsmandat einer aus Rechtsanwälten und Steuerberatern bestehenden Sozietät gewollt, so gibt es regelmäßig keinen Grund für die Annahme, die persönliche Haftung solle sich auf einzelne Sozietätsmitglieder beschränken.

cc) Soweit angenommen wird, **die Regelung des § 8 Abs. 2 PartGG könne auf Sozietäten in der Rechtsform von Gesellschaften bürgerlichen Rechts übertragen werden** (Zugehör/Rinkler, a.a.O., Rdnr. 398; Hirtz in: Henssler/Strohn, Gesellschaftsrecht, § 8 PartGG Rdnr. 1; offengelassen bei BGH, Urt. v. 7.4.2003 – II ZR 56/02, BGHZ 154, 370, 377), **kommt dies nicht in Betracht**. Eine solche Analogie setzte nicht nur die auf der Grundlage der Doppelverpflichtungslehre vorgenommene Beschränkung der Haftung auf die anwaltlichen Sozien fort, sondern führte weiter gehend – entgegen der Regelung des § 51a Abs. 2 Satz 1 BRAO – eine Haftungskonzentration auf die mit dem Mandat befassten Sozien auch insoweit ein, als diese Rechtsanwälte sind.

Ein solcher Analogieschluss ist zudem wegen des Fehlens einer Regelungslücke unzulässig, weil die Haftungskonzentration im Fall der Partnerschaftsgesellschaft gesetzlich gerade nur für diese Rechtsform geschaffen worden ist (vgl. Lux, NJW 2003, 2806, 2807; Römermann, BB 2003, 1084, 1086; ders., NJW 2009, 1560, 1561; K. Schmidt, NJW 2005, 2801, 2805) und zudem im Gegenzug für dieses Haftungsprivileg die Publizität der Gesellschaftsverhältnisse gemäß § 4 Abs. 1, § 7 Abs. 1 PartGG verlangt wird (Hasenkamp, DB 2003, 1166, 1167).

b) Da eine Hemmung der Verjährung des gegen die Beklagte zu 1) gerichteten Regressanspruchs in Betracht kommt, ist auch die gegen die Beklagten zu 2) bis 8) gerichtete Klage nicht unter dem Gesichtspunkt der Verjährung abweisungsreif.

aa) **Die Hemmung der Verjährung gegenüber der Gesellschaft erfasst nach § 129 HGB grundsätzlich auch die akzessorische Haftung der Gesellschafter** (BGH, Urt. v. 11.12.1978 – II ZR 235/77, BGHZ 73, 217, 223 f.; v. 22.9.1980 – II ZR 204/79, BGHZ 78, 114, 119 f.; v. 22.3.1988 – X ZR 64/87, BGHZ 104, 76, 81 f.; v. 9.7.1998 – IX ZR 272/96, BGHZ 139, 214, 217 f, jeweils zur Verjährungsunterbrechung; vgl. auch BGH, Urt. v. 3.4.2006 – II ZR 40/05, ZIP 2006, 994 Rdnr. 15; v. 12.1.2010 – XI ZR 37/09, WM 2010, 308 Rdnr. 41 f.; v. 29.11.2011 – X ZR 23/11, ZIP 2012, 698 Rdnr. 12). Wenn die Verjährung des Regressanspruchs gegen die Beklagte zu 1) wegen Verhandlungen gehemmt worden ist, müssen sich die Beklagten zu 2) bis 8) die Verjährungshemmung

daher im Ausgangspunkt ebenfalls entgegenhalten lassen, ohne dass es darauf ankäme, ob die Verhandlungen zugleich über die Haftung der Beklagten zu 2) bis 8) geführt worden sind.

bb) **Die im Verhältnis zur Gesellschaft eingetretene Hemmung der Verjährung erstreckt sich jedoch nur auf diejenigen Gesellschafter, die der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Hemmung angehören** (BGH, Urt. v. 11.12.1978, a.a.O., 224 f.; MünchKomm-HGB/K. Schmidt 3. Aufl., § 129 Rdnr. 8; Hillmann in: Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn, HGB 2. Aufl., § 129 Rdnr. 4; Emmerich, HGB 2. Aufl., § 129 Rdnr. 10; Oetker/Bosche, HGB 2. Aufl., § 129 Rdnr. 4) und erfasst damit nicht die – gemäß § 736 Abs. 2 BGB i.V.m. § 160 HGB begrenzte – Nachhaftung ausgeschiedener Sozien (vgl. dazu Zugehör/Rinkler, a.a.O., Rdnr. 408 ff).

Aus dem Berufungsurteil kann zwar entnommen werden, dass zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung nicht mehr alle Beklagten zu 2) bis 8) vor dem Berufungsgericht Gesellschafter der Beklagten zu 1) waren. Das Berufungsgericht hat jedoch nicht festgestellt, welche der in Anspruch genommenen Sozien zu welchem Zeitpunkt ausgeschieden sind. Sollten Verhandlungen über den Regressanspruch stattgefunden haben, ist daher aufzuklären, welche Sozien der Beklagten zu 1) zum Zeitpunkt der Verhandlungen noch angehört haben und – soweit die Sozien zu diesem Zeitpunkt bereits ausgeschieden waren – ob die Verhandlungen sich auch auf deren persönliche Inanspruchnahme erstreckt haben.

V. Für das weitere Verfahren weist der Senat darauf hin, dass das Berufungsgericht die Klageforderung der Höhe nach zu überprüfen haben wird, sofern die Klage nicht wegen Verjährung abzuweisen ist.

1. Nach der Fassung der Urteilsformel des Landgerichts sind die Beklagten verurteilt worden, in der Hauptsache einen Betrag von 142.952,97 EUR zu zahlen sowie zusätzlich Ersatz für außergerichtliche Kosten zu leisten. Damit ist dem Antrag des Klägers in vollem Umfang stattgegeben worden, der die von der Schuldnerin zu tragenden Kosten des Vorprozesses mit 142.952,97 EUR beziffert hat. Die Zurückweisung der Berufung in vollem Umfang erfordert daher die Feststellung, dass die Schuldnerin in dieser Höhe mit Kosten belastet worden ist. Im Berufungsurteil wird der Kosten Schaden der Schuldnerin aus dem Vorprozess demgegenüber mit einem Betrag von 141.618,56 EUR beziffert.

2. Im Hinblick auf den geltend gemachten Ersatz für außergerichtliche Rechtsverfolgungskosten wird das Berufungsgericht zu berücksichtigen haben, dass der Kläger diese Kosten aus einer Hauptforderung in Höhe von 175.445,71 EUR bemessen hat, die er im Rechtsstreit nicht in voller Höhe geltend gemacht hat. ■

Anwaltshaftung

- „Sicherster Weg“
- Umfassende Interessenwahrnehmung
- Rat zur Selbstpfändung
- Durchbrechung des Zurechnungszusammenhangs
- Fehler des Gerichts

(BGH, Urt. v. 10.3.2011 – IX ZR 82/10)

Leitsätze:

1. Der Prozessvertreter des Beklagten verletzt seine Pflichten aus dem Anwaltsvertrag, wenn er die Pfändung und Überweisung der Klageforderung an seine Partei nicht geltend macht.
2. Die Pfändung in eigene Schuld ist jedenfalls dann zulässig, wenn sie dazu dient, dem Gläubiger die Verrechnung in den Fällen zu ermöglichen, in denen die allgemeinen Aufrechnungsvoraussetzungen nicht vorliegen oder die Aufrechnung aus prozessualen Gründen unstatthaft ist.
3. Für die Einziehung der gepfändeten Forderung in eigene Schuld reicht es aus, dass der Vollstreckungsgläubiger und Drittschuldner gegenüber dem Vollstreckungsschuldner erklärt, die wechselseitigen Forderungen zu verrechnen. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger kaufte am 25.5.1999 ein mit einem Mehrfamilienhaus bebautes Grundstück. Er teilte es in Eigentumswohnungen auf, von denen er zwei am 29.11.1999 für umgerechnet 122.710,05 EUR an U. (fortan: Wohnungskäuferin) veräußerte, die sich wegen des Kaufpreisanspruchs der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwarf. Der Grundstücksverkäufer beanspruchte vom Kläger noch einen Kaufpreisrest in Höhe von umgerechnet 89.476,08 EUR. Er trat diesen Anspruch an die Wohnungskäuferin ab, die den Kläger deswegen auf Zahlung verklagte. Dieser unterließ es in erster Instanz, wenigstens hilfsweise mit seiner noch offenen Kaufpreisforderung aus dem Wohnungsverkauf aufzurechnen. Da er die Zahlung an den Grundstücksverkäufer nicht beweisen konnte, wurde er in erster Instanz vom Landgericht zur Zahlung verurteilt.

Nunmehr beauftragte er den Beklagten, für ihn Berufung gegen das Urteil einzulegen, was auch geschah. Zur Vollstreckung des Kaufpreisanspruchs gegen die Wohnungskäuferin aus dem Wohnungsverkauf ließ der Beklagte im April 2002 gestützt auf die vollstreckbare Urkunde die gegen den Kläger gerichtete, an die Wohnungskäuferin abgetretene angebliche Kaufpreisforderung des Grundstücksverkäufers pfänden und dem Kläger zur Einziehung überweisen. Im Juni 2002 ließ die Wohnungskäuferin mit dem Titel des vorläufig vollstreckbaren erstinstanzlichen Urteils ein Bankguthaben des Klägers in Höhe von 34.833,43 EUR pfänden. In der Berufungsinstantz machte der Beklagte zwar die Hilfsaufrechnung mit der Kaufpreisforderung aus dem Wohn-

ungsverkauf geltend, unterließ es jedoch, die von ihm veranlasste Pfändung und Überweisung der Klageforderung vorzutragen. Nach einem entsprechenden Hinweis auf § 533 ZPO, wonach die Hilfsaufrechnung des Klägers in der Berufungsinstantz nicht mehr zulässig sei, wies das Berufungsgericht die Berufung des Klägers zurück.

Das Urteil wurde rechtskräftig. Nunmehr ließ sich die Wohnungskäuferin den von ihr zuvor nur gepfändeten Betrag zur Einziehung überweisen. Eine hiergegen von dem Beklagten für den Kläger erhobene Vollstreckungsgegenklage, mit der er die Erfüllung der titulierten Forderung aufgrund Aufrechnung mit der Gegenforderung aus dem Wohnungsverkauf und der von ihm veranlassten Vollstreckung in eigene Schuld, der so genannten Selbstpfändung, geltend machte und sich auf § 826 BGB berief, wurde in zwei Instanzen abgewiesen, weil der Kläger mit seinen Einwendungen nach § 767 Abs. 2 ZPO präkludiert sei; seine Nichtzulassungsbeschwerde hatte keinen Erfolg. Die Wohnungskäuferin zog sodann die gepfändeten Gelder ein.

Im vorliegenden Rechtsstreit verlangt der Kläger von dem Beklagten Schadensersatz wegen anwaltlicher Pflichtverletzung. Sein Schaden bestehe in Höhe der an die Wohnungskäuferin ausgekehrten Gelder sowie der in den beiden Vorprozessen verauslagten Gerichts- und Rechtsanwaltskosten. Ferner hat er Freistellung von den gegen ihn geltend gemachten Gerichtskosten begehrt. In erster Instanz hat er den Schadenersatz auf zuletzt 64.484,71 EUR und die Freistellung auf 12.835,70 EUR beziffert. Das Landgericht hat den Beklagten zur Zahlung von 43.781,04 EUR zzgl. Zinsen sowie zur Freistellung in Höhe von 4.797,60 EUR verurteilt.

Der Beklagte hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Die Prozessbevollmächtigten der Wohnungskäuferin haben wegen ihrer gegen den Kläger gerichteten Forderungen aus Kostenfestsetzungsbeschlüssen in Höhe von 5.295,04 EUR zzgl. Zinsen und Kosten die angebliche Schadenersatzforderung des Klägers gegen den Beklagten gepfändet und sich zur Einziehung überweisen lassen. Der Beklagte hat wegen titulierter Anwaltsforderungen gegen den Kläger in Höhe von insgesamt 4.705,68 EUR zzgl. Zinsen diesen Schadenersatzanspruch gegen sich pfänden und zur Einziehung überweisen lassen. Der Kläger hat zuletzt seinen Zahlungsantrag in der Höhe des ihm erstinstanzlich zugesprochenen Betrages weiterverfolgt. Das Berufungsgericht hat der Berufung des Beklagten teilweise stattgegeben. Es hält die Freistellungsklage in Höhe von 4.797,60 EUR und die Zahlungsklage in Höhe von 39.075,36 EUR für begründet, wobei es den Beklagten ermächtigt hat, den zugesprochenen Geldbetrag nach Maßgabe des Pfändungsbeschlusses an den Prozessbevollmächtigten der Wohnungskäuferin zu zahlen. In Höhe von 4.705,68 EUR hat das Berufungsgericht die Klage als derzeit unbegründet abgewiesen.

Gegen dieses Urteil wendet sich der Beklagte mit der vom Berufungsgericht zugelassenen Revision, mit der er die vollständige Abweisung der Klage begehrt. Der Kläger hat wegen der Kostenentscheidung (40 vom Hundert der Kläger, 60 vom Hundert der Beklagte) Anschlussrevision eingelegt. ■

Aus den Gründen:

I. Die Revision des Beklagten ist unbegründet.

1. Das Berufungsgericht hat gemeint, der Beklagte habe es im Berufungsverfahren des ersten Rechtsstreits versäumt, den Einwand der Pfändung des Klageanspruchs (Selbstpfändung) zu erheben. Wenn er die Selbstpfändung damals eingewendet hätte, wäre die Klage der Wohnungskäuferin als derzeit unbegründet abgewiesen worden. Dann hätte diese sich die gepfändeten Gelder nicht mehr zur Einziehung überweisen lassen können. Es entlaste den Beklagten nicht, dass die Wohnungskäuferin sich das gepfändete Bankguthaben des Klägers entgegen dem Verfügungsverbot aus dem von ihm erwirkten Pfändungsbeschluss (Selbstpfändung) habe überweisen lassen. Denn der Beklagte hätte für seinen Mandanten den „sichersten Weg“ beschreiten und die Maßnahme ergreifen müssen, die mit größter Sicherheit zum Erfolg geführt hätte. Sicher wäre nur gewesen, den Vollstreckungstitel zu beseitigen.

2. Diese Ausführungen halten im Wesentlichen rechtlicher Nachprüfung stand.

a) Der Beklagte ist beauftragt worden, gegen das erstinstanzliche Urteil vom 21.3.2002 Berufung einzulegen, die von der Wohnungskäuferin gegen den Kläger erhobenen Zahlungsansprüche abzuwehren und aus dem Titel im notariellen Kaufvertrag vom 29.11.1999 gegen die Wohnungskäuferin zu pfänden und die Klageforderung an den Kläger zur Einziehung überweisen zu lassen. Für die rechtliche Prüfung seiner Haftung ist mithin das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26.11.2001 anzuwenden (Art. 229 § 5 EGBGB).

b) Ein Rechtsanwalt ist kraft des **Anwaltsvertrages** (§ 675 Abs. 1 BGB) verpflichtet, die **Interessen seines Auftraggebers nach jeder Richtung umfassend wahrzunehmen**. Der Anwalt, der die Beratung einer Partei in einem Zivilprozess übernimmt, ist zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er durch sein Verschulden bewirkt, dass die Partei einen Prozess verliert, den sie bei sachgemäßer Vertretung gewonnen hätte. Er muss sie über die Gesichtspunkte und Umstände, die für ihr ferneres Verhalten in der Angelegenheit entscheidend sein können, eingehend und erschöpfend belehren. Dabei **muss der Rechtsanwalt sein Verhalten so einrichten, dass er Schädigungen seines Auftraggebers, deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden kann, vermeidet**. Er ist verpflichtet, **den „sichersten“ Weg zu gehen**, um das von seinem Mandanten erstrebte Ziel zu erreichen. **Will er einen weniger sicheren Weg beschreiten, muss er zumindest seinen Auftraggeber zuvor über die insoweit bestehenden Gefahren belehren und ein weiteres Verhalten von dessen Entscheidung abhängig machen** (BGH, *Urt. v. 31.10.1985 – IX ZR 175/84, WM 1986, 199, 202; v. 4.6.1996 – IX ZR 51/95, NJW 1996, 2648, 2649; v. 11.2.1999 – IX ZR 14/98, NJW 1999, 1391*). Gegen diese Pflichten hat der Beklagte schuldhaft verstoßen, so dass er nach § 280 Abs. 1 BGB dem Kläger auf Schadenersatz haftet.

Der Beklagte hat es pflichtwidrig unterlassen, gegen die Zahlungsklage der Wohnungskäuferin aus abgetretenem Recht mit der Berufungsbegründung geltend zu machen, dass der Kläger nach Erlass des erstinstanzlichen Urteils die (angebliche) Forderung der Wohnungskäuferin gegen sich aus dem angefochtenen Urteil erster Instanz **aufgrund seiner entgegengesetzten vollstreckbaren Forderung aus dem notariellen Kaufvertrag über die Eigentumswohnungen hatte pfänden und sich zur Einziehung überweisen lassen**. Auf diesem Weg hätte er durch Beseitigung des Titels sicher die **weitere Vollstreckung der Wohnungskäuferin verhindern** können. Sein Vorgehen, die rechtskräftige Titulierung ihres Zahlungsanspruchs hinzunehmen, um notfalls die weitere Vollstreckung in einem Zweitprozess für unzulässig erklären zu lassen, war risikobehaftet, zumal die Wohnungskäuferin im Erstprozess bereits zu erkennen gegeben hatte, die Pfändung und Überweisung des Klägers nicht anzuerkennen, weil sie es bei dem Zahlungsantrag, gerichtet auf Zahlung an sich selbst, belassen hatte.

aa) Nach allgemeiner Meinung **kann ein Vollstreckungsgläubiger grundsätzlich auch eine gegen sich selbst gerichtete Forderung pfänden**, wobei die Einzelheiten streitig sind. So wird die Ansicht vertreten, die **Selbstpfändung** sei ohne jede Einschränkung zulässig (OLG Köln, *NJW-RR 1989, 190, 191; Schuschke in: Schuschke/Walker, Vollstreckung und vorläufiger Rechtsschutz 4. Aufl., § 829 Rdnr. 11*). Das Reichsgericht hielt die Selbstpfändung jedenfalls für zulässig, wenn die Aufrechnung aus materiellen oder prozessualen Gründen nicht möglich ist (RG, *JW 1938, 2399, 2400; RGZ 20, 365, 371 ff; ebenso LG Düsseldorf, MDR 1964, 332 f; Münch-Komm-ZPO/Smid 3. Aufl., § 829 Rdnr. 77*). Nach einer dritten Ansicht soll die Selbstpfändung grundsätzlich zulässig sein, sofern nicht gesetzliche Aufrechnungsverbote umgangen werden (Stein/Jonas/Brehm, *ZPO 22. Aufl., § 829 Rdnr. 124*).

Die Pfändung in eigene Schuld ist jedenfalls dann **unbedenklich**, wenn sie dazu dient, dem Gläubiger die Verrechnung in den Fällen zu ermöglichen, in denen die Aufrechnungsvoraussetzungen nicht vorliegen oder die Aufrechnung aus prozessualen Gründen unstatthaft ist (vgl. *RGZ 57, 358, 363 f; RG, JW 1938, 2399, 2400*), sofern nicht Aufrechnungsverbote (vgl. § 393 BGB) entgegenstehen (vgl. auch BGH, *Urt. v. 12.7.1968 – V ZR 29/66, NJW 1968, 2059, 2060; v. 24.6.1985 – III ZR 219/83, BGHZ 95, 109, 115; v. 16.8.2007 – IX ZR 63/06, BGHZ 173, 328 Rdnr. 33*). Die Vollstreckungsmacht des Gläubigers wird durch die Gründe der Aufrechnungspräklausion nicht berührt. Einschränkungen würden dazu führen, dass dem Vollstreckungsgläubiger in der Zwangsvollstreckung Vermögensbestandteile des Vollstreckungsschuldners entzogen würden. Stellt die Forderung den einzigen Vermögensbestandteil des Vollstreckungsschuldners dar, wäre dem Vollstreckungsgläubiger jede Möglichkeit genommen, in das Vermögen des Vollstreckungsschuldners zu vollstrecken. Dafür gibt es keinen rechtfertigenden Grund.

bb) Der Kläger hat sich seine **wirksam gepfändete Schuld gemäß § 835 Abs. 1 Fall 1 ZPO zur Einziehung überweisen lassen**. Die Überweisung führt noch nicht zur Befriedigung

des Gläubigers, sondern erst der tatsächliche Eingang der Zahlungen des Drittschuldners beim Gläubiger (vgl. *Schuschke, a.a.O., § 835 ZPO Rdnr. 4*). Da der Kläger als Drittschuldner nicht an sich als Vollstreckungsgläubiger zahlen kann, **reicht im Fall der Selbstpfändung** – um die Einziehung der Forderung nach außen erkennbar zu machen – die **Erklärung des Vollstreckungsgläubigers gegenüber dem Vollstreckungsschuldner aus, die Forderungen zu verrechnen** (vgl. hierzu und zu den vertretenen Gegenansichten Stein/Jonas/Brehm, a.a.O., § 835 Rdnr. 15). Eine solche Erklärung hat der Kläger nach rechtskräftigem Abschluss des Prozesses mit Schreiben vom 26.4.2004 gegenüber der Wohnungskäuferin abgegeben.

Die Wirksamkeit der Selbstpfändung stellt nicht infrage, dass die Wohnungskäuferin vor der Pfändung und Überweisung der Forderung den Drittschuldnerprozess bereits begonnen hatte. Sie durfte ihn nach § 265 Abs. 2 ZPO in eigenem Namen zu Ende führen, hätte aber ihren Antrag auf Leistung an den Drittschuldner und Vollstreckungsgläubiger, den hiesigen Kläger, umstellen und **beantragen müssen, den Kläger zu verurteilen, den besagten Geldbetrag an sich zu zahlen** (RG, JW 1938, 2399, 2400; vgl. für den Drittschuldnerprozess im Übrigen BGH, Urt. v. 12.7.1968 – V ZR 29/66, NJW 1968, 2059, 2060; *Schuschke, a.a.O., Rdnr. 6*). In der Folge wäre der Titel entfallen.

cc) Mit dem Einwand der Selbstpfändung wäre der Kläger im Erstprozess auch nicht nach § 533 ZPO präkludiert gewesen. Nach dieser Vorschrift ist nur die Zulässigkeit von Klageänderung, Widerklage und Aufrechnungserklärung im zweiten Rechtszug beschränkt. Um einen solchen prozessualen Rechtsbehelf hätte es sich bei dem (neuen) Vortrag über die Pfändung und Überweisung der streitgegenständlichen Forderung nicht gehandelt. Hier wäre es nur darum gegangen, ob er als neue Tatsache im zweiten Rechtszug hätte berücksichtigt werden müssen. Das ist nach § 529 Abs. 1 Nr. 2, § 531 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 ZPO der Fall.

Der unterbliebene Vortrag der Selbstpfändung im ersten Rechtszug hätte nicht auf einer Nachlässigkeit des Klägers beruht, weil er die Drittschuldnerforderung erst nach Erlass des erstinstanzlichen Urteils hat pfänden und sich überweisen lassen. Bei Gestaltungsrechten wird zwar im Zusammenhang mit den Präklusionsvorschriften auf denjenigen Zeitpunkt abgestellt, in dem das Recht erstmals hätte geltend gemacht werden können. Die Zwangsvollstreckung ist aber kein solches Gestaltungsrecht. Vielmehr hat der damalige Beklagte und jetzige Kläger durch Pfändung und Überweisung der Klageforderung die Aktivlegitimation der damaligen Klägerin und Wohnungskäuferin beseitigt. Deswegen kommt es für die Präklusion nach §§ 529, 531 ZPO allein auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (vgl. § 829 Abs. 3 ZPO) an, der hier nach Schluss der letzten erstinstanzlichen mündlichen Verhandlung liegt.

c) Aufgrund der Pflichtverletzung des Beklagten hat der Kläger die vom Berufungsgericht festgestellten **Vermögensschäden** erlitten. Dies beurteilt sich nach § 287 ZPO.

aa) Das Berufungsgericht hat die Schäden rechtsfehlerfrei festgestellt. Die Höhe der Schadenpositionen ist von der Revision auch nicht beanstandet worden.

(1) Die Wohnungskäuferin pfändete aufgrund des noch nicht rechtskräftigen ersten landgerichtlichen Urteils auf dem Konto des Klägers 34.833,43 EUR und ließ sich die gepfändeten Forderungen nach Rechtskraft der landgerichtlichen Entscheidung zur Einziehung überweisen. In der Folge erhielt sie das Geld ausbezahlt.

Die Ursächlichkeit der Pflichtverletzung der Beklagten für diesen Schaden hängt davon ab, welchen Verlauf die Dinge bei pflichtgemäßem Verhalten genommen hätten (BGH, Urt. v. 15.11.2007 – IX ZR 44/04, BGHZ 174, 205 Rdnr. 9). In diesem Fall hätte die Wohnungskäuferin mangels Titels nicht die Überweisung der gepfändeten Geldbeträge erreicht, der Kläger hätte seine Ansprüche gegen die Bank nicht verloren. Vielmehr wäre allein sein Anspruch gegen die Wohnungskäuferin aus dem Notarvertrag auf Zahlung des Kaufpreises für die beiden Eigentumswohnungen in Höhe der Forderung, wegen der die Wohnungskäuferin gegen ihn vollstreckt hat, nämlich in Höhe von 89.476,08 EUR zzgl. Zinsen und Kosten, erloschen; der Anspruch der Wohnungskäuferin gegen ihn aus abgetretenem Recht wäre in voller Höhe untergegangen.

Seine eigene Forderung gegen die Wohnungskäuferin war ansonsten nicht werthaltig, weil diese am 30.10.2002 die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat und vermögenslos war und ist. Bei pflichtgemäßem Verhalten des Beklagten hätte der Kläger mithin „nur“ eine wirtschaftlich wertlose Forderung gegenüber der Wohnungskäuferin verloren, während er aufgrund des pflichtwidrigen Verhaltens des Beklagten eine werthaltige Forderung gegenüber seiner Bank eingebüßt hat.

Zwar war der Kläger gegenüber der Wohnungskäuferin aus dem Notarvertrag verpflichtet, ihr das Eigentum an den Wohnungen nach vollständiger Zahlung des Kaufpreises zu übertragen. Ein solcher Rechtsverlust war in die Schadenberechnung indes nicht einzustellen. Der Kläger hätte und hat bei der durch die Verrechnung erfolgten Teilzahlung noch nicht den vollständigen Kaufpreis erhalten; deswegen hätte und hat er das Eigentum an den beiden Eigentumswohnungen (noch) nicht übertragen müssen. Eine (vollständige) Zahlung des Kaufpreises durch die Wohnungskäuferin stand auch im Fall eines pflichtgemäßen Verhaltens des Beklagten aufgrund der Vermögenslosigkeit der Wohnungskäuferin nicht zu erwarten. Ob es zu einer Rückabwicklung des Kaufvertrages gekommen wäre, die den Schaden des Klägers wieder hätte entfallen lassen können, ist von keiner Seite vorgetragen worden. Eine solche Entwicklung war auch weder zwangsläufig noch sehr naheliegend.

(2) Nach den nicht angegriffenen Feststellungen des Berufungsgerichts sind dem Kläger im Zweitprozess folgende **Gerichtskosten** entstanden: Im ersten Rechtszug 2.157,70 EUR, wovon der Kläger als Vorschuss bereits 2.041,20 EUR gezahlt hat (es stehen noch 116,50 EUR zur Zahlung aus), und für die zweite Instanz 3.024 EUR. In diesem Verfahren

ist der Wohnungskäuferin Prozesskostenhilfe bewilligt worden; diese Kosten sind ebenfalls dem Kläger von der Staatskasse mit 1.157,10 EUR in Rechnung gestellt worden. Soweit der Kläger die Gerichtskosten tatsächlich aufgebracht hat (2.041,20 EUR), wurde der Beklagte zur Geldzahlung verurteilt, im Übrigen zur Freistellung (§ 249 Abs. 1 BGB). Weiter muss(te) der Kläger der Wohnungskäuferin die ihr in diesem Prozess entstandenen Anwaltskosten ersetzen. Auch diese **Prozesskosten** wären dem Kläger bei einem pflichtgemäßen Verhalten des Beklagten nicht entstanden. Hätte dieser den Selbstpfändungseinwand im Erstprozess erhoben, hätte die Vollstreckungsgegenklage sich erübrigt, weil die Wohnungskäuferin mangels eines Titels die Überweisung des gepfändeten Geldbetrags nicht erwirkt hätte. Deswegen kann offenbleiben, ob die zweite Klage nur risikobehaftet oder sogar aussichtslos war und in ihrer Erhebung eine weitere Pflichtverletzung des Beklagten zu sehen ist.

Die Anwaltskosten aus dem **Kostenfestsetzungsbeschluss** vom 11.12.2007, die der Kläger der Wohnungskäuferin erstattet hat, betragen 4.295,02 EUR. Soweit der Kläger die im Kostenfestsetzungsbeschluss vom 19.7.2006 festgesetzten 2.611,39 EUR noch nicht vollständig beglichen hat und die Bevollmächtigten der Wohnungskäuferin deswegen und wegen anderer titulierter Forderungen den Schadenersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten haben pfänden und sich zur Einziehung überweisen lassen, konnte der Beklagte allerdings nicht mehr zur Zahlung an den Kläger verurteilt werden (*BGH, Urt. v. 12.7.1968 – V ZR 29/66, NJW 1968, 2059, 2060; Schuschke, a.a.O., § 835 Rdnr. 6*). Das Berufungsgericht hat diesem Umstand dadurch Rechnung getragen, dass es in Nummer 1.2. des Tenors den Beklagten ermächtigt hat, den in Nummer 1.1.1. zugesprochenen Betrag nicht an den Kläger, sondern an die Vollstreckungsgläubiger zu zahlen. Insoweit ist der Beklagte durch das Urteil nicht beschwert.

bb) Der Zurechnungszusammenhang ist durch das möglicherweise strafrechtlich relevante und sittenwidrige Vorgehen der Wohnungskäuferin nicht unterbrochen worden. Ein Verhalten Dritter beseitigt die Zurechnung nur, sofern es als **gänzlich ungewöhnliche Beeinflussung des Geschehensablaufs** zu werten ist. Hierfür genügt es nicht, dass ein von der Pflichtwidrigkeit begünstigter Dritter den ihm zu Unrecht zugefallenen Vorteil bewusst zum Nachteil des Mandanten ausnutzt (vgl. *BGH, Urt. v. 16.11.1989 – IX ZR 190/88, NJW-RR 1990, 204 f für die Notarhaftung; Fischer in: Zuehör/Fischer/Sieg/Schlee, Handbuch der Anwaltschaft 2. Aufl., Rdnr. 1023; vgl. Staudinger/Schiemann, BGB 2005, § 249 Rdnr. 59 ff*). Denn gerade vor diesem Risiko muss der rechtliche Berater den Mandanten schützen.

Das Verhalten der Wohnungskäuferin, nach Rechtskraft des landgerichtlichen Zahlungsurteils sich die gepfändeten Forderungen überweisen zu lassen, war nicht ungewöhnlich. Sie hatte bereits – berechtigt – die Ansprüche des Klägers gegen die Bank gepfändet, denn zu diesem Zeitpunkt war sie Inhaberin einer vorläufig vollstreckbaren Forderung und konnte die Sicherungsvollstreckung betreiben (vgl. § 720a Abs. 1 ZPO). Nachdem sie dann ein rechtskräftiges Zahlungsurteil

besaß, lag es nicht fern, dass sie nunmehr versuchen würde, die gepfändeten Geldbeträge einzuziehen. Der Beklagte hatte es in dem Anwaltsvertrag übernommen, den Kläger gerade auch davor zu schützen (vgl. *BGH, Urt. v. 26.6.1997 – IX ZR 233/96, NJW 1997, 2946, 2947*). Durch sein pflichtwidriges Verhalten hatte der Beklagte der Wohnungskäuferin erst die Gelegenheit verschafft, sich die beschlagnahmten Gelder überweisen zu lassen.

cc) Der Zurechnungszusammenhang wurde auch nicht durch etwaige Fehler des Gerichts im Zweitprozess unterbrochen. Ein solcher Fehler könnte allenfalls insoweit in Betracht kommen, als die Gerichte nicht geprüft haben, ob die Vollstreckungsmaßnahmen der Wohnungskäuferin sittenwidrig waren, weil sie – selbst pfandlos – in das Bankguthaben des Klägers vollstreckte, obwohl sie wusste, dass dieser die Forderung, die sie vollstreckte, vorher wirksam hatte pfänden und an sich überweisen lassen und er darüber hinaus ihr gegenüber erklärt hat, die wechselseitigen Forderungen zu verrechnen. Die Vollstreckung könnte deswegen aus § 826 BGB unzulässig gewesen sein.

Allerdings sind an die Voraussetzungen einer solchen Schadenersatzklage wegen der Durchbrechung der Rechtskraft des betreffenden Vollstreckungstitels strenge Anforderungen zu stellen. Die Durchbrechung der Rechtskraft darf nur in besonders schwerwiegenden, eng begrenzten Ausnahmefällen gewährt werden. Voraussetzungen hierfür sind die materielle Unrichtigkeit des Titels, die Kenntnis des Gläubigers hiervon sowie weitere besondere Umstände, die sich aus der Art der Titelerlangung oder der beabsichtigten Vollstreckung ergeben und die das Vorgehen des Gläubigers als sittenwidrig erscheinen lassen, so dass dem Titelgläubiger zugemutet werden muss, die ihm unverdient zugefallene Rechtsposition aufzugeben. Die Rechtskraft muss aber nur dann zurücktreten, wenn es mit dem Gerechtigkeitsgedanken schlechthin unvereinbar wäre, dass der Titelgläubiger seine formelle Rechtsstellung unter Missachtung der Rechtslage zulasten des Schuldners ausnutzt (vgl. *zusammenfassend etwa BGH, Urt. v. 24.9.1987 – III ZR 187/86, BGHZ 101, 380, 384 ff*). Ein Anspruch aus § 826 BGB entfällt, wenn dem Schuldner selbst eine nachlässige Prozessführung im Vorprozess vorzuwerfen ist (*BGH, Urt. v. 24.9.1987 – III ZR 264/86, NJW 1987, 3259, 3260 unter II. 4. c*); *OLG Köln, Beschl. v. 3.8.2010 – 4 UF 73/10 Rdnr. 3, nur in juris veröffentlicht; vgl. auch Hessisches Landesarbeitsgericht, Urt. v. 15.9.2008 – 16 Sa 839/08 Rdnr. 39, 41, nur in juris veröffentlicht*).

Selbst wenn eine fehlerhafte Ablehnung des § 826 BGB durch die Gerichte im Zweitprozess zugunsten des Beklagten unterstellt wird, führt dies nicht zu einer Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs. Ein solcher Fehler der Gerichte befreit den Beklagten nicht von seiner Haftung für den auch durch seine eigene schuldhaft Pflichtverletzung mitverursachten Schaden. Ihm ist der durch das Urteil im Zweitprozess gegebenenfalls mitverursachte Schaden zuzurechnen, weil sich in einer zu engen Anwendung des § 826 BGB das allgemeine Prozessrisiko verwirklicht hätte, welches der Beklagte bei pflichtgemäßem Verhalten ohne Schwierig-

keiten hätte ausschalten können. Hätte er den sichersten Weg gewählt, wäre es zu dem Zweitprozess nicht gekommen. **Jedenfalls hätten die Gerichte im Zweitprozess** angesichts der engen Voraussetzungen, die zu einer Durchbrechung der Rechtskraft über § 826 BGB führen, **nicht durch eine völlig ungewöhnliche, sachwidrige und daher schlechthin unvertretbare Rechtsverletzung (vgl. § 546 ZPO) zu der Schadenersatzbeziehung beigetragen, welche die vorangegangene anwaltliche Pflichtverletzung mit Rücksicht auf Art, Gewicht und wechselseitige Abhängigkeit der Schadenbeiträge so sehr in den Hintergrund gerückt hätte, dass bei wertender Betrachtung gleichsam nur der Gerichtsfehler als einzige, endgültige Schadenursache erschienen wäre** und der Anwaltsfehler nach dem Schutzzweck der verletzten Vertragspflicht keine ins Gewicht fallende Bedeutung gegenüber der vom Gericht zu verantwortenden Schadenursache gehabt hätte (BGH, Urt. v. 18.12.2008, NJW 2009, 987 Rdnr. 22).

Dieser Rechtsauffassung des Senats steht Art. 12 Abs. 1 GG nicht entgegen. Sie entfernt sich von den nicht berufsbezogenen allgemeinen Grundsätzen des Schadenersatzrechts nicht dadurch, dass eine Haftung des Rechtsanwalts im Regelfall auch dann angenommen wird, wenn ein Fehler des Gerichts für den Schaden einer Partei mitursächlich geworden ist. Sie entspricht vielmehr der im Zivilrecht anerkannten **gleichstufigen Haftung allerjenigen, die für einen Schaden gleich aus welchen rechtlichen Gründen verantwortlich sind**. Dass mehrere Verantwortliche einen Schaden herbeiführen, sich aber nicht alle von ihnen auf eine vertragliche oder gesetzliche Haftungserleichterung oder einen Haftungsausschluss berufen können, ist auch in anderen Fallgestaltungen des Schadenersatzrechts anzutreffen (vgl. BVerfG, NJW 2009, 2945 Rdnr. 16).

d) Die Verurteilung des Beklagten zu Schadenersatz musste nicht gemäß § 255 BGB Zug um Zug gegen Übertragung der Ansprüche des Klägers gegen die Wohnungskäuferin erfolgen. Wer für den Verlust einer Sache oder eines Rechts Schadenersatz zu leisten hat, ist nach § 255 BGB zum Ersatz nur gegen Abtretung der Ansprüche verpflichtet, die dem Ersatzberechtigten aufgrund des Eigentums an der Sache oder aufgrund des Rechts gegen Dritte zustehen. Die (Ersatz-) Forderung geht allerdings nicht kraft Gesetzes auf den Beklagten über. Dieser hat lediglich einen Abtretungsanspruch gegen den Geschädigten, den er im Wege des Zurückbehaltungsrechts (§ 273 BGB) geltend machen kann (BGH, Urt. v. 10. 7.2008 – VII ZR 16/07, NJW 2008, 3359 Rdnr. 23). Das Zurückbehaltungsrecht muss ausdrücklich oder stillschweigend geltend gemacht werden, um dem Gläubiger Gelegenheit zu geben, von seiner Abwendungsbefugnis Gebrauch zu machen (BGH, Urt. v. 27.10.1982 – V ZR 136/81, NJW 1983, 565).

Demgegenüber hat der Beklagte auf den Hinweis des Klägers, der Beklagte habe sich auf ein Zurückbehaltungsrecht nicht berufen, ausdrücklich ausgeführt, § 255 BGB finde keine Anwendung. Damit ist zweifelsfrei erklärt worden, dass die Einrede des § 255 BGB nicht erhoben werden soll.

3. Soweit das Berufungsgericht die Klage im Hinblick auf die im zweiten Rechtszug erfolgte Selbstpfändung des Beklagten als derzeit unbegründet abgewiesen hat (Nummer 1.3. des Tenors), war die Klage endgültig abzuweisen. Allerdings hätte nach Ansicht des Reichsgerichts der Ausspruch im Fall einer wirksamen Selbstpfändung lauten müssen, der Beklagte werde zur Zahlung an sich selbst verurteilt (RG, JW 1938, 2399, 2400). Dies entspräche den üblichen Tenorierungen in Drittschuldnerprozessen, in denen Gläubiger und Drittschuldner nicht personenidentisch sind.

In der Sache geht es dem Beklagten darum, eine Verurteilung in Höhe der titulierten Gegenforderungen zu vermeiden. Die Verurteilung zur Zahlung an sich selbst erscheint deswegen gekünstelt. Wenn der Beklagte den Weg des § 835 Abs. 2 ZPO gewählt oder er schon gegenüber dem Kläger die Erklärung abgegeben hätte, er sei infolge der Pfändung und Überweisung befriedigt, wären die gegenseitigen Forderungen untergegangen. Die Klage wäre einschränkungslos abzuweisen gewesen. Nichts anderes gilt, wenn der Beklagte zwar die Klageforderung bestreitet, jedoch zusätzlich den Selbstpfändungseinwand erhebt. Denn hierin liegt die Erklärung des Beklagten, sich als befriedigt anzusehen, sollte das Gericht die Gegenforderung des Schuldners für begründet erachten. (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Unerlaubte Rechtsberatung
- Nebengeschäftsprivileg, § 5 Nr. 2 RBERG a.F.
- Auskunftshaftung (BGH, Urt. v. 10.12.2009 – IX ZR 238/07)

Leitsatz:

Die Rechtsberatung eines Steuerberaters gegenüber einem GmbH-Gesellschafter hinsichtlich der Frage, ob eine Einlage ohne Haftungsnachteile von der GmbH sogleich an die geschäftlich allein tätige GmbH & Co. KG weiterüberwiesen werden kann, ist nach Art. 1 § 1 Abs. 1 RBERG verboten und der Beratungsvertrag gemäß § 134 BGB nichtig. Das Nebengeschäftsprivileg des Art. 1 § 5 Nr. 2 RBERG kann nicht eingreifen, wenn die Beratung des Steuerberaters keinen Zusammenhang mit Steuerberatung, insbesondere Bilanzierungsarbeiten, hat. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt den beklagten Steuerberater wegen einer unrichtigen gesellschaftsrechtlichen Auskunft in Anspruch. Das satzungsmäßige Stammkapital der F. GmbH von 50.000 DM war bei der Gründung im Jahr 1998 nicht an diese Gesellschaft, sondern an die von der GmbH als Komplementärin geführte KG gezahlt worden. Nach Ausscheiden der Mitgesellschafter wollte der Kläger, der ursprünglich an dem Stammkapital hälftig beteiligt war und als Gesellschafter der GmbH verblieb, diesen Mangel beheben. Vor der Kapital-

entrichtung durch Banküberweisung fragte er im Februar 2003 den Beklagten, ob die Einlage ohne Haftungsnachteile von der GmbH sogleich an die geschäftlich allein tätige GmbH & Co. KG weiterüberwiesen werden könne. Der Beklagte hat diese Frage bejaht.

Die auf Feststellung der Ersatzpflicht (richtig: Freihaltspflicht) gerichtete Klage hatte in beiden Vorinstanzen Erfolg. Dagegen wendet sich die vom Berufungsgericht zugelassene Revision des Beklagten. Die Revision ist begründet. Die Klage ist derzeit weder zulässig noch schlüssig. Das Berufungsurteil kann daher keinen Bestand haben. ■

Aus den Gründen:

1. Der Kläger hat sein **Feststellungsinteresse** daraus hergeleitet, dass mit Haftungsansprüchen der Gesellschafts-gläubiger zu rechnen sei. Dafür hat er sich auf das Sachverständigengutachten der späteren Insolvenzverwalterin über das Vermögen der GmbH & Co. KG berufen, welches gegen den vermögenslosen Kläger nicht durchsetzbare Haftungsansprüche der GmbH gemäß §§ 43, 30 Abs. 1 GmbHG angenommen hat.

a) Für solche Haftungsansprüche gegen den Kläger fehlt derzeit schon eine handlungsfähige Gläubigerin. Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der GmbH ist auf Empfehlung der Sachverständigen mangels Masse nicht eröffnet worden. Über eine etwaige Nachtragsliquidation für die GmbH, um deren Ansprüche gegen den Kläger zu verfolgen, ist nichts vorgetragen worden. Die Insolvenzverwalterin über das Vermögen der GmbH & Co. KG ist insoweit nicht forderungsberechtigt.

Das gleiche Durchsetzungshemmnis für Ansprüche, welche das Feststellungsinteresse des Klägers begründen sollen, besteht, soweit seine Einlagenhaftung aus § 19 Abs. 1 GmbHG, die wegen der Dreijahresfrist nicht dargelegte erweiterte Einlagenhaftung innerhalb einer Einmann-GmbH aus § 19 Abs. 4 GmbHG a.F. oder die Ausfallhaftung gemäß § 24 GmbHG für den ausgeschiedenen Gesellschafter G. zu prüfen sind. Diese Ansprüche sind nach Art. 229 § 12 Abs. 2 EGBGB, § 195 BGB n.F., § 19 Abs. 6 GmbHG nicht verjährt (vgl. BGH, Urt. v. 11.2.2008 – II ZR 171/06, NJW-RR 2008, 843, 844 ff Rdnr. 17 ff). Ob anderenfalls das Feststellungsinteresse des Klägers bereits endgültig zu verneinen wäre (bejahend im Hinblick auf § 254 BGB etwa OLG Hamm, OLG Report 1995, 254 f), bedarf hier keiner Entscheidung.

b) Ansprüche nach § 43 Abs. 3, § 30 Abs. 1 GmbHG kommen überdies nicht in Betracht, weil keine verbotene Kapitalrückzahlung durch den Geschäftsführer (Kläger), sondern eine unterbliebene Stammeinlage des Gesellschafters (gleichfalls Kläger) vorliegt (BGH, Urt. v. 10.12.2007 – II ZR 180/06, ZIP 2008, 174, 175 Rdnr. 7, 176 f Rdnr. 11).

Würde der Kläger nach § 43 Abs. 1 GmbHG als Geschäftsführer wegen der Kreditgewährung an die GmbH & Co. KG in Anspruch genommen, wäre eine Verletzung seiner Sorgfaltspflichten sehr zweifelhaft, so dass sein Haftungsrisiko in der Gesamtschau zur Zeit ebenfalls vernachlässigt werden

muss. **Seine Pflicht als Geschäftsführer ging dahin, sich wegen der Kapitalaufbringung im Interesse der GmbH rechtskundig beraten zu lassen.** Das hat er mit der Befragung des Beklagten, allerdings im eigenen Interesse, getan. Dass die **Raterteilung des Beklagten berufsrechtlich verboten** war, konnte der Kläger mangels Aufklärung durch diesen nicht erkennen. Der Beklagte war nicht Erfüllungsgehilfe des Klägers als Geschäftsführer der GmbH, dessen Fahrlässigkeit er im Rahmen seiner Geschäftsführerhaftung nach § 43 Abs. 1 GmbHG zu vertreten haben könnte. Der Beklagte, der Fragen der Einlagenerbringung etwa bei Bilanzierungsarbeiten für eine GmbH im steuerrechtlichen Zusammenhang wohl prüfen durfte, war auch **kein offenkundig ungeeigneter Rechtsberater**, für dessen Auswahl der Kläger wegen verletzter Sorgfalt einzustehen haben könnte.

2. **Die Anspruchsgrundlage der Klage ist nur § 311 Abs. 2 BGB.** Die Rechtsberatung des Beklagten war hier **nach Art. 1 § 1 Abs. 1 RBERG verboten** und der Beratungsvertrag gemäß § 134 BGB nichtig. **Das Nebengeschäftsprivileg des § 5 Nr. 2 RBERG konnte nicht eingreifen, weil die Beratung des Beklagten keinen Zusammenhang mit Steuerberatung**, insbesondere Bilanzierungsarbeiten, hatte. Der Zweck des Berufsrechts, das Publikum vor der Beratung durch ungeeignete Personen zu schützen (vgl. BGHZ 132, 229, 232 oben; BGH, Urt. v. 14.4.2005 – IX ZR 109/04, WM 2005, 1334, 1335 unter 2. d); v. 20.3.2008 – IX ZR 238/06, WM 2008, 950, 952 Rdnr. 19), ist hier nur abstrakt berührt. Gleichwohl kann der Beklagte nach § 311 Abs. 2 BGB für seine unzureichende Auskunft vom Februar 2003 haften. Die noch völlig offene Frage ist aber, was der Kläger bei pflichtmäßiger Aufklärung durch den Beklagten getan hätte, insbesondere, ob er sich überhaupt anderweitig hätte beraten lassen. Dazu fehlt bisher jeder Vortrag.

a) Der Kläger kann nach § 311 Abs. 2 BGB nicht mehr verlangen, als so zu stehen, als wäre er von einem berufsrechtlich zugelassenen Rechtsberater zutreffend unterrichtet worden. Ein solcher Berater hätte **richtigerweise darauf aufmerksam machen müssen, dass die beabsichtigte Weiterzahlung der Einlage von der Komplementär-GmbH an die geschäftlich tätige GmbH & Co. KG schon nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 5.11.1985 – II ZR 48/85 (ZIP 1986, 161, 162) ein beträchtliches Risiko für eine ordnungsmäßige Erfüllung begründete.**

Die vom Berufungsgericht zitierten widerstreitenden Urteile der Oberlandesgerichte Oldenburg vom 31.1.2002 (veröffentlicht erst im Oktober 2003 in OLG-Report 2003, 387) und OLG Köln vom 5.2.2002 (veröffentlicht im Januar 2003 in NZG 2003, 42 = WM 2003, 1423) konnte und brauchte der Beklagte am Tag seiner Beratung (noch) nicht zu kennen. Sie siedeln das Problem der Weiterzahlung der GmbH-Einlage an die geführte GmbH & Co. KG zudem wie das Berufungsgericht fälschlich bei § 30 GmbHG an. Das Urteil des OLG Köln vom 5.2.2002 weicht noch dazu in seinem tragenden Obersatz, der die Theorie von der wirtschaftlichen Einheit der GmbH & Co. KG und der Komplementär-GmbH bejaht, offenkundig von dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 25.11.1985 (a.a.O.) ab. Die von dem Beklagten vor-

gelegte Besprechung von BGHZ 157, 72 in einem 2004 erschienenen Fachdienst entlastet ihn ebenfalls nicht; hier wird wie andernorts nur § 30 GmbHG erörtert. Umgekehrt brauchte der Beklagte auch das in BGHZ 153, 107 abgedruckte Urteil – Weiterleitung der Einlage an eine aus den Einlegern bestehende OHG mit der Folge der gemäß § 19 Abs. 1 GmbHG nicht erfüllten Einlageschuld – zum Zeitpunkt der Beratung nach Ort und Zeit seiner anderweitigen Veröffentlichung noch nicht zu kennen. Es mag sein, dass für die Beratungspraxis trotz des höchstrichterlichen Urteils vom 25.11.1985 (a.a.O.) die Rechtsfrage, zu welcher der Kläger Auskunft wünschte, im Blick auf die GmbH & Co. KG noch nicht abschließend geklärt war, sondern erst durch das spätere Urteil des Bundesgerichtshofs vom 10.12.2007 – II ZR 180/06 (ZIP 2008, 174, 175 f) geklärt worden ist. Das änderte nichts daran, dass der Beklagte in seiner Beratung verpflichtet war, auf das für den Kläger hiernach bestehende beträchtliche Risiko für eine ordnungsgemäße Erfüllung seiner Einlageschuld bei dem beabsichtigten Vorgehen hinzuweisen.

b) Die weitere Frage geht dann dahin, **was der Kläger auf die bei pflichtmäßiger Beratung demnach gebotene Risiko-belehrung mit Blick auf das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 25.11.1985 (a.a.O.)** getan hätte. Dazu ist bisher nichts vorgetragen worden. Die GmbH & Co. KG brauchte anscheinend das in die GmbH eingelegte Geld. Der Kläger hätte – richtig beraten – deshalb u.U. nichts anderes getan als in Wirklichkeit geschehen ist und das Risiko seiner fortbestehenden Einlageschuld sehend in Kauf genommen. Hätte er die Mittel direkt der GmbH & Co. KG zugeführt, stünde er jedenfalls nicht schlechter als tatsächlich. Der Tatrichter wird sich hierzu nach der Zurückverweisung und ergänzendem Sachvortrag des Klägers gegebenenfalls eine Überzeugung (§ 287 ZPO) bilden müssen. (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Insolvenz
- Hinweispflicht des Steuerberaters
(OLG Celle, Urt. v. 10.10.2012 – 4 U 36/12)

Leitsatz:

Ein Steuerberater ist nicht verpflichtet, seinen als Geschäftsführer der GmbH X. tätigen Mandanten auf das Risiko einer persönlichen Haftung aus § 64 Abs. 2 GmbHG a.F. hinzuweisen, wenn er der GmbH Y. einen steuerlichen Ratschlag für eine Zahlung an die GmbH X. erteilt, mit deren Hilfe die GmbH X. in der Krise ein Darlehen an eine Dritte (hier: die Tochter des Geschäftsführers) zurückzahlt und der Steuerberater von beiden Gesellschaften ebenfalls mandatiert ist. ■

Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen den Beklagten wegen der Verletzung seiner Pflichten als Steuerberater auf Schadenersatz in Anspruch.

Der Kläger zu 1) war Geschäftsführer der H. GmbH (zukünftig: H.); der Kläger zu 2) war deren faktischer Geschäftsführer. Alleinige Gesellschafterin der H. war die H. GmbH (zukünftig: H. Handel). Deren Gesellschafterin war die Ehefrau des Klägers zu 2). Die seinerzeit 19-jährige Tochter des Klägers zu 2) (und Enkeltochter des Klägers zu 1)) gewährte der H. im Jahr 2003 Darlehen in Höhe von insgesamt 40.000 EUR, weil es dort nach Angaben ihres Vaters verzinst würde. Diese Summe hatte sie aus Zuwendungen ihrer Großeltern gespart. Die Darlehen wurden im Jahr 2004 gekündigt. Nach einem Gespräch zwischen dem Kläger zu 2) und dem Beklagten, dessen Inhalt streitig ist, kam es am 20.3.2006 zu einer Überweisung der H. an die H. Handel in Höhe von 35.000 EUR. Der Verwendungszweck der Zahlung lautete nach dem Kontoauszug „Darlehen“. Kurz darauf, spätestens am 31.3.2006 zahlte die H. an die Tochter des Klägers zu 2) einen Betrag in Höhe von 40.538,30 EUR (Rückzahlung des Darlehens zzgl. Zinsen).

Die H. war bereits im Jahr 2004 überschuldet. Die nicht durch Eigenkapital gedeckten Forderungen gegenüber der Gesellschaft betrugen etwas über 100.000 EUR. Im Jahr 2006 bestanden – gestundete – Forderungen einer Einkaufsgesellschaft in Höhe von über 500.000 EUR.

Zu einem nicht näher genannten Zeitpunkt, aber wohl zwischen dem 31.3. und 31.8.2006 begann das Liquidationsverfahren über die H. Diese stellte zum 31.8.2006 den Geschäftsbetrieb ein. Aufgrund der Forderung eines Sozialversicherungsträgers in Höhe von 5.000 EUR stellten die Kläger für die H. Ende 2007 einen Insolvenzantrag. Die H. war nicht in der Lage, die ausstehende Forderung des Sozialversicherungsträgers aus eigenen Mitteln zu zahlen. Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der H. GmbH i.L. wurde am 10.1.2008 eröffnet.

Der Insolvenzverwalter erstritt vor dem Landgericht H. ein Urteil gegen die hiesigen Kläger, mit dem diese gemäß § 64 Abs. 2 GmbHG a.F. zur Zahlung von 40.538,30 EUR (entsprechend dem Darlehensrückzahlungsbetrag inkl. Zinsen) verurteilt wurden. Mit der Klage machen die Kläger den Betrag der titulierten Forderung, Zinsen auf die Hauptforderung in Höhe von 6.870,36 EUR, Forderung aus Kosten aus dem Kostenfestsetzungsbeschluss in Höhe von 3.736 EUR, Zinsen hieraus in Höhe von 26,75 EUR sowie die eigenen Rechtsanwaltskosten des Vorprozesses in Höhe von 3.413,16 EUR gegenüber dem Beklagten als Schadenersatz geltend.

Das Landgericht hat die Klage nach Vernehmung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Zeugen und der Anhörung des Beklagten mit der Begründung abgewiesen, der Beklagte habe zum Zeitpunkt seiner Empfehlung, das Geld von der H. Handel an die H. zwecks Rückzahlung des Darlehens an die Tochter zu zahlen, nicht vorhersehen können, dass ein Insolvenzverfahren eröffnet werden würde; dies habe angesichts des dem Beklagten bekannten Liquidationsverfahrens nicht zur Debatte gestanden. Allerdings habe der Beklagte gewusst, dass die H. Liquiditätsprobleme hatte und es um die Rückzahlung des Darlehens von der H. an die Tochter des Klägers zu 2) ging.

Hiergegen richtet sich die Berufung der Kläger, im Wesentlichen mit dem Argument, der Beklagte habe zum Zeitpunkt seiner Empfehlung die Kläger auf die Möglichkeit eines Insolvenzverfahrens und die Problematik des § 64 Abs. 2 GmbHG a.F. hinweisen müssen.

(Anträge...)

Der Beklagte verteidigt das erstinstanzliche Urteil. Er beruft sich darauf, dass es in dem Gespräch mit dem Prozessbevollmächtigten des Klägers nur um die Begleichung von Verbindlichkeiten allgemein gegangen sei. ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist unbegründet.

Den Klägern steht kein Anspruch aus § 280 BGB i.V.m. dem seinerzeit zwischen den Parteien bestehenden Steuerberatervertrag zu. Der Beklagte, der sowohl der Steuerberater der Kläger als auch der beiden Gesellschaften war, hat keine Pflichtverletzung begangen. Er war nicht verpflichtet, die Kläger darauf hinzuweisen, dass im Fall einer Insolvenz ihnen ein Rückzahlungsanspruch aus § 64 Abs. 2 GmbHG durch den Insolvenzverwalter drohte, falls die H. das Darlehen an die Tochter des Klägers zu 2) zurückzahlen würde. Denn die Kläger waren insoweit nicht aufklärungsbedürftig. Sie hätten diese ihnen als Geschäftsführern bekannte Pflicht selbst bedenken müssen.

1. § 64 Abs. 2 GmbHG a.F. bestimmte, dass die Geschäftsführer einer Gesellschaft zum Ersatz von Zahlungen verpflichtet sind, die nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft oder nach Feststellung ihrer Überschuldung geleistet werden. Dies galt nicht für Zahlungen, die auch nach diesem Zeitpunkt mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns vereinbar waren. Diese Pflicht war den Klägern bekannt, hätte ihnen jedenfalls bekannt sein müssen.

Nach der Rechtsprechung ist ein Steuerberater z.B. nicht verpflichtet, den Mandanten darauf hinzuweisen, dass seine **persönliche Inanspruchnahme wegen der Nichtabführung einbehaltener Sozialversicherungsbeiträge** drohe (OLG Düsseldorf, GI 1999, 119 – *aus juris*). Vom Schutzzweck des Steuerberatervertrages ist es nicht gedeckt, dass der Steuerberater im Fall unrichtiger wirtschaftlicher Bewertungen und Zukunftsprognosen auch für den Schaden haftbar sein soll, der dadurch entsteht, dass der Geschäftsführer der Gesellschaft in einem Bereich, den er eigenverantwortlich zu gestalten und zu überwachen hat, seine gesetzlich festgelegten Pflichten verletzt (OLG Düsseldorf, GI 1993, 188 – *aus juris*).

Das OLG Schleswig hat die Auffassung vertreten (GI 1993, 373 – *aus juris*), ein Steuerberater sei grundsätzlich nur zur steuerlichen Beratung verpflichtet; der **Hinweis auf eine Überschuldung und ein einzuleitendes Konkursverfahren** liege außerhalb des eigentlichen Bereichs der Steuerberatung.

Nach dem hierzu ergangenen Nichtannahmebeschluss des Bundesgerichtshofs (Beschl. v. 24.2.1994 – IX ZR 126/93

nach LG Koblenz, Urt. v. 22.7.2009 – 15 O 397/08 – *aus juris*) habe ein Steuerberater keine entsprechende Aufklärungs- oder Hinweispflicht auf die dem Geschäftsführer der GmbH aus § 64 GmbHG erwachsenden Pflichten, wenn der Geschäftsführer der GmbH deren Überschuldung kennt.

Eine Belehrung des Steuerberaters ist erforderlich, wenn dem Mandanten – in steuerlicher Hinsicht – erkennbar rechtliche oder wirtschaftliche Risiken drohen. **Er hat den Mandanten als Nebenpflicht aus dem Steuerberatervertrag vor Schaden zu bewahren und soll ihn z.B. auf insolvenzrechtliche Probleme hinweisen müssen** (Gräfe in: Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung 4. Aufl., Rdnr. 259, 262; BGH, VersR 1988, 178).

2. Nach diesen Maßstäben bestand eine Hinweispflicht des Beklagten nicht. Selbst bei Zugrundelegung des vom Landgericht festgestellten Sachverhalts, den der Beklagte in der Berufungsinstanz weiterhin bestritten hat, war der Beklagte nicht gehalten, den Kläger zu 2) bei der Empfehlung betreffend die Rückzahlung des Darlehensbetrags diesen – und dessen Schwiegervater, den Kläger zu 1) – auf die Gefahr einer persönlichen Inanspruchnahme aus § 64 Abs. 2 GmbHG a.F. hinzuweisen. Dieses Risiko hätten die Kläger selbst bedenken müssen.

Den Klägern war die **Überschuldung der GmbH bekannt**. Im Jahr 2006 beliefen sich die Forderungen der Einkaufsgemeinschaft auf über 500.000 EUR, nachdem im Jahr 2004 bereits Rückstände in Höhe von über 100.000 EUR bestanden. **In einer solchen Situation muss sich ein Geschäftsführer bewusst sein, dass die Rückzahlung eines der GmbH gewährten Darlehens an die eigene Tochter nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsführers in Übereinstimmung zu bringen ist und er sich der Gefahr der Rückzahlung aus eigenen Mitteln ausgesetzt sieht.** Denn er hat die Auszahlung letztlich zu verantworten.

In einer solchen Situation braucht ein Steuerberater einen Hinweis auf § 64 Abs. 2 GmbHG a.F., der im Ergebnis eine rechtliche Beratung darstellt, nicht zu erteilen. Es tritt hinzu, dass der vom Beklagten erteilte steuerliche Rat betreffend die Auszahlung eines Betrags von der H. Handel an die H. aus steuerrechtlicher Sicht richtig gewesen sein dürfte.

Vorliegend ist es nicht entscheidungserheblich, ob der Beklagte auch auf das Risiko eines Insolvenzverfahrens hätte hinweisen müssen. Denn der Hinweis auf § 64 Abs. 2 GmbHG a.F. ist nicht insolvenzrechtsspezifisch.

Dabei kann dahinstehen, ob der Steuerberater überhaupt einen Hinweis auf § 64 Abs. 2 GmbHG a.F. hätte erteilen müssen. **Dies ist deswegen zweifelhaft, weil die außerhalb des Steuerrechts liegende rechtliche Beratung nicht im eigentlichen Tätigkeitsfeld des Steuerberaters liegt.** Es würde zu weit führen, den Geschäftsführern einer GmbH die Überwachung einer sie selbst und originär treffenden Pflicht dadurch abzunehmen, dass ein Steuerberater bei der Empfehlung steuerlicher Handlungsweisen auch diese noch im Blick haben musste. (...) ■

Honorarforderung der Partnerschaftsgesellschaft

- Partei des Anwaltsvertrages
- Hemmung der Verjährung
- Klageeinreichung
- Prozessstandschaft
- Abtretung der Honorarforderung
(OLG Düsseldorf, Beschl. v. 15.12.2011 – I-24 U 99/11)

Leitsätze (d. Red.):

1. Partei des Anwaltsvertrages ist die Partnerschaft.
2. Die Vergütungsforderung unterliegt der Regelverjährungsfrist von drei Jahren (§ 195 BGB).
3. Die Hemmung der Verjährung gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB tritt mit Klageeinreichung des Berechtigten ein. Berechtigter kann auch der Prozessstandschafter der Partnerschaft sein. Verjährungshemmung tritt erst mit prozessualer Aufdeckung der Prozessstandschaft ein oder wenn diese offensichtlich ist. ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Kläger ist offensichtlich unbegründet (§ 522 Abs. 2 Nr. 1 ZPO). Dem Kläger steht der gegen die Beklagten geltend gemachte Vergütungsanspruch nach § 611, 675 BGB nicht zu.

I. Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen nimmt der Senat Bezug auf seinen Beschluss vom 24.11.2011. Dort hat er im Wesentlichen ausgeführt:

1. Der Kläger ist nicht Inhaber der geltend gemachten Forderung.

Denn die Kanzlei des Klägers war ausweislich der vom Kläger verwendeten Briefbögen bereits **zum Zeitpunkt der Erteilung des Auftrags im August 2005 in Form der Partnerschaftsgesellschaft nach dem PartGG organisiert und somit rechtlich selbstständig**. In diesen Fällen ist **Partei des Anwaltsvertrages** mit dem Auftraggeber nach § 7 Abs. 2 PartGG i.V.m. § 124 HGB die **Partnerschaft** (vgl. *Zugehör/Fischer/Sieg/Schlee, Handbuch der Anwaltschaft* 2. Aufl., Rdnr. 374). Dementsprechend steht die Honorarforderung nicht den einzelnen Partnern zu, sondern gehört zum Vermögen der Gesellschaft.

2. Darüber hinaus ist die **Vergütungsforderung verjährt**.

Der Anspruch auf Rechtsanwaltsvergütung verjährt in der **Regelverjährungsfrist** des § 195 BGB, die drei Jahre beträgt. Die Verjährung beginnt nach § 199 Abs. 1 BGB mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangte oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.

Danach begann die Verjährung des Vergütungsanspruchs der Partnerschaftsgesellschaft mit Ablauf des Jahres 2006. Denn ein Anspruch ist entstanden, sobald er im Wege der Klage geltend gemacht werden kann. Hierfür ist grundsätzlich die **Fälligkeit** des Anspruchs Voraussetzung (BGH, ZIP 2008, 1762; Palandt/Heinrichs, BGB 70. Aufl., § 199 Rdnr. 3). Diese tritt für die Rechtsanwaltsvergütung nach § 8 RVG, der auch auf Vergütungsvereinbarungen Anwendung findet (Gerold/Schmidt, a.a.O., § 8 Rdnr. 1; Hartmann, Kosten-gesetze 41. Aufl., § 8 RVG Rdnr. 3), **mit Erledigung des Auftrags** ein. Im Streitfall erledigte sich der Auftrag im Jahr 2006, nämlich spätestens mit der Erklärung des Klägers **im Schreiben vom 14.7.2006 das Mandat niederzulegen**.

Somit ist mit Ablauf des Jahres 2009 Verjährung eingetreten.

Die Erhebung der Vergütungsklage durch den Kläger im Jahr 2006 führte nicht zu einer **Hemmung der Verjährung** gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB, weil der Kläger nicht Inhaber der geltend gemachten Forderung ist. Denn der Eintritt der Verjährungshemmung durch **Klageeinreichung setzt eine Klage des materiell Berechtigten voraus** (vgl. BGH, NJW 2010, 2270 m.w.N.). Dagegen hemmt die Klage eines Nichtberechtigten den Lauf der Verjährung nicht.

Hiergegen kann der Kläger auch nicht etwa mit Erfolg einwenden, zur Klageeinreichung als Prozessstandschafter der Gesellschaft berechtigt gewesen zu sein. Zwar ist Berechtigter i.S.v. § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB neben dem Rechtsinhaber auch der **gesetzliche oder gewillkürte Prozessstandschafter** (BGH, NJW 2010, 2270). Die verjährungsunterbrechende Wirkung tritt im Fall der gewillkürten Prozessstandschaft aber erst in dem Augenblick ein, in dem diese **prozessual offengelegt wird oder offensichtlich ist** (BGH, NJW-RR 2002, 20 m.w.N.). Keiner dieser Fälle liegt vor, so dass der Vergütungsanspruch nunmehr verjährt ist.

3. Danach kann offenbleiben, von wem und in welchem Umfang der Kläger beauftragt wurde. Ebenso kann dahinstehen, ob die Parteien wirksam eine Vergütung auf Basis eines Stundenhonorars von 200 EUR vereinbart haben.

II. An dieser Beurteilung hält der Senat fest. Die mit Schriftsatz vom 21.11.2011 vorgebrachten Einwendungen des Klägers rechtfertigen keine abweichende Beurteilung.

Soweit der Kläger nunmehr erstmals vorträgt, der von ihm geltend gemachte Vergütungsanspruch sei bereits vor Klageerhebung an ihn abgetreten worden, ist sein Vortrag ohne Substanz. Ob der Kläger mit seinem neuen, von den Beklagten mit Schriftsatz vom 30.11.2011 ausdrücklich bestrittenen Vortrag in der Berufungsinstanz überhaupt noch gehört werden kann (§ 531 Abs. 2 ZPO), bedarf daher keiner Entscheidung.

Der Kläger behauptet, in der K. & Partner Partnerschaftsgesellschaft bestehe die **„grundsätzliche Vereinbarung“**, dass Honoraransprüche sowie sonstige Erstattungsansprüche, die durch Tätigkeiten, Handlungen oder Zahlungen eines der Anwälte erfolgten, die Vollpartner seien, **direkt mit ihrer**

Anspruchsentstehung an den jeweiligen Anwalt abgetreten seien. Da es sich bei der betreffenden Abrede um eine „grundsätzliche Vereinbarung“ handeln soll, wäre zu erwarten, dass diese in dem schriftlichen Partnerschaftsvertrag niedergelegt ist. Das trägt der Kläger allerdings nicht vor und dies ist offensichtlich auch nicht der Fall. Denn auch in dem vom Kläger in dem beim Senat anhängigen Verfahren I-24 U 216/10 vorgelegten Partnerschaftsvertrag vom 4.12.2006 findet sich keine solche Regelung. Vielmehr ist in § 12 Abs. 1 dieses Vertrages bestimmt, dass die Verteilung von Gewinnen und Verlusten dem Prinzip Rechnung trägt, dass jeder Partner im Innenverhältnis sein eigenes „Profitcenter“ darstellt, und dass der Gewinnanteil jedes Gesellschafters sich aus den Honorarumsätzen zusammensetzt, die auf seine Tätigkeit zurückgehen.

Daraus folgt, dass die entsprechenden **Umsätze dem Partner nur im Innenverhältnis zustehen** sollen. Soweit es in § 12 Abs. 2 des Partnerschaftsvertrages sodann heißt, dass jeder Mandant einem ihn betreuenden Partner zugeordnet ist, betrifft dies demgemäß allein das Innenverhältnis der Partner untereinander. Im Außenverhältnis bleibt es aber dabei, dass der jeweilige Honoraranspruch aus einem Mandat der Partnerschaftsgesellschaft zusteht. Dass der schriftliche Partnerschaftsvertrag, der die Vermutung der Richtigkeit und Vollständigkeit für sich hat, vor Klageerhebung geändert oder ergänzt worden ist, zeigt der Kläger nicht schlüssig auf. Wann zwischen wem die behauptete Vereinbarung getroffen worden ist, ist nicht ansatzweise dargetan.

Offen bleibt letztlich auch, was der Kläger unter einer „grundsätzlichen Vereinbarung“ versteht. Insoweit ist nicht auszuschließen, dass eine entsprechende Regelung zwischen den Partnern der Partnerschaftsgesellschaft nur grundsätzlich angedacht gewesen ist.

Dafür, dass es eine Vereinbarung zu der (Voraus-)Abtretung von Vergütungsansprüchen an den das jeweilige Mandat betreuenden Rechtsanwalt nicht gab, spricht auch der weitere Sachvortrag des Klägers. Danach sollen nämlich die übrigen Partner der Partnerschaftsgesellschaft in den monatlichen Partnerbesprechungen über den vorliegenden Sachverhalt und die Klage informiert worden sein, insbesondere in der Partnerschaftssitzung vor der Mahnbescheidsbegründung, und sollen die übrigen Vollpartner ergänzend mündlich erneut eine Abtretung der mit der Klage geltend gemachten Ansprüche erklärt haben. Für eine **erneute – lediglich mündliche – Abtretung** hätte es keinen Grund gegeben, wenn zuvor bereits eine Abtretung (künftiger) Honorarforderungen der Gesellschaft an den das jeweilige Mandat betreuenden Rechtsanwalt zwischen den Partnern vereinbart worden wäre.

Ob in der vom Kläger in Bezug genommenen, als Anlage vorgelegten „Bestätigung zur Vorlage bei Gericht“ aus dem Verfahren I-24 U 216/10 eine nicht nur auf das dortige Verfahren bezogene Vereinbarung über die Abtretung von Vergütungsansprüchen der Partnergesellschaft an den das jeweilige Mandat betreuenden Partner zu sehen ist, kann dahinstehen. Diese Unterlage datiert vom 7.4.2011.

Zu diesem Zeitpunkt war der hier geltend gemachte Vergütungsanspruch bereits verjährt.

Soweit sich der Kläger – wie bereits erwähnt – auch auf eine ergänzende mündliche Abtretung beruft, ist sein Vortrag ebenfalls unsubstanziert. Denn der Kläger legt nicht dar, in welcher konkreten Sitzung eine Abtretungsvereinbarung abgeschlossen worden sein soll und welche Partner an der betreffenden Sitzung teilgenommen haben sollen. Der insoweit fehlende substantiierte Sachvortrag kann auch nicht durch auf einen unzulässigen Ausforschungsbeweis gerichtete Beweisantritte (Zeugnis der Rechtsanwälte H. und P.) ersetzt werden.

Letztlich ist – worauf lediglich ergänzend hinzuweisen ist – auch nicht verständlich, weshalb die behaupteten Abtretungsverträge lediglich mündlich geschlossen worden sein sollen und wieso der Kläger die nunmehr behauptete Abtretung nicht schon in der Anspruchsbegründung vom 8.11.2006 erwähnt hat. Insbesondere dann, wenn „in der Partnerschaftssitzung (welcher?) vor der Mahnbescheidsbegründung“ zwischen den Partnern eine Abtretung von Honoraransprüchen der Gesellschaft gegen die Beklagten an den Kläger vereinbart worden wäre, hätte Letzteres nahegelegen. Erklären vermag der Kläger diesen Umstand nicht. (...) ■

Anwaltschaftung

- Unzureichende Beratung
 - Darlegungslast des Anwalts
- (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 3.3.2011 – I-24 U 173/10)

Leitsatz:

Der wegen unzureichender Beratung (hier: zur Aufhebung eines Arbeitsverhältnisses) in Anspruch genommener Rechtsanwalt genügt seiner sekundären Darlegungslast erst dadurch, dass er im Einzelnen vorträgt, welche Belehrungen und Ratschläge er erteilt und wie der Mandant darauf reagiert hat. ■

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel hat keine Aussicht auf Erfolg (§ 522 Abs. 2 Nr. 1 ZPO). Das Landgericht hat die gegen die beklagten Rechtsanwälte gerichtete Klage auf Ersatz der von dem Kläger aus übergegangenem Recht, nämlich als Erbe seiner verstorbenen Ehefrau (künftig: Erblasserin) geltend gemachten Schäden in Höhe von insgesamt 40.485 EUR (richtig: 40.459,05 EUR) zu Recht abgewiesen. Die dagegen vorgebrachten Berufungsgründe rechtfertigen keine dem Kläger günstigere Entscheidung.

1. Das Landgericht hat, bezogen auf die vom Kläger behauptete Pflichtverletzung des Anwaltsvertrages (§§ 611, 675, 280 Abs. 1 BGB) durch den die Sache bearbeitenden Erstbeklagten, nicht die Darlegungs- und Beweislast verkannt.

Auf der hier fragten Ebene der **haftungsbegründenden Kausalität** muss der Mandant nach allgemeinen zivilrechtlichen Grundsätzen (Strengbeweis, § 286 ZPO) als derjenige, der einen vertraglichen Schadenersatzanspruch geltend macht, ein pflichtwidriges Verhalten des Rechtsanwalts darlegen und notfalls beweisen (BGH, NJW 1987, 1322, 1323; 1993, 1139, 1140; BGHZ 171, 261 = NJW 2007, 2485 sub II. 1. a), cc); Senat, OLGR Düsseldorf 2005, 602 und 2009, 602; Palandt/Grüneberg, BGB 70. Aufl., § 280 Rdnr. 36). Im Unterschied zur Ebene der haftungsausfüllenden Kausalität (§ 287 ZPO) kann der Mandant hier auch keine Beweiserleichterungen in Anspruch nehmen. Geht es allerdings – wie im Streitfall – um die Führung eines so genannten **Negativbeweises**, sind die damit verbundenen Schwierigkeiten dadurch zu beheben, dass die in Anspruch genommene Partei die behauptete verhaltensbezogene Vertragsverletzung substantiiert bestreiten und die anspruchstellende Partei wiederum die Unrichtigkeit der Gegendarstellung beweisen muss (vgl. BGH, NJW 1987, 1322, 1323; NJW 2007, 2485; Senat, a.a.O.).

Die Anforderungen an die Substanziierungspflicht des wegen unzureichender oder unrichtiger Belehrung in Anspruch genommen Anwalts werden durch die Umstände des Einzelfalls bestimmt. Keinesfalls kann sich der Anwalt damit begnügen, eine Pflichtverletzung schlicht zu bestreiten oder ganz allgemein zu behaupten, er habe den Mandanten ausreichend unterrichtet. **Vielmehr muss er den Gang der Besprechung im Einzelnen schildern, insbesondere konkrete Angaben darüber machen, welche Belehrungen und Ratschläge er erteilt und wie der Mandant darauf reagiert hat** (BGH, a.a.O.; BGHZ 126, 217, 225; Senat, a.a.O.).

2. Unter Anlegung dieses Maßstabs sind die Beklagten ihrer sekundären Darlegungslast hinreichend detailliert nachgekommen. Zahlreiche biografische Einzelheiten zur Arbeits- und Lebenssituation der Erblasserin hat der Erstbeklagte schriftsätzlich und bei seiner Anhörung im Kammertermin des Landgerichts beschrieben, die er nur von der Erblasserin persönlich in den Beratungsgesprächen erfahren haben kann. Die Richtigkeit der Angaben hat der Kläger bei seiner Befragung im selben Termin – in Teilen vagen schriftätzlichen Vortrag konkretisierend – im Tatsachenkern bestätigt, auch wenn er sie anders bewertet hat. **Beispielhaft hat der Erstbeklagte vier Punkte des der Beratung zugrunde liegenden Aufhebungsvertragsentwurfs aufgeführt, zu denen er beraten hat:** – Konkretisierung des Aufhebungsgrundes zur Sperrfristvermeidung (Arbeitslosengeld); – Unwiderruflichkeit der Freistellung von der Arbeitsverpflichtung; – Vererblichkeitsklausel; – Zwischenzeugnis.

Richtig ist, dass mit Ausnahme des Beratungsgegenstandes „Zwischenzeugnis“ die übrigen in Rede stehenden Beratungsgegenstände in dem von den Arbeitsvertragsparteien unterzeichneten Aufhebungsvertrag keinen feststellbaren Niederschlag gefunden haben. Daraus kann aber nicht indiziell geschlossen werden, wie der Kläger bezogen auf den Beratungsgegenstand „Vererblichkeitsklausel“ zu meinen scheint, der Erstbeklagte habe eine diesbezügliche Beratung gänzlich unterlassen. Der Beklagte hat substantiiert darge-

legt, dass der Erblasserin auf der Grundlage ihrer biografischen Daten die Vererblichkeitsklausel völlig unwichtig gewesen sei. Das ist schlüssiger Vortrag, den der Kläger nicht zu widerlegen vermocht hat. Denn die Erblasserin hatte, was auch der Kläger nicht leugnet, keinen objektiven Anlass und deshalb auch kein Interesse, über ihre persönliche arbeitsrechtliche Angelegenheit hinaus ihren Nachlass zu regeln. Das dürfte auch der Grund dafür gewesen sein, dass sie kein eigenhändiges Testament errichtet hatte.

Auch der Umstand, dass die Erblasserin in den Aufhebungsvertragsentwurf keine handschriftliche Notiz zur Vererblichkeitsklausel niedergelegt hatte, ist kein hinreichendes Indiz für eine diesbezüglich unterbliebene Beratung. Denn eine solche Notiz fehlt auch bei dem (umgesetzten) Beratungsgegenstand „Zwischenzeugnis“, während sich zu den beiden erstgenannten (nicht umgesetzten) Beratungsgegenständen handschriftliche Notizen der Erblasserin finden.

Es gab auch keinen Anlass für den Erstbeklagten, die auf die Vererblichkeitsklausel bezogene Beratung mit besonderem Nachdruck oder besonderer Eindringlichkeit zu versehen oder sie gar zu wiederholen. Er musste der Erblasserin zwar die Rechtslage umfassend erläutern und ihr die im Hinblick darauf gebotenen Ratschläge geben (vgl. BGH, NJW 1987, 1322, 1323 sub II. 2. – Rechtsanwalt; NJW 1995, 2842, 2843 sub II. 2. b) – Steuerberater; BGH, NJW 1996, 2571, 2572 sub II. 3. b) – Steuerberater). Das hatte der Beklagte aber nach seinem nicht widerlegten Vortrag getan und seine Mandantin hatte die Beratung auch verstanden, wie deren dargelegte Reaktion belegt.

II. Auch die weiteren Voraussetzungen für eine Entscheidung im Beschlussverfahren liegen vor. Die Rechtssache hat nämlich weder grundsätzliche Bedeutung (§ 522 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ZPO) noch erfordert die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Senats im Urteilsverfahren (§ 522 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 ZPO). (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Beschränktes Mandat
- Beratungsumfang
- Antrag auf Entlastung von der Energiesteuer (LG Frankfurt, Urt. v. 29.5.2012 – 2-26 O 258/11)

Leitsätze (d. Red.):

1. Das beschränkte Mandat ist keine Ausnahme zu einem Regelfall des unbeschränkten Auftrags. Es existiert kein Erfahrungssatz, dass der Auftraggeber in der Regel ein unbeschränktes Mandat erteilt.
2. Der bloße Mangel an qualifiziertem Personal aufseiten des Mandanten erhöht nicht von sich aus die Beratungspflichten des Steuerberaters. ■

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin macht gegen die Beklagte einen Schadenersatzanspruch nach §§ 230, 281 BGB wegen einer behaupteten Beratungspflichtverletzung aus einem Steuerberatungsvertrag geltend.

Die Klägerin wurde bis Anfang des Jahres 2010 von der Beklagten in verschiedenen steuerrechtlichen Fragen beraten und prüfte die Jahresabschlüsse für diese. Ein schriftlicher Steuerberatungsvertrag war nicht abgeschlossen worden. Nachdem die Klägerin im Jahr 2010 die Steuerberatergesellschaft gewechselt hatte, wurde sie von der neuen Steuerberatergesellschaft darüber informiert, dass es gemäß § 55 Energiesteuergesetz für Unternehmen die Möglichkeit gebe, einen Antrag auf Entlastung von der Energiesteuer auf den Gasbezug zu stellen. Für das Jahr 2009 konnte rückwirkend eine Steuerentlastung zugunsten der Klägerin realisiert werden. Eine Nachholung des Erstattungsantrags für die Jahre 2004 bis 2008 war aufgrund der Ausschlussfrist zur Geltendmachung von einem Jahr nicht mehr möglich. Die Klägerin stellte für die Jahre bis 2008 nur die Erstattungsanträge nach § 54 EnergieStG und nach § 10 StromStG.

Sie macht einen Schaden wegen unterlassenen Stellens der Erstattungsanträge nach § 25a Mineralölsteuergesetz für das Jahr 2004 in Höhe von 53.250,16 EUR, für das Jahr 2005 von 50.376,08 EUR geltend. Für das Jahr 2006 macht sie einen Schaden von 49.038,39 EUR, für das Jahr 2007 in Höhe von 31.201,79 und für das Jahr 2008 in Höhe von 30.358,52 EUR durch das unterlassene Stellen der Erstattungsanträge nach § 55 EnergieStG geltend. (...)

Mit anwaltlichem Schreiben vom 17.8.2011 forderte die Klägerin die Beklagte unter Fristsetzung bis zum 26.6.2011 erfolglos zur Zahlung in Höhe von 162.764,92 EUR auf. Die Klägerin behauptet, das steuerrechtliche Mandat sei umfassend erteilt worden und nicht auf einzelne Bereiche beschränkt gewesen. Die Beklagte habe die Klägerin über die Möglichkeit der steuerlichen Entlastung nach §§ 55 EnergieStG nicht aufgeklärt. Sie ist der Auffassung, die Beklagte habe wegen der beiden gestellten Steuererstattungsanträge konkreten Anlass gehabt darauf zu stoßen, dass der Antrag nach § 55 EnergieStG nicht gestellt worden sei.

(Anträge ...)

Die Beklagte behauptet, die Klägerin habe in den Jahren vor 2009 eine Steuerentlastung aufgrund der Vorschrift des § 55 EnergieStG gestellt. Die damaligen Geschäftsführer der Klägerin seien mehrmals auf die Entlastungsmöglichkeiten des § 55 EnergieStG wie § 25a MinölStG durch die Beklagte hingewiesen worden. Der damalige Geschäftsführer der Klägerin habe jedoch mitgeteilt, dass sich die Beklagte darum nicht kümmern müsse, sondern von der Klägerin selbst vorgenommen werde. (...) ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist unbegründet. Eine Pflicht zum Hinweis auf die Entlastungsmöglichkeiten nach § 55 EnergieStG bzw. § 25a MinölStG bestand nicht.

Die Aufgaben eines Steuerberaters richten sich nach Inhalt und Umfang des erteilten Mandats (*BGHZ 129, 386 Rdnr. 13*). Darüber hinausgehende Beratungs- und Hinweispflichten des Steuerberaters bestehen dagegen nicht. **Insbesondere braucht er Vorgänge, die ihm zwar bei Gelegenheit des erteilten Auftrags bekanntgeworden sind, jedoch in keiner unmittelbaren Beziehung zu der von ihm übernommenen Aufgabe stehen, nicht dahingehend zu untersuchen, ob sie Veranlassung zu Belehrungen, Ratschlägen oder Hinweisen gegenüber dem Mandanten geben** (*OLG Karlsruhe, Urt. v. 24.3.2005 – 14 U 87/02 Rdnr. 30*). Im Rahmen des erteilten Auftrags hat der Steuerberater seinen Mandanten, von dessen Belehrungsbedürftigkeit er grundsätzlich auszugehen hat, umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten.

Ein Auftrag zur Beratung hinsichtlich der Energiesteuer bzw. Mineralölsteuer ist – unstreitig – nicht erteilt worden. Ein umfassendes Mandat zur Steuerberatung wurde ebenfalls nicht erteilt.

Ein beschränktes Mandat ist keine Ausnahme zu einem Regelfall des unbeschränkten Auftrags. Es gibt keinen Erfahrungssatz, dass der Auftraggeber regelmäßig ein umfassendes Mandat erteilt (*BGH, Urt. v. 20.7.2006 – IX ZR 47/04*). Der Auftraggeber hat darzulegen und zu beweisen, dass ein umfassendes Mandat erteilt worden sei.

Dies ist der Klägerin nicht gelungen. Zwischen den Parteien wurde kein schriftlicher Vertrag geschlossen. Eine Beauftragung der Beklagten zur umfassenden Beratung soll sich aus Sicht der Klägerin aus den folgenden Umständen ergeben: Die Klägerin hat zum Beleg eines umfassenden Steuerberatungsmandats die Rechnungen der Beklagten vorgelegt, aus denen sich ergibt, dass die Beklagte die steuerlichen Sonder- und Ergänzungsbilanzen, Erklärung zur gesonderten Feststellung der Einkünfte ohne Ermittlung der Einkünfte, Erklärung zur Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag, Gewerbesteuerzerlegungserklärung sowie die Umsatzsteuerjahreserklärung für die Klägerin erstellt und entsprechend abgerechnet hat. Weitere Rechnungen der Beklagten wurden für Leistungen wie Prüfung von Steuerbescheiden, Anträge auf Herabsetzung der Gewerbesteuervorauszahlungen, Besprechungen vor Ort, Steuerliche Beratung im Zusammenhang mit der laufenden Betriebsprüfung, Betreuung der Betriebsprüfung sowie für Beratungsleistungen für „grüner Punkt und I.“ erstellt.

Hieraus ergibt sich entgegen der Wertung der Klägerin aber gerade nicht, dass die Beklagte umfassend mandatiert gewesen ist. Vielmehr ergibt sich aus den Rechnungen, in denen konkrete Einzelleistungen oder abgrenzbare steuerliche Beratungsleistungen aufgeführt sind, dass die Beklagte auf Basis **konkreter Einzelbeauftragungen** durch die Klägerin tätig geworden ist. **Durch die jeweilige konkrete Bezeichnung der abgerechneten Leistung wird deutlich, dass nur beschränkte Beratungstätigkeiten berechnet wurden und gerade nicht sämtliche betriebliche Steuerbereiche durch die Beklagte abgedeckt worden sind.** Beispielsweise wurden die

steuerlichen Regelleistungen Buchführung und Erstellung des Jahresabschlusses nicht abgerechnet. Es ist nicht ersichtlich, dass die Beklagte von sich aus Aufträge und Auftragsumfang hätte gestalten können (vgl. OLG München, Urt. v. 9.11.2000 – 14 U 181/99 Rdnr. 71).

Darüber hinaus hat sie vorgetragen, dass die Beklagte als Empfangsbevollmächtigte für die Steuererklärungen angegeben sei. Hieraus ergibt sich kein Anhaltspunkt für eine umfassende Beratung.

Die Klägerin trägt weiterhin vor, die umfassende Beratung ergebe sich daraus, dass die zum maßgeblichen Zeitpunkt für die Klägerin als Buchhalterin tätige externe Dienstleisterin Frau W. sich bei steuerlichen und buchhalterischen Fragen jeder Art stets an Herrn F., einen Mitarbeiter der Beklagten, habe wenden können, der ihr jederzeit Auskunft erteilt habe.

Die Beklagte sei für die Klägerin ständiger und ausschließlicher Ansprechpartner für alle steuerlichen Fragen des Unternehmens gewesen. Steuerrechtliche Fragen habe sie ohne gesonderten Auftrag beantwortet bzw. erledigt, auf die entsprechenden Belege – insbesondere Rechnungen – nimmt die Klägerin diesbezüglich Bezug. Bei der Klägerin selbst sei kein Personal beschäftigt gewesen, das qualifiziert gewesen sei, die Finanzbuchhaltung und die Erstellung von Jahresabschlüssen vorzunehmen oder steuerliche Themen qualifiziert zu behandeln.

Wie bereits dargelegt ergibt sich aus den vorgelegten Rechnungen jedoch das Gegenteil der klägerischen Behauptung, nämlich die Einzelbeauftragung von Fall zu Fall. Die Behauptung, die Beklagte habe steuerrechtliche Fragen ohne gesonderten Auftrag beantwortet, ist unsubstanziert und stellt angesichts der Bezugnahme auf Rechnungen, die dies nicht belegen, eine unbeachtliche Behauptung ins Blaue hinein dar. Zudem fehlt es an ausreichender Substanziierung dieser Behauptung.

Auch aus der Tatsache, dass bei der Klägerin selbst kein qualifiziertes Personal vorhanden ist, ist nicht zu schließen, dass deshalb die Beklagte umfassend mit der steuerlichen Beratung beauftragt gewesen ist. Selbst wenn der unsubstanzierte Vortrag der Klägerin, wonach die Beklagte steuerrechtliche Fragen ohne gesonderten Auftrag beantwortet habe, zugrunde gelegt wird, ergibt sich hieraus wiederum nur, dass die Beklagte auf konkrete Anfrage seitens der Klägerin gehandelt hat, nicht jedoch ein Handeln im Sinne einer umfassenden Beratung. **Der Mangel an qualifiziertem Personal aufseiten der Klägerin kann auch nicht dazu führen, dass sich ohne entsprechendes Mandat die Beratungspflicht der Beklagten erhöht.**

Soweit die Klägerin für ihren Beweis der Tatsache, dass die Beklagte im Rahmen eines umfassenden Steuerberatungsmandats tätig gewesen sei, Zeugenbeweis anbietet, war dem nicht nachzugehen, da die Beweisbehauptung unsubstanziert ist und die Beweiserhebung einen Ausforschungsbeweis darstellen würde. Hierauf wurde die Klägerin in der mündlichen Verhandlung hingewiesen.

Soweit die Klägerin unter Beweisantritt behauptet, die Jahresabschlusserstellung habe in sämtlichen Geschäftsjahren die Beklagte übernommen, über Frau W. seien lediglich Finanzbuchhaltungsunterlagen und kein fertiger Jahresabschluss zur Verfügung gestellt worden, Frau W. habe im Auftrag der Klägerin und in Abstimmung mit der Geschäftsführung der Klägerin die Beklagten beauftragt, den jeweiligen Jahresabschluss zu erstellen, ist dem Beweisangebot nicht nachzugehen. Der Vortrag ist nicht ausreichend substantiiert.

Ein Vortrag ist nach ständiger Rechtsprechung des BGH schlüssig und ausreichend substantiiert, wenn die vorgetragenen Tatsachen in Verbindung mit einem Rechtssatz geeignet sind, das geltend gemachte Recht zu begründen (BGH, NJW-RR 1996, 56; BGH, NJW-RR 2009, 1236). Dabei kann die Beweisaufnahme über eine beweiserhebliche Tatsache abgelehnt werden, wenn die Tatsache so ungenau bezeichnet ist, dass ihre Erheblichkeit nicht beurteilt werden kann oder wenn sie ohne greifbare Anhaltspunkte für das Vorliegen eines bestimmten Sachverhalts willkürlich aufs Geratewohl, gleichsam „ins Blaue hinein“ aufgestellt worden ist und deshalb rechtsmissbräuchlich ist (BGH, Beschl. v. 12.6.2008 – V ZR 221/07; BGH, NJW-RR 2000, 208). Dies ist hier der Fall, die Behauptung stellt sich als Behauptung „ins Blaue hinein“ dar.

Es fehlt jedoch an Anhaltspunkten dafür, dass eine derartige Beauftragung der Beklagten – die zwar von Anfang an behauptet wurde, jedoch nicht hinreichend konkretisiert wurde – stattgefunden haben soll. Es fehlt an jeglicher Erklärung dafür, warum die Beklagte gegen ihre Pflicht aus § 319 HGB verstoßen haben soll und sowohl den Jahresabschluss erstellen und ihn sodann prüfen sollte. Darüber hinaus fehlt es an Vortrag dazu, wer Frau W. wann damit bevollmächtigt haben soll, diesen Auftrag zu erteilen und wann und gegenüber wem Frau W. diesen Auftrag erteilt haben soll und von wem die Beauftragung aufseiten der Beklagten letztlich angenommen worden sein soll. Weder den vorgelegten Rechnungen noch anderen Unterlagen ist ein solches Vorgehen zu entnehmen. Die bloße Behauptung, der Klägerin habe es an erforderlichem Know-how für die Erstellung des Jahresabschlusses gefehlt, lässt den Rückschluss auf eine entsprechende Beauftragung der Beklagten nicht zu.

Die Klägerin stützt ihre Behauptung ferner darauf, dass die Beklagte der Klägerin ungefragt einen **monatlichen Newsletter** mit Informationen zu steuerlichen Gesetzesänderungen etc. habe zukommen lassen. Die Versendung von Newslettern an Auftraggeber stellt lediglich ein Mittel der Akquise oder der Mandantenpflege dar und gibt keine Hinweise über den Umfang des erteilten Mandats.

Die Beklagte prüfte – was unstreitig ist – bis einschließlich 2008 die Jahresabschlüsse der Klägerin und – nach der Behauptung der Klägerin – ebenfalls für das Jahr 2009. Die Klägerin stellte für die Jahre bis 2008 nur die Erstattungsanträge nach § 54 EnergieStG und nach § 10 StromStG. Die Klägerin ist der Auffassung, es habe für die Beklagte

offensichtlich sein müssen, dass der weitere mögliche Entlastungsantrag nach § 55 EnergieStG bzw. § 25a MinölStG gefehlt habe. Dem ist nicht zu folgen. **Die Prüfung des Jahresabschlusses dient nicht der Steuerberatung.** Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung (*BGH, Urt. v. 10.12.2009 – VII R 42/08*) ist der Aufgabenkreis des Jahresabschlussprüfers eng begrenzt. Er hat den Jahresabschluss der Geschäftsleitung seines Auftraggebers unter Einbeziehung der Buchführung zu prüfen (§§ 316 Abs. 1, 317 Abs. 1 Satz 1 HGB). **Weitergehende Betreuungsaufgaben obliegen ihm, auch bei einer freiwilligen Prüfung, die grundsätzlich den gleichen Gegenstand zum Umfang wie eine Pflichtprüfung hat, nicht.**

Der Abschlussprüfer ist, wie sich aus § 319 HB ergibt, unparteiischer und unbeteiligter Dritter. Seine Beratungs- und Prüfungspflicht beschränkt sich auf den zu prüfenden Jahresabschluss und die zugehörigen Unterlagen (*BGH, Urt. v. 10.12.2009 – VII ZR 42/08 Rdnr. 34*). Der Abschlussprüfer hat eine Gesetzes-, Satzungs- und Ordnungsmäßigkeitsprüfung vorzunehmen. Hingegen ist die Abschlussprüfung keine Kreditwürdigkeits-, Organisations-, Steuer-, Rentabilitätsprüfung oder Prüfung der Geschäftsführung auf kaufmännische Vernünftigkeit. Nur dann, wenn sich bei der Überprüfung des von der Gesellschaft bzw. deren Geschäftsführer zur Verfügung gestellten Jahresabschlusses und Geschäftsberichts mit den berufsüblichen Methoden besondere Anhaltspunkte für Fehler ergeben, muss er diesen nachgehen (*OLG Köln, NJOZ 2004, 4408*).

Lediglich bei Gelegenheit dieses Auftrags hat die Beklagte ersehen können, dass zwei Erstattungsanträge gestellt wurden. Eine weitere Erstattungsmöglichkeit steht aber in keiner unmittelbaren Beziehung zu der Aufgabe der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Prüfer als unparteiischen Dritten. Das sich aus der bloßen Stellung von zwei Anträgen bei der Möglichkeit weiterer Erstattungsanträge mit den berufsüblichen Methoden besondere Anhaltspunkte für Fehler ergeben, insbesondere eine Kenntnis der Beklagten bestand, dass weitere Erstattungsmöglichkeiten übersehen wurden und die Beklagte Grund zu der Annahme hatte, dass die Klägerin sich dieser drohenden Nachteile nicht bewusst war (*BGHZ 128, 358, 326*), ist nicht ersichtlich.

Die Beklagte traf auch nicht aus anderen Gründen eine Hinweispflicht. Eine solche Hinweispflicht kommt allenfalls dann in Betracht, wenn dem Steuerberater im Rahmen des ihm erteilten Auftrags eine Fehlentscheidung des Mandanten bekannt wird, die nicht in unmittelbarer Beziehung zu seinem Auftrag steht, wenn dies für einen durchschnittlichen Berater auf den ersten Blick ersichtlich ist (*OLG München, Urt. v. 22.11.2002 – 21 U 2517/01; OLG Rostock, Beschl. v. 4.7.2003 – 6 O 223/02*).

Insoweit hat die Klägerin nicht dargetan, dass sich für einen Steuerberater ein weiterer Steuererstattungsantrag auf den ersten Blick aufgedrängt haben musste. Vielmehr konnte die Beklagte umgekehrt davon ausgehen, dass die Klägerin, die jedenfalls zwei Steuerentlastungsanträge (EnergieStG und StromStG) von sich aus stellte, sich um diesen Bereich der Verbrauchssteuern selbst kümmert. (...) ■

Grenzüberschreitende Hilfeleistungen in Steuersachen

- Sitz in der Europäischen Union (EU)
 - Hilfeleistung in Steuersachen
 - Beistandstätigkeit
 - Erstellung von Steuererklärungen
- (*Niedersächs. Finanzgericht, Urt. v. 19.7.2012 – 6 K 152/12*)

Leitsatz:

Auch Personen, die lediglich bei der Anfertigung einer Steuererklärung mitwirken, sind zurückzuweisen, wenn sie geschäftsmäßig unbefugt Hilfe in Steuersachen leisten. ■

Zum Sachverhalt:

Die Beteiligten streiten um die Frage, ob eine unbefugte Mitwirkung bei der Abgabe einer Steuererklärung zu einer Zurückweisung nach § 80 Abs. 5 der Abgabenordnung (AO) führen kann und ob die Klägerin in Deutschland zur geschäftsmäßigen Hilfe in Steuersachen befugt ist.

Die Klägerin wurde ... 2005 als Kapitalgesellschaft britischen Rechts (Private Limited Company – Limited –) mit Sitz in Großbritannien gegründet. Sie unterhält Niederlassungen in .../Niederlande sowie in .../Belgien. Gesellschafter und Geschäftsführer („director“) sind mit Anteilen von jeweils ... GBP die in .../Bundesrepublik Deutschland ansässige X und der in .../Belgien ansässige Y. Y wurde bis zum ... 2002 im Berufsregister der Steuerberaterkammer ... als Steuerberater geführt. Seine Bestellung wurde im Jahr 2000 wegen Vermögensverfalls widerrufen; die dagegen eingelegten Rechtsmittel blieben erfolglos. Gegenstand des Unternehmens der Klägerin ist die Wirtschaftsberatung, Steuerberatung und das Rechnungswesen. Über eine Anerkennung als Steuerberatungsgesellschaft gemäß §§ 32 Abs. 3, 49 ff Steuerberatungsgesetz (StBerG) verfügt die Klägerin nicht.

Die Klägerin hat für Postsendungen in Deutschland die Z Ltd. mit Sitz in .../Bundesrepublik Deutschland als Zustellungsbeauftragte benannt. Ausweislich mehrerer dem Gericht vorliegender Postzustellungsurkunden ist Y unter der Adresse dieser Ltd. ... geschäftlich tätig.

Die Klägerin berät mehrere im Inland ansässige Mandanten in steuerlicher Hinsicht und tritt für diese in steuerlichen Verwaltungsverfahren auf. Am 22.2.2012 gab C beim Finanzamt ... eine Umsatzsteuererklärung 2010 ab und erklärte dabei, die Klägerin habe bei der Anfertigung der Steuererklärung mitgewirkt. Das Finanzamt ... leitete diese Erklärung an den Beklagten weiter.

Mit Schreiben vom 12.3.2012 wies der Beklagte die Klägerin unter Hinweis auf § 80 Abs. 5 AO für das Umsatzsteuer-Festsetzungsverfahren des Kalenderjahres 2010 als Bevollmächtigte der C zurück, da sie nicht befugt sei, geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen zu leisten.

Hiergegen wendet sich die Klägerin mit ihrer am 13.4.2012 erhobenen Klage, die dem Beklagten am 29.5.2012 zugestellt wurde. Mit einem am 14.6.2012 bei Gericht eingegangenen Schriftsatz stimmte der Beklagte der Klage zu, soweit es sich dabei um eine Sprungklage handelt.

Zur Begründung ihrer Klage macht die Klägerin geltend, § 80 Abs. 5 AO regle das Handeln von Bevollmächtigten und Beiständen. Sie, die Klägerin, sei jedoch nicht als Vertreterin der C aufgetreten. Der Steuerpflichtige habe die Steuererklärung selbst unterschrieben. Die auftragsgemäße Erstellung der Umsatzsteuererklärung sei keine Vertretungshandlung, sondern eine Dienstleistung im Verhältnis zu C, nämlich eine Hilfeleistung in Steuersachen. Das Übersenden der Steuererklärung sei eine Postdienstleistung, die ebenfalls nicht unter § 80 Abs. 5 AO falle. Die Klägerin habe bei Erstellung der streitbefangenen Steuererklärung nicht als Bevollmächtigte, sondern als Erfüllungsgehilfin der C gehandelt. Weil keine Vertretung vorliege, sei die Zurückweisung nichtig. Da die Zurückweisung – insbesondere im Verhältnis zur Mandantin – einen Rechtsschein erzeuge, habe die Klägerin ein berechtigtes Interesse an der Feststellung der Nichtigkeit dieses Verwaltungsakts.

Der Beklagte habe nicht das Recht, gegen die Klägerin vorzugehen. Dieses Recht stehe nur der Steuerberaterkammer zu, die jedoch gegenüber der Klägerin nichts unternehme. Der Sachbearbeiter des Beklagten, der die Klägerin in den letzten Jahren immer wieder zurückgewiesen habe (Herr ...), müsse aufgrund seines immer gleichen fehlerhaften Handelns als geisteskrank angesehen werden.

Das Niedersächsische Finanzgericht habe mit Urteil vom 17.1.2012 (6 K 287/10) eine Zurückweisung der Klägerin bestätigt, aber zur Begründung darauf hingewiesen, dass diese erst ab dem 1.10.2011 über eine Berufshaftpflichtversicherung verfüge. Der hier angefochtene Verwaltungsakt liege lange nach dem 1.10.2011.

Die Klägerin macht weiter geltend, das Gericht sei verpflichtet, das Verfahren dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Vorabentscheidung vorzulegen. (...).

Am 6.10.2011 schloss die Klägerin mit Rückwirkung ab 1.10.2011 eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für die gesetzliche Haftpflicht aus der Hilfeleistung in Steuersachen gemäß § 3a StBerG (vom Ausland aus) ab. (...)

Die Klägerin macht geltend, sie habe zuletzt im Oktober 2011 eine Meldung an die Steuerberaterkammer Düsseldorf unter Hinweis auf die genannte Versicherung abgegeben und verweist auf die entsprechende Kopie, die sie in einem früheren Klageverfahren vorgelegt hat. (...)

(Anträge ...)

Der Beklagte ist der Ansicht, die Klage sei unbegründet. Das Ausfüllen eines Vordrucks der Steuererklärungen sei eine Hilfeleistung in Steuersachen, die unter § 80 AO falle. Der Beklagte habe die Klägerin zu Recht nach § 80 Abs. 5 AO zurückgewiesen.

Die Klägerin sei nicht befugt, vorübergehend und gelegentlich geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen zu leisten, da sie eine den Anforderungen des § 3a Abs. 2 StBerG entsprechende Meldung an die zuständige Steuerberaterkammer Düsseldorf nicht erstattet habe. Der Beklagte verweist hierzu auf eine Auskunft der Steuerberaterkammer Düsseldorf vom 27.4.2012. Darin teilt die Steuerberaterkammer Düsseldorf mit, die Klägerin sei nicht als Steuerberatungsgesellschaft im Berufsregister der Steuerberaterkammer Düsseldorf eingetragen.

Die Klägerin sei auch nicht mit einer Befugnis gemäß § 3a Abs. 2 StBerG zur vorübergehenden und gelegentlichen geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetragen. Ein vollständiger, nachvollziehbarer Antrag gemäß § 3a StBerG sei bei der Steuerberaterkammer Düsseldorf nicht eingegangen.

Eine entsprechende Mitteilung hatte die Steuerberaterkammer Düsseldorf dem erkennenden Senat mit Schreiben vom 25.10.2011 in einem anderen Verfahren übersandt, das ebenfalls eine Hilfeleistung der Klägerin in Steuersachen betrifft. Darin machte die Steuerberaterkammer Düsseldorf auch geltend, die Klägerin habe eine tatsächliche Niederlassung und eine tatsächliche befugte mehrjährige Tätigkeit in den Niederlanden nicht nachgewiesen. (...) ■

Aus den Gründen:

Die Klage hat keinen Erfolg. Soweit die Klage zulässig ist, ist sie unbegründet.

I. (...) II. Die Klage ist unzulässig, soweit die Klägerin mit ihrem Antrag zu 2) Feststellungen über zukünftige Verwaltungshandlungen begehrt, für die der Beklagte nicht zuständig ist, und soweit die Klägerin Feststellungen über den zulässigen Inhalt von Gesetzen oder sonstigen Rechtsnormen begehrt.

1. Eine **Feststellungsklage** kann auch im finanzgerichtlichen Verfahren erhoben werden (§ 41 Finanzgerichtsordnung – FGO). Mit ihr kann die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses oder der Nichtigkeit eines Verwaltungsakts begehrt werden, wenn der Kläger ein berechtigtes Interesse an der baldigen Feststellung hat. Diese Klage ist allerdings unzulässig, soweit der Kläger die begehrten Feststellungen im Rahmen einer Anfechtungs- oder Leistungsklage verfolgen kann (§ 41 Abs. 2 FGO).

Unter „**Rechtsverhältnis**“ ist eine bestimmte, konkrete, durch den vorgetragenen Sachverhalt gegebene, rechtlich geregelte Beziehung von Personen untereinander oder von Personen zu einem Gegenstand zu verstehen. Es kann auch der Inhalt eines solchen Rechtsverhältnisses Gegenstand der Feststellungsklage sein. Weiterhin braucht sich die begehrte Feststellung nicht auf das Rechtsverhältnis als Ganzes zu beziehen, sondern kann sich auf einzelne Berechtigungen oder Verpflichtungen beschränken, die aus einem umfassenden Rechtsverhältnis erwachsen (*BFH, Urt. v. 27.2.1973 – VII R 100/70, BStBl II, 1973, 536*).

Die Klage ist im Fall der positiven Feststellungsklage gegen die Stelle zu richten, die das behauptete Rechtsverhältnis überhaupt oder seinen Inhalt bestreitet, im Falle der negativen Feststellungsklage gegen die Stelle, die ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis behauptet. Voraussetzung ist aber, dass gerade dieser Stelle gegenüber ein berechtigtes Interesse an der baldigen Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens des Rechtsverhältnisses vorhanden ist (*BFH, Urt. v. 27.2.1973 – VII R 100/70, BStBl II, 1973, 536*).

Im Steuerrecht ist dem Bürger in der Regel zuzumuten, den Steuerbescheid abzuwarten und eine streitige Rechtsfrage in dem gegen diesen Bescheid angestrebten Rechtsbehelfsverfahren entscheiden zu lassen. Aus diesen Gründen sind Feststellungsklagen im Steuerprozess äußerst selten. Bei drohenden oder sich abzeichnenden Eingriffen in eine Berufsausübung oder in die Art und Weise einer Tätigkeit ist für den bedrohten Staatsbürger eine ganz andere Situation gegeben. Er befindet sich jetzt schon in einer Zwangslage und es muss ihm die Möglichkeit gegeben werden, sich gegen ein bevorstehendes Eingreifen der Verwaltungsbehörden dadurch zu schützen, dass er das streitige Rechtsverhältnis in einer Feststellungsklage klären lässt. Die Vorschriften über die hemmende Wirkung eines Rechtsbehelfs oder über die Aussetzung der Vollziehung bieten nur einen vorläufigen und in vielen Fällen unzureichenden Schutz und können in vielen Fällen nicht verhindern, dass dem Staatsbürger erhebliche Nachteile entstehen, wenn er den Verwaltungsakt abwartet (*BFH, Urt. v. 27.2.1973 – VII R 100/70, BStBl II, 1973, 536*).

2. Nach diesen Maßstäben besteht ein **berechtigtes Interesse der Klägerin an der Feststellung, ob der Beklagte befugt ist, die Klägerin bei einem Tätigwerden für künftige Mandanten oder in anderen Verwaltungsverfahren der C erneut nach § 80 Abs. 5 AO zurückzuweisen**, da der Beklagte die Klägerin wiederholt unter Hinweis auf diese Norm als Bevollmächtigte zurückgewiesen hat. Insoweit erscheint ein vorbeugender Rechtsschutz nach § 41 Abs. 1 FGO gegen drohende zukünftige Zurückweisungen geboten, um zukünftige negative Reaktionen der Mandanten infolge eines – ggf. unberechtigten – Zurückweisungsbescheids zu vermeiden. (...)

5. Der Antrag, die Nichtigkeit des Bescheids des Beklagten vom 12.3.2012 über ihre Zurückweisung als Bevollmächtigte der C festzustellen, ist nach § 41 Abs. 1 FGO zulässig. Die Klägerin macht geltend, ihre Zurückweisung sei nichtig, da die Mitwirkung eines steuerlichen Beraters bei der Abfassung einer Steuererklärung nicht zu einer Zurückweisung nach § 80 Abs. 5 AO berechtige. Die Klägerin hat ein berechtigtes Interesse an einer Feststellung der Rechtswidrigkeit dieses Verwaltungsakts, da der Beklagte sie wiederholt als Bevollmächtigte zurückgewiesen hat und die Gefahr einer Wiederholung bei weiterem Tätigwerden der Klägerin besteht.

III. Soweit die Klage zulässig ist, ist sie unbegründet. Der Beklagte hat die Klägerin zu Recht gemäß § 80 Abs. 5 AO zurückgewiesen. **Nach dieser Vorschrift sind Bevollmächtigte und Beistände zurückzuweisen, wenn sie geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen leisten, ohne dazu befugt zu sein.**

Die Klägerin hat durch die Mitwirkung bei der Erstellung der Steuererklärung im schriftlichen Verfahren als Beistand geschäftsmäßig unbefugt Hilfe in Steuersachen geleistet.

1. Eine **Hilfeleistung in Steuersachen liegt vor, wenn eine Tätigkeit ausgeübt wird, die eine Anwendung von Steuerrechtskenntnissen erfordert.** Hierunter fällt auch die Hilfe bei der Erstellung von Umsatzsteuer-Voranmeldungen (*BFH, Urt. v. 1.3.1983 – VII R 27/82, BStBl II, 1983, 318; Drüen in: Tipke/Kruse, Komm. zur AO, § 80 Rdnr. 56*). Dass die Klägerin Hilfe in Steuersachen geleistet hat, ist im Übrigen eine rechtliche Würdigung, die die Beteiligten übereinstimmend teilen.

2. Die Klägerin hat durch ihre Mitwirkung bei der Erstellung der Steuererklärung der C zwar nicht als Bevollmächtigte, aber als Beistand der C i.S.d. § 80 Abs. 5 AO gehandelt. **Ein steuerlicher Berater, der bei der Anfertigung und Abgabe einer Steuererklärung mitwirkt, wird dabei nicht als Bevollmächtigter, sondern als Gehilfe des Steuerpflichtigen tätig, der seiner Erklärungsspflicht aufgrund der §§ 149, 150 AO in eigener Person nachkommt** (*BFH, Urt. v. 3.2.1983 – IV R 153/80, BStBl II, 1983, 324; a.A. Söhn in: Hübschmann/Hepp/Spitaler, § 80 AO Rdnr. 132, 146*).

Ob diese Tatsache eine Zurückweisung des Bevollmächtigten nach § 80 Abs. 5 AO ausschließt, ist – soweit ersichtlich – höchststrichterlich noch nicht geklärt. Das FG Köln vertrat die Ansicht, wer lediglich bei der Anfertigung einer Steuererklärung mitgewirkt habe, könne nicht nach § 80 Abs. 5 AO zurückgewiesen werden, da er **weder Bevollmächtigter noch Beistand** sei (*FG Köln, Urt. v. 5.11.1996 – 8 K 4965/94, EFG 1997, 1144, nach Erledigung der Hauptsache – ohne Stellungnahme zu dieser Frage – aufgehoben durch BFH, Urt. v. 27.01.2004 – VII R 55/02, juris*). Beistand i.S.d. § 80 AO sei nur eine Person, die den Beteiligten gemäß § 80 Abs. 4 AO bei Verhandlungen oder Besprechungen durch mündlichen Vortrag unterstützt (*wohl gleicher Ansicht Dumke in: Schwarz, Komm. zur AO, § 80 Rdnr. 12 u. 66; Rüsen in: Beermann/Gosch, § 80 AO Rdnr. 142*).

Andere dagegen sind der Ansicht, auch Personen, die einen Beteiligten bei dessen schriftlichen Erklärungen unterstützen, seien ggf. nach § 80 Abs. 5 AO zurückzuweisen. **Die Tätigkeit eines Beistands sei nicht auf (mündliche) Verhandlungen und Besprechungen i.S.d. § 80 Abs. 4 AO beschränkt** (*so Drüen in: Tipke/Kruse, § 80 AO Rdnr. 49; Söhn in: Hübschmann/Hepp/Spitaler, § 80 AO Rdnr. 246, 250*).

Der erkennende Senat schließt sich der letztgenannten Auffassung an. Aus § 80 Abs. 6 Satz 1 AO ist zu entnehmen, dass der Gesetzgeber **nicht nur mündliche Hilfen i.S.d. § 80 Abs. 4 AO, sondern auch eine schriftliche Unterstützung des Steuerpflichtigen unter den Begriff des Beistands subsumiert** (*Söhn in: Hübschmann/Hepp/Spitaler, § 80 AO Rdnr. 246*). Insoweit geht der Begriff des „Beistands“ in § 80 AO über denjenigen des § 90 Zivilprozessordnung (ZPO) hinaus.

Da die geschäftsmäßige Mitwirkung an der Erstellung von Steuererklärungen eine Hilfeleistung in Steuersachen ist,

besteht auch ein Bedürfnis, Personen die geschäftsmäßig unerlaubt derartige Hilfe in Steuersachen leisten, schon dann gemäß § 80 Abs. 5 AO zurückzuweisen, wenn sie durch entsprechende Angaben auf den Steuererklärungen auf ihre Mitwirkung hinweisen. Hierdurch werden derartige Beistände gemäß § 80 Abs. 8 Satz 2 AO für alle etwaigen zukünftigen Verfahrenshandlungen im Lauf der weiteren Bearbeitung der Steuererklärung (etwa Beantwortung von Fragen, Einlegen eines Einspruchs usw.) ausgeschlossen.

3. Nach § 2 Satz 1 StBerG darf die Hilfeleistung in Steuersachen geschäftsmäßig nur von Personen und Vereinigungen ausgeübt werden, die hierzu befugt sind. Eine Befugnis ist danach auch für eine Steuerberatungsgesellschaft erforderlich, die – wie die Klägerin – ihren **Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) hat und von dort aus Hilfe in Steuersachen für Steuerpflichtige in der Bundesrepublik leistet**, selbst wenn sich die für die Steuerberatungsgesellschaft handelnden Personen zur Erbringung der Dienstleistungen nicht auf das Gebiet der Bundesrepublik begeben.

4. Zur geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen sind u.a. nach § 3 Nr. 3 StBerG Steuerberatungsgesellschaften, Rechtsanwaltsgesellschaften, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Buchprüfungsgesellschaften befugt. Die Klägerin ist keine solche Gesellschaft. Sie ist insbesondere **nicht gemäß § 32 Abs. 3 Satz 1 StBerG als Steuerberatungsgesellschaft anerkannt**.

5. Nach § 3a Abs. 1 Satz 1 StBerG sind Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU beruflich niedergelassen sind und dort befugt geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen nach dem Recht des Niederlassungsstaates leisten, **zur vorübergehenden und gelegentlichen geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen auf dem Gebiet der Bundesrepublik befugt**. Der Umfang der Befugnis zur Hilfeleistung in Steuersachen im Inland richtet sich nach dem Umfang dieser Befugnis im Niederlassungsstaat (§ 3a Abs. 1 Satz 2 StBerG). Bei ihrer Tätigkeit im Inland unterliegen sie denselben Berufsregeln wie die in § 3 StBerG genannten Personen (§ 3a Abs. 1 Satz 3 StBerG). Zu diesen Berufsregeln gehört u.a. der Abschluss einer **Berufshaftpflichtversicherung** (vgl. § 50 Abs. 6 StBerG, § 51 der Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften – DVStB –, BFH, Urt. v. 21.7.2011 – II R 6/10, BStBl II, 2011, 906).

Die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Steuersachen nach § 3a Abs. 1 StBerG ist nur zulässig, **wenn die Person vor der ersten Erbringung im Inland der zuständigen Stelle schriftlich Meldung erstattet** (§ 3a Abs. 2 Satz 1 StBerG). Diese Meldung muss u.a. eine Information über Einzelheiten zur Berufshaftpflichtversicherung oder eines anderen individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht enthalten (§ 3a Abs. 2 Satz 3 Nr. 8 StBerG).

6. Die Klägerin erfüllte die Voraussetzungen des § 3a Abs. 1 StBerG nicht, als sie vom Beklagten in dem hier streitbefangenen Verfahren zurückgewiesen wurde.

a) Die Klägerin hat keine schriftliche Meldung, die den Anforderungen des § 3a Abs. 2 StBerG entspricht, **an die für die Niederlande nach § 3a Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 StBerG zuständige Steuerberaterkammer Düsseldorf** gerichtet.

Die Klägerin hat erstmals im Oktober 2011 eine Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen, durch die Versicherungsschutz für ihre Tätigkeit ab 1.10.2011 gewährt wird. Anschließend hat sie der Steuerberaterkammer Düsseldorf mit Schreiben vom 11.10.2011 lediglich eine Kopie dieser Haftpflicht-Police vorgelegt. Eine **Bescheinigung über eine rechtmäßige Niederlassung in den Niederlanden** (§ 3a Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 StBerG), einen **Nachweis über ihre Berufsqualifikation** (§ 3a Abs. 2 Satz 2 Nr. 6 StBerG) und einen **Nachweis darüber, dass sie ihren Beruf im Staat ihrer Niederlassung mindestens 2 Jahre ausgeübt hat** (§ 3a Abs. 2 Satz 2 Nr. 7 StBerG), hat die Klägerin jedoch nicht vorgelegt.

b) Die Klägerin ist nicht nur vorübergehend, sondern **dauerhaft in Deutschland tätig**. Dies ergibt sich sowohl aus ihrem wiederholten Auftreten vor deutschen Finanzbehörden und Finanzgerichten als auch aus ihrer Firmenbezeichnung, die den deutschen Titel „Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft“ enthält und sich damit nicht an eine niederländische Mandantschaft, sondern offensichtlich an deutsche Mandanten wendet, sowie aus der entsprechenden Gestaltung ihres Briefkopfes. Dem erkennenden Senat ist aus einer Vielzahl von Verfahren, die eine Zurückweisung der Klägerin als Bevollmächtigte betreffen, bekannt, dass die Klägerin unter der Anschrift ihres inländischen Zustellungsbevollmächtigten (... Z) handelt und Mandanten im räumlichen Umfeld dieses inländischen Standorts betreut.

Von dem für § 3a StBerG maßgebenden Begriff der Dienstleistung i.S.d. Art. 50 EGV werden nur **grenzüberschreitende vorübergehende Hilfeleistungen in Steuersachen** erfasst. Darunter fallen solche zeitlich begrenzten Leistungen, die ohne dauerhafte Niederlassung (nach Art. 57 AEUV; ex 50 Satz 3 EGV: „vorübergehend“) in dem betreffenden Mitgliedstaat erbracht werden.

Der vorübergehende Charakter einer grenzüberschreitenden Dienstleistung ist nicht nur unter Berücksichtigung der Dauer der Leistung, sondern auch ihrer Häufigkeit, regelmäßigen Wiederkehr oder Kontinuität zu beurteilen. Er schließt zwar nicht die Möglichkeit für den Dienstleistungserbringer i.S.d. Art. 57 AEUV aus, sich im Aufnahmemitgliedstaat mit einer bestimmten Infrastruktur (einschließlich eines Büros, einer Praxis oder einer Kanzlei) auszustatten, soweit diese Infrastruktur für die Erbringung der fraglichen Leistung erforderlich ist. **Wer jedoch in „stabiler“ und kontinuierlicher Weise eine Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat ausübt, fällt unter die Vorschriften des Kapitels über das Niederlassungsrecht und nicht unter die des Kapitels über die Dienstleistungen.**

IV. Eine Vorlage des Rechtsstreits an den EuGH ist nicht geboten. (...) ■

GI Literatur-Ecke

Bauer: Gebühren für die Einholung der Deckungszusage in der Rechtsschutzversicherung, *VersR* 2012, 1205

Bräuer: Das Haftungssubjekt bei der anwaltlichen Berufshaftung, *AnwBl* 2012, 922

Chab: Abgrenzung zwischen Erfüllungsansprüchen und Haftpflichtansprüchen, *AnwBl* 2012, 922

Deckenbrock: Die Anwaltssozietät – eine GbR wie jede andere?, *AnwBl* 2012, 723

Esskandari/Schmitt: Haftungsgefahr: Strafbefreiende Selbstanzeige für den Mandanten, *NWB* 2012, 2573

Ghassemi-Tabar/Eckner: Streitverkündung – Rechtssprechungsüberblick zu Möglichkeiten, Wirkungen und Kosten, *MDR* 2012, 1136

Gladys: Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, Anm. zum Regierungsentwurf aus der Sicht der Berufshaftpflichtversicherung, *DStR* 2012, 2249

Hahn/Naumann: Rechts- und Auslegungsfragen der Haftungskonzentration nach § 8 Abs. 2 PartGG, *WM* 2012, 1756

Kilian: Risikomanagement durch Rechtsreformwahl: Die Partnergesellschaft, *AnwBl* 2012, 895

Offermann-Burckart: Urt. mit Anm.: Interessenkonflikt bei anwaltlicher Vertretung eines Elternteils und des volljährigen Kindes, *FF* 2012, 353

Scheuer: (Mit-)Versicherung des Beirats in der Vermögensschaden-Haftpflicht, *ZWE* 2012, 115

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1–6

Abschlussprüfung

- Bilanzmanipulationen 2012, 137
- Dritthaftung 2012, 44, 52
- Insolvenzreife 2012, 130
- Pflichtverletzung, § 323 Abs. 1 Satz 3 HGB 2012, 52
- Täuschung durch Geschäftsführer 2012, 137

Aufrechnung

- > gg. Rückzahlungsanspruch = Treuhandvertrag 2012, 80
- Honoraranspruch 2012, 80

Auskunftsvertrag

- Abschluss, stillschweigender = Fachreferat 2012, 143

Belehrungspflicht des RA

- Auftragsinhalt, beschränkter 2012, 153
- Eilbedürftigkeit 2012, 36
- Prozessauftrag = Rechtsprüfung 2012, 30
- Sachverhaltsprüfung 2012, 30
- Selbstpfändung 2012, 173
- Verjährung 2012, 36
- Wiederholung der Belehrung 2012, 153

Belehrungspflicht des StB/WP

- Belehrung, schriftliche 2012, 22
- Grundaufzeichnungen 2012, 127
- Insolvenzantrag 2012, 88
- Insolvenzantragspflicht 2012, 130, 179
- Insolvenzreife 2012, 11, 88
- Spezialist 2012, 11

Beweislast

- Anscheinsbeweis 2012, 150, 163
- Aufklärung/Belehrung, unterlassene 2012, 163
- > des Anwalts 2012, 182
- Darlegungslast, sekundäre 2012, 182
- Tatsachen, negative 2012, 36

Bilanzerstellung

- Gewinnausschüttung, verdeckte 2012, 98

Darlegungslast

- Beratungsfehler = Darlegungslast, sekundäre, des Beraters 2012, 182

Dritthaftung

- Abschluss 2012, 44, 52
- Testat 2012, 44
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
 - = GmbH-Geschäftsführer 2012, 69, 82
 - = Kreditinstitut 2012, 44, 52
 - = Schutzwürdigkeit 2012, 52

Einspruch

- Pflicht zur Rücknahme des > 2012, 38
- Verböserung 2012, 38

Feststellungsklage

- Schadeneintritt 2012, 98

Gewinnausschüttung, verdeckte

- Bilanzerstellung 2012, 98
- Steuerklärung 2012, 98

Haftungsbeschränkung

- Handeln, bedingt vorsätzliches 2012, 137

Hilfeleistung in Steuersachen

- Anfertigung von Steuererklärungen 2012, 186
- EU-Steuerberatungsgesellschaft 2012, 186

Honoranspruch des RA

- Auflösungsverschulden, § 628 BGB
 - = Fristsetzung des Mandanten 2012, 80
 - = Untätigkeit des RA 2012, 80
- Einfaches Schreiben, Nr. 2302 VV-RVG 2012, 80
- Erfolgshonorar
 - = Unwirksamkeit der Vereinbarung 2012, 116
 - = Verstoß gegen Treu und Glauben 2012, 116
- Kündigung des RA-Vertrages 2012, 104
- Rechtsschutzversicherer, Anfrage beim > 2012, 88
- Zeitgebühr
 - = Aufzeichnungen 2012, 88
 - = Zeittaktklausel 2012, 88

Insolvenzantragspflicht

- Belehrungspflicht des StB 2012, 11, 88, 130, 179

Kausalität

- Fehler
 - = > des Gerichts/RA 2012, 10

Kündigung des Mandats

- Bearbeitung, zögerliche 2012, 19
- > aus wichtigem Grund 2012, 19

Mitverschulden

- Abschlussprüfung
 - = Täuschung durch Geschäftsführer 2012, 137
- Bilanzmanipulationen 2012, 137

Rechtsanwalt

- Anwaltsvertrag
 - = Zustandekommen des > 2012, 124

- Aufrechnungslage
 - = Selbstpfändung 2012, 173
- Bauprozess
 - = Streitverkündung 2012, 67
- Beratungspflichten
 - = Gehaltsanspruch 2012, 124
 - = Vergleich
 - Belehrungspflichten 2012, 150
- Selbstpfändung 2012, 173
- Streitverkündung 2012, 69

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Auskunft, gesellschaftsrechtliche 2012, 177
- Nebengeschäftsprivileg, § 5 Nr. 2 RBerG a.F. 2012, 177
- Sozietät, gemischte 2012, 163
- Statusfeststellungsverfahren 2012, 61

Regressprozess

- Teilurteil
 - = Insolvenz des Streitgenossen 2012, 124

Schaden

- Steuervorteile
 - = >, rechtswidrige 2012, 38
 - = Verböserung 2012, 38
- Vermögensvergleich 2012, 150

Schätzung

- Zuschätzung
 - = > durch BP, Schaden? 2012, 127

Schlichtungsklausel

- Praxisabwicklungsvertrag 2012, 94

Selbstanzeige

- Auftrag an den Steuerberater 2012, 56

Sozietät

- Altverbindlichkeiten eines Sozios 2012, 41
- Einbringung einer Einzelkanzlei 2012, 101
- Haftung des Sozios, analog § 128 HGB 2012, 41
- Einwendungen der Sozietät 2012, 80
- >, gemischte
 - = Anwaltsauftrag 2012, 7
 - = Eigen- oder Vertretungsgeschäft 2012, 7
- Zusammenschluss von bisher einzeln tätigen Sozien 2012, 41

Steuerberatergesetz

- § 3a Abs. 1
 - = Niederlassung in NL 2012, 186

Steuerberatungsvertrag

- Inhalt des >
 - = Mandat, beschränktes 2012, 183
 - = Verschmelzungsberatung 2012, 137
- Pflichten
 - = Auftragsinhalt 2012, 137
 - = Mandat, beschränktes 2012, 183
- Verschmelzungsberatung 2012, 137

Steuererklärung

- Gewinnausschüttung, verdeckte

2012, 98

BGH v. 18.05.2011 – IV ZR 168/09

2012, 3

BGH v. 09.06.2011 – IX ZR 75/10

2012, 38

BGH v. 07.07.2011 – IX ZR 100/08

2012, 96

Verjährung, §§ 195, 199 BGB

- Haftungsbescheid

2012, 69

BGH v. 20.09.2011 – IX ZR 170/10

2012, 104

BGH v. 13.10.2011 – IX ZR 193/10

2012, 69

- Kenntnis der anspruchsbegründenden Umstände

2012, 111

BGH v. 08.12.2011 – IX ZR 204/09

2012, 67

- = Pflichtverletzungen, mehrere

2012, 74

BGH v. 15.12.2011 – IX ZR 85/10

2012, 34

- Verjährungsbeginn

2012, 111

BGH v. 17.12.2011 – IX ZR 161/09

2012, 101

- = Ablauf einer Rechtsmittelfrist

2012, 34

BGH v. 23.02.2012 – IX ZR 92/08

2012, 98

- = Anlageentscheidung

2012, 74

BGH v. 19.04.2012 – III ZR 224/10

2012, 137

- = Bekanntgabe des Steuerbescheids

2012, 98

BGH v. 10.05.2012 – IX ZR 125/10

2012, 163

- = Pflichtverletzungen, mehrere

2012, 74

BGH v. 14.06.2012 – IX ZR 145/11

2012, 130

- = Teilschaden

2012, 111, 155

OLG Celle v. 01.09.2010 – 3 U 47/10

2012, 22

OLG Celle v. 06.04.2011 – 3 U 190/10

2012, 82

OLG Celle v. 10.10.2012 – 4 U 36/12

2012, 179

Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51a BRAO a.F.

- Sekundärhaftung

2012, 111

OLG Düsseldorf v. 08.02.2011 – I-24 U 112/09

2012, 88

- Verjährungsbeginn

- = Prozessfehler

2012, 10

OLG Düsseldorf v. 03.03.2011 – I-24 U 173/10

2012, 182

- Verjährungshemmung

- = Verhandlungen

2012, 163

OLG Düsseldorf v. 27.06.2011 – I-24 U 193/10

2012, 19

OLG Düsseldorf v. 26.09.2011 – I-24 U 37/11

2012, 124

OLG Düsseldorf v. 31.10.2011 – I-24 U 87/11

2012, 80

Verjährung, § 68 StBerG a.F., § 51a WPO a.F.

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch

- = Zeitpunkt der Hinweispflicht

2012, 22

OLG Düsseldorf v. 15.12.2011 – I-24 U 99/11

2012, 181

OLG Düsseldorf v. 16.01.2012 – 24 U 19/11

2012, 150

OLG Düsseldorf v. 27.02.2012 – I-24 U 170/11

2012, 116

Verjährungshemmung, §§ 203/204 BGB n.F.

- Prozessstandschaft

2012, 181

OLG Hamm v. 20.02.2009 – 25 U 69/08

2012, 26

OLG Hamm v. 15.11.2011 – 28 U 69/11

2012, 38

- Verhandlungen

- = Korrekturen ggü. Finanzamt

2012, 96

OLG Hamm v. 01.03.2012 – 34 U 68/11

2012, 143

OLG Hamm v. 24.04.2012 – 28 U 153/11

2012, 111

Versicherungsschutz

- Bindungswirkung

- = > des Haftpflichturteils

- – Begründung, rechtliche

2012, 107

- – Pflichtverletzung

2012, 107

- – Sachverhalt

2012, 107

- = Voraussetzungsidentität

2012, 3

OLG Köln v. 11.11.2009 – 13 U 190/8

2012, 153

OLG Köln v. 24.02.2011 – 8 U 29/10

2012, 44

OLG Köln v. 29.11.2011 – 9 U 75/11

2012, 76

OLG Köln v. 23.02.2012 – 8 U 45/11

2012, 119

- Pflichtverletzung, wissentliche

- = Gerichtstermin, Wahrnehmung des >

2012, 76

Schleswig-Holsteinisches OLG

v. 11.03.2011 – 17 U 38/10

2012, 41

v. 02.09.2011 – 17 U 14/11

2012, 11

- = Information des Mandanten

2012, 76

LG Frankfurt v. 29.05.2012 – 2-26 O 258/11

2012, 183

- = Nichteinreichen einer Klage

2012, 29

LG Gießen v. 18.02.2009 – 1 S 231/08

2012, 30

- = Primitivwissen

2012, 76

LG Köln v. 06.05.2010 – 2 O 553/09

2012, 52

- = Weisung des Mandanten

2012, 76

LG Köln v. 29.11.2010 – 26 O 468/09

2012, 94

- Repräsentantenhaftung

2012, 3

- Sozietätsdeckung

- = Kooperation

2012, 3

LG Krefeld v. 25.08.2011 – 3 O 93/11

2012, 127

Wirtschaftsprüfer

- Schädigung, vorsätzliche/

- sittenwidrige, § 826 BGB

2012, 52

LG München I v. 11.11.2011 – 25 O 7873/11

2012, 29

LG Saarbrücken v. 23.01.2012 – 9 O 251/10

2012, 56

LG Stuttgart v. 26.10.2011 – 27 O 503/10

2012, 155

BGH v. 10.12.2009 – IX ZR 238/07

2012, 177

BGH v. 04.10.2010 – IX ZR 4/10

2012, 10

Niedersächs. Finanzgericht v. 19.07.2012

2012, 186

BGH v. 08.12.2010 – IV ZR 211/09

2012, 107

– 6 K 152/12

BGH v. 09.12.2010 – IX ZR 44/10

2012, 7

BGH v. 10.03.2011 – IX ZR 82/10

2012, 173

Landessozialgericht NRW v. 23.02.2011

2012, 61

BGH v. 24.03.2011 – III ZR 81/10

2012, 74

– L 8 R 319/10

Die Berufshaftpflichtversicherung für RAe, StB, WP und Notare.

Besser geschützt

Die Berufshaftpflichtversicherung schützt vor Schadensersatzansprüchen aus Vermögensschäden, die aus entgangenen Vorteilen oder aus finanziellen Nachteilen entstehen. Doch in der Praxis gibt es viele Tücken. Der »Gräfe/Brügge« deckt detailliert alle Fallstricke auf.

Systematisch aufgebaut

Das Werk erläutert präzise die AVB der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung und behandelt u. a.

- versicherungsrechtliche Grundlagen
- berufsrechtliche Grundlagen
- Versicherungsfall – Verstoßprinzip
- Serienschaden
- versicherte Risiken
- Deckungserweiterungen
- Umfang des Versicherungsschutzes
- Abwehrschutz beim Haftpflichtprozess
- Fälligkeit des Freistellungsanspruchs
- Risikoausschlüsse
- Obliegenheiten des Versicherungsnehmers
- Verjährung
- Haftpflichtprozess und Deckungsprozess
- Prüfungsschema für die Bearbeitung von Haftpflichtschäden.



Die Neuauflage berücksichtigt

- die VVG-Reform
- den Versicherungsschutz bei der Berufsausübung in der Sozietät und Partnerschaftsgesellschaft
- die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartGmbH).

Leseprobe: www.beck-shop.de/8450591

Fax-Coupon

___ Expl. 978-3-406-62065-2
Gräfe/Brügge,
Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung
2. Auflage, 2013. LII, 670 Seiten.
In Leinen € 139,- (Erscheint im Dezember 2012)

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ 158552

Bei schriftlicher oder telefonischer Bestellung haben Sie das Recht, Ihre Bestellung innerhalb von 2 Wochen nach Absendung ohne Begründung in Textform (z.B. Brief, Fax, Email) zu widerrufen. Die rechtzeitige Absendung des Widerrufs innerhalb dieser Frist genügt. Die Frist beginnt nicht vor Erhalt dieser Belehrung. Der Widerruf ist zu richten an den Lieferanten (Buchhändler, beck-shop.de oder Verlag C.H. BECK, c/o Nördlinger Verlagslieferung, Augsburg Str. 67a, 86720 Nördlingen). Im Falle eines Widerrufs sind beiderseits empfangene Leistungen zurückzugewähren. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Lieferant. Zu denselben Bedingungen haben Sie auch ein Rückgaberecht für die Erstlieferung innerhalb von 14 Tagen seit Erhalt. Ihr Verlag C.H. BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
beck-shop.de oder Verlag C.H. BECK · 80791 München
Fax: 089/38189-402 · www.beck.de



Das WEG für Ausgeschlafene.



Jennißen **WEG** Kommentar. Herausgegeben von RA Dr. Georg Jennißen. Bearbeitet von zehn renommierten Praktikern des Wohnungseigentumsrechts. 3., neu bearbeitete Auflage 2012, 1.632 Seiten Lexikonformat, gbd. 119,- €. ISBN 978-3-504-45074-8



Lassen Sie sich keinen Bären aufbinden. Greifen Sie lieber gleich zur aktuellen Auflage dieses modernen Standardwerks unter den großen WEG-Kommentaren. Und Sie sind in dem durch ständig neue Kasuistik geprägten Rechtsgebiet wieder rundum auf dem letzten Stand.

Vertiefte Erläuterung der §§ 1 bis 9. Vollständige Neukommementierung der §§ 13 und 15. Viele neue BGH-Entscheidungen, neue Tendenzen in der Literatur und jede Menge praktikable Lösungen – gut begründet, wissenschaftlich fundiert. Wie immer in diesem viel zitierten Nachschlagewerk für Gestaltungsarbeit und Schriftsatzentwürfe auf höchstem Niveau.

Jennißen, WEG. Jetzt Probe lesen und bestellen bei
www.otto-schmidt.de

Service-Fax

(0511) 645 111 3661

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

Worauf Sie sich verlassen können:

HDI steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgelösungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus Industrie, mittelständischen Unternehmen, den Freien Berufen und Privathaushalten.

Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service. Die HDI Versicherung AG bietet ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung abdeckt: Es reicht von unserem innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen über unsere leistungsfähigen Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für den Privathaushalt.

HDI gehört zum Talanx-Konzern, der nach Beitragseinnahmen drittgrößten deutschen Versicherungsgruppe.

Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe · ISSN 1430-550 X

Herausgeber

HDI Versicherung AG, Nicole Gustiné, Produktmarketing
HDI-Platz 1, 30659 Hannover, Fax: (0511) 645 111 3661

Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
Fachanwalt für Versicherungsrecht
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI-Gerling (verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Abonnementservice

Fax: (0511) 645 111 3661

Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen